

2008?

AKW Brokdorf

Materialien zur Analyse von Opposition

Von Jürgen Schröder, Berlin

Hier werden nur einige wenige der in vielen Archiven verfügbaren Dokumente zu den ersten Phasen des Protests gegen das Atomkraftwerk Brokdorf vorgestellt. Nach den doch eher eng regional begrenzten Auseinandersetzungen um das Kernkraftwerk Wyhl waren die Demonstrationen in Brokdorf am 13.11.1976 und 19.2.1977 wohl die ersten und mit die wichtigsten der damaligen bundesweiten Großaktionen. Folgen sollten weitere gegen das AKW Grohnde und den „Schnellen Brüter“ in Kalkar.

Vor allem für den im benachbarten Hamburg innerhalb der Linksradikalen dominanten KB bot sich hier die Chance, innerhalb einer Massenbewegung organisierend tätig zu werden, ihm verdanken wir auch den ersten Hinweis auf das geplante AKW Brokdorf. Aber auch die KPD vermochte, nicht zuletzt durch ihren Bremer Physikprofessor Jens Scheer (vgl. 2.4.1975, 29.10.1975), einen gewissen, für ihre sonstigen Bemühungen eventuell gar außerordentlichen, Einfluss zu nehmen, obwohl sie sich durchaus einer etwas widersprüchlichen Argumentation bzgl. des Segens der Atomkraft bediente (vgl. 24.3.1976).

Kaum ist der Bauplatz eingezäunt (vgl. 26.10.1976), beginnen die hier dokumentierten Proteste gegen das AKW Brokdorf (vgl. 29.10.1976), u.a. mit einer ersten Großdemonstration nebst Bauplatzbesetzung (vgl. 30.10.1976). Während sich die K-Gruppen lediglich um die Kampfformen in die Haare geraten, traut sich die ÖTV offenbar gar nicht erst vor Ort, um für Arbeitsplätze in der Atomkraft-Industrie einzutreten. Sie wartet lieber einen Tag ab, was angesichts der Kräfteverhältnisse auch weiser gewesen sein könnte (vgl. 1.11.1976). DKP und SPD scheinen, von langer Hand vorbereitet, um eine Aktion fern vom Bauplatz in Itzehoe bemüht (vgl. 1.11.1976), was aber von zahlreichen AKW-GegenerInnen nicht hingenommen werden wird.

Solidarisch gibt man sich in Freiburg im Breisgau (vgl. 1.11.1976), während die Freunde der DKP an Kieler Berufsschulen die Dominanz des Themas Brokdorf beklagen (vgl. 2.11.1976). Neben der KPD, die auch in Hamburg mit den Pfunden ihres Bremer Professors wuchert (vgl. 5.11.1976), scheint sich nun auch der KBW verstärkt zu engagieren (vgl. 4.11.1976), während sich die Mitglieder des Stadtrates der Kreisstadt des Kreises Steinburg, in dem Brokdorf liegt, neutral zu geben versuchen, gehören sie doch Parteien an, die die Atomkraft eindeutig befürworten (vgl. 11.11.1976).

Wieder versuchen zigtausende AKW-Gegner eine Erstürmung des Bauplatzes um diesen zu besetzen bzw. wenigstens die Baumaschinen zu zerstören, wobei K-Gruppen wie KBW und KPD/ML keine unmaßgebliche Rolle spielten (vgl. 13.11.1976).

Selbst die DKP aber engagiert sich nun angesichts der Größe der Bewegung und des nahezu, bis auf Schusswaffen, umfassenden Einsatzes der Machtmittel der Polizeitruppen zum Thema Atomkraft (vgl. 15.11.1976), obwohl diese ja auch in der DDR gern angewandt wurde.

Sogar der ebenfalls ausgesprochen atomfreundliche südbayerische Arbeiterbund für den Wiederaufbau muss von solchen Ausschreitungen berichten (vgl. 14.11.1976), die Rote Hilfe der KPD sieht die Bourgeoisie bereits zutiefst in Panik (vgl. 15.11.1976), obwohl ja die örtliche Bundeswehr offenbar nur in Bereitschaft versetzt worden war, wirkliche Machtmittel also noch nicht zum Einsatz gelangten. Ich halte es deshalb auch für falsch, bei mehr oder minder gewalttätigen Protesten, wie in Brokdorf, von Bürgerkrieg oder Ähnlichem zu reden, da die Protestierenden ja, trotz all ihrer Militanz gerade darauf setzen, dass sie sich nicht im Krieg mit den Polizeitruppen befinden, sondern es sich bei ihnen vielmehr um grundsätzlich zu schützende Staatsbürger und nicht um zu tötende, gegnerische Kämpfer handelt.

Während die KPD sich bundesweit und auch in Karlsruhe mit dem Protest gegen das AKW Brokdorf solidarisch gibt (vgl. 16.11.1976), berichtet der KB bereits vom nächsten großen Schauplatz von Anti-AKW Protesten, dem AKW Grohnde (vgl. 16.11.1976), bei dem dann die SAG entscheidend eingreift, die auch von Brokdorf berichtet (vgl. 17.11.1976).

Die DKP Niedersachsen stellt die Ermutigung dar, die die Auseinandersetzungen in Brokdorf für andere Bürgerinitiativen bedeuteten (vgl. 19.11.1976), es kommt, u.a. in Elmshorn (vgl. 20.11.1976) und Kiel (vgl.

23.1.1976), aber auch in Brokdorf bzw. dem Kreis Steinburg selbst zu verschiedenen kleineren Demonstrationen (vgl. 26.11.1976).

Die DKP Schleswig-Holstein widmet sich nun massiv dem Anti-AKW Protest, ruft gar anfänglich landesweit zu einer Kundgebung in Brokdorf auf (vgl. Dez. 1976), befasst sich aber auch in verschiedenen Orten, wie hier aus Ahrensburg (vgl. Dez. 1976) belegt, mit dem Thema.

Sowohl in vielen Orten der Bundesrepublik, wie in Eutin, Kiel, Wyk, Eckernförde, Bonn, Münster, in Niedersachsen und Schleswig-Holstein als auch im Ausland (vgl. 6.12.1976) läuft nun die Vorbereitung der nächsten Großdemonstration gegen das Atomkraftwerk Brokdorf an, wobei die Frage einer zu wagenden Besetzung des Bauplatzes, wie sie KPD und KBW favorisieren, der KB aber aufgrund der Aussichtslosigkeit vermeiden möchte, Anlass zu heftigen Disputen zwischen den verschiedenen Fraktionen der intervenierenden Avantgardeformationen bietet.

AKW-Gegner werden von politischen Entlassungen betroffen (vgl. 6.12.1976), können sich aber wieder einklagen (vgl. 3.1.1977), andere wiederum verüben Anschläge gegen die Baufahrzeuge (vgl. 6.12.1976) und gegen zahlreiche Demonstranten werden Verfahren eingeleitet (vgl. 17.1.1977).

An der Bielefelder Carl-Severing-Berufsschule dienen die Brokdorfer Polizeiaktionen der Belehrung der Schülerschaft (vgl. 13.12.1976), die KPD erörtert schon einmal die militärstrategische Lage für die kommende Konfrontation (vgl. 15.12.1976), in Flensburg versammeln sich die AKW-GegnerInnen (vgl. 15.12.1976), während die Jusos der SPD in der Befürwortung der Atomkraftwerke brav zur Mutterpartei halten. Das Verwaltungsgericht Schleswig verfügt zwar einen Baustopp, der aber nur vorläufig bleibt (vgl. 17.12.1976) und auch die Vorbereitungen der Anti-AKW-Bewegung nicht aufzuhalten vermag, wie aus Bremen (vgl. 18.12.1976) und Essen (vgl. 18.12.1976) dokumentiert.

Ort und Termin der Großaktion werden festgelegt (vgl. 27.12.1976), während am Bauplatz selbst der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) schweigend protestiert (vgl. 30.12.1976).

Die zahlreichen damals zum AKW Brokdorf erschienenen Flugblätter der K-Gruppen werden anhand eines Beispiels von der KPD Ortsleitung Duisburg dargestellt (vgl. 10.1.1977), wo (vgl. 14.1.1977) wie in anderen Orten auch zahlreiche Vorbereitungs- und Mobilisierungsveranstaltungen durchgeführt wurden, wobei im Harz gar studentische Gelder für den Protest eingesetzt werden sollen (vgl. 12.1.1977), während es in Hamburg zum Streit über die zwischenzeitlich noch schnell durchzuführende örtliche Demonstration kommt (vgl. 13.1.1977).

Die Frage der Gewaltanwendung gegen Personen spaltet die Anti-AKW-Bewegung offenbar in nahezu zwei gleiche Hälften (vgl. 15.1.1977), der KB beruft sich angesichts dessen auf die Bürgerinitiativen, spricht sich gegen die dräuenden Linksradiكالen aus.

In Hamburg wird eine friedliche Vorbereitungs demonstration für die Brokdorf-Aktion von der Polizei angegriffen (vgl. 22.1.1977), die die Demonstranten in den Hauptbahnhof trieb, in dem, da das HSV-Spiel im Volksparkstadion gerade vorüber war, im Minutentakt mit Fußballfans völlig überfüllte S-Bahnen eintrafen, von denen sich viele freudig an den Auseinandersetzungen mit der dann arg schnell immer blasser aussehenden Staatsgewalt beteiligten.

Der Ort der geplanten und vielfach vorbereiteten Protestaktion aber scheint immer noch strittig, die KPD zieht den KB des Zurückwechlertums (vgl. 24.1.1977), beruft sich auf zahlreiche, nicht immer genau benannte örtliche Initiativen oder Versammlungen, bei ihrem Beharren auf der Aktion direkt vor Ort (vgl. 24.1.1977) und fühlt sich angesichts ihrer in der Presse propagierten Rolle als angeblicher Drahtzieher vermutlich pudelwohl.

Die Anti-AKW-Bürgerinitiativen in Schleswig-Holstein allerdings geben sich offenbar so säuberlich in zwei nahezu gleich große Hälften gespalten bezüglich des Schauplatzes des zu organisierenden Protests (vgl. 30.1.1977), wie sich zuvor die bundesweite Anti-AKW-Bewegung bzgl. der Gewaltfrage gab (vgl. 15.1.1977). Nicht einmal gemeinsames sanftes Einreden auf Maschinen und Menschen direkt am Bauplatz des Atomkraftwerks Brokdorf scheint nun noch wirklich konsensfähig, Mehrheiten hängen dabei von der Teilnahme bzw. Entscheidung einer oder doch nur wenigen Bürgerinitiativen auf den jeweiligen Konferenzen ab, die, es ist kein Wunder, natürlich umgehend zu majorisieren oder aus dem Boden gestampft versucht werden von allen, an der Hochkonjunktur der Anti-AKW-Bewegung irgendwie interessierten Investoren verschiedenster ideologischer Provenienz.

Was die MLPD(2) in ihrer exzellenten Märchenausgabe deutscher Geschichte für tumbe Junganhänger erzählt (vgl. Feb. 1977), halte ich für falsch, sondern finde vielmehr den KB maßgeblich, der die zumindest in Hamburg und vielen Orten des Umland schwächeren KBWler vermutlich locker bei Seite zu organisieren vermochte, auch wenn dies einige KBW-Autoren in ihrem bescheidenen Größenwahn manchmal anders gesehen haben mögen (vgl. 4.2.1977). Der KPD kommt dabei ebenfalls nur die Rolle des über die Dominanz des KB Beschwerde Erhebenden zu (vgl. 2.2.1977). Die DKP der Region, wie aus Wedel dokumentiert, stellt sich langsam auf die neue Aufgabe ein.

Am 5. Februar findet die von der DKP angesagte Aktion vor Ort nicht statt, dafür aber immerhin eine in Schleswig, während sich Jens Scheer im Rheinland weitere Strafverfahren einhandelt (vgl. 5.2.1977).

Die DKP versucht sich nun offenbar im Verein mit Vertretern der SPD und deren Jusos etwas zu ungestüm in der Vereinnahmung der Bewegung und deren Umdirigierung nach Itzehoe, was offenbar zum entschlossenen und nun wirklich mehrheitsfähigen Protest zumindest in Schleswig-Holstein führt und zur Entscheidung, in Brokdorf zu demonstrieren (vgl. 6.2.1977), was auch örtliche Attacken der DKP auf die Bewegung, wie aus Kiel (vgl. 7.2.1977), oder Bürgerinitiativen wie aus Uetersen (vgl. 7.2.1977), aber auch Wedel (vgl. 9.2.1977, 1.4.21977) berichtet wird, nicht zu verhindern vermögen.

Auch in NRW greift die KPD das Vorhaben der Demonstration in Itzehoe frontal an (vgl. 7.2.1977), während sich die KPD/ML zwar zänkisch aber offenbar schwankend gibt (vgl. 8.2.1977, 11.2.1977, 12.2.1977, 13.2.1977, 14.2.1977, 15.2.1977), auch Details über den Itzehoer Aufruferkreis bekannt werden (vgl. 8.2.1977), und es die SAG eindeutig nach Brokdorf zieht (vgl. 9.2.1977).

Die Verlängerung des Baustopps vermag die Demonstrationsvorbereitungen kaum zu beeinträchtigen (vgl. 9.2.1977), bezüglich der Demonstrationorte gibt man sich nun offenbar angesichts der zu erwartenden Polizeieinsätze flexibel, favorisiert aber deutlich den Bauplatz (vgl. 12.2.1977).

Sowohl die Polizei (vgl. 14.2.1977) als auch die Presse (vgl. 15.2.1977) bereiten die Brokdorf-Demonstration vor, die KPD in NRW (vgl. 16.2.1977) und der KB ebenfalls (vgl. 16.2.1977), während der KBW plötzlich zahlreiche lokale bzw. regionale Aktionen organisiert (vgl. 18.2.1977), die Demonstration in Brokdorf gerichtlich kurzfristig verboten wird (vgl. 18.2.1977).

Die KPD/ML will sich nun offenbar, zumindest in Dortmund, lieber der Solidarität mit ihrer Sektion DDR widmen (vgl. 18.2.1977). Die KPD aber ruft uneingeschränkt zur Aktion auf (vgl. 19.2.1977), während der KBW zumindest in seiner Region Mitte eine Reihe kleinerer Protestaktionen organisiert, in Grohnde schon einmal der AKW Bauplatz besetzt wird, in Itzehoe eine eher kleine Kundgebung auch gar noch mit DDR-kritischen Reden stattfindet und vor Ort in der Wilster Marsch selbst sich eine weitere riesige, die dritte, Demonstration gegen das AKW Brokdorf formiert, auf der es nicht nur zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, sondern auch zwischen den verschiedenen beteiligten K-Gruppen, vor allem KB und KBW kommt, wobei auch die SAG den KB wegen seinem Rückweichtertum anzuprangern scheint.

Es kommt zu zahlreichen Strafverfahren, von denen hier nur wenige erwähnt werden können (vgl. 21.3.1977, 21.5.1977), von der DKP und ihren Freunden, die noch in Bürgerinitiativen mitzuarbeiten scheinen (vgl. Apr. 1977), werden weitere Gewaltablehnungen verfasst (vgl. Apr. 1977), während die KPD in NRW den Zusammenhang zwischen dem Atomprogramm der Bundesregierung und der Stilllegung zahlreicher Steinkohlezechen darlegt (vgl. Apr. 1977).

Die Anti-AKW-Bewegung wertet den 19.2.1977 offenbar als Erfolg (vgl. 3.4.1977), die DKP im Kreis Herzogtum Lauenburg versucht sich angesichts der offenbar verstärkten Polizeiaktivitäten im Vergleich der Brokdorfer Bewegung mit der gegen das örtliche AKW Krümmel (vgl. 4.4.1977), die KPD in NRW beklagt die Brokdorfer Bürgerkriegsmanöver der Polizei (vgl. 11.4.1977).

Auf der nächsten bundesweiten Anti-AKW-Konferenz wird die Aktion vom 19.2.1977 offenbar erneut mehrheitlich als Erfolg gewertet (vgl. 14.5.1977), was nicht zuletzt dem dort zahlreich vertretenen KB geschuldet sein dürfte. Nun richtet sich die Aufmerksamkeit der Anti-AKW-Bewegung aber mehr nach Grohnde (vgl. 13.6.1977), während in Brokdorf weiter protestiert wird (vgl. 9.8.1977), Großkundgebungen aber offenbar nur wenige Fürsprecher finden (vgl. 26.8.1977, 2.9.1977), solange der Baustop nicht aufgehoben ist (vgl. 3.9.1977). Der KB grenzt sich scharf von KBW und Spontis ab (vgl. 5.9.1977), bereitet lieber die Kalkaraktion (vgl. 24.9.1977) vor, während die ganze Reihe der Anti-AKW-Aktionen offenbar einen wesentlichen Anlass für den CDU-Antrag auf Verbot der K-Gruppen bietet (vgl. 26.9.1977). Die Protestbewegung transformiert sich nun zumindest teilweise auch in erfolgreich parlamentarisch agierende Formationen, nicht zuletzt im Kreis Steinburg, in dem Brokdorf liegt (vgl. 5.3.1978).

Von zahlreichen Prozessen wegen der drei ersten großen Brokdorf-Demonstrationen werden hier nur wenige geschildert (vgl. 16.3.1979, 8.5.1979, 16.9.1979).

Der Weiterbau wird mit einer weiteren Demonstration beantwortet (vgl. 15.1.1980, 21.12.1980), die als erfolgreich beurteilt wird (vgl. 4.1.1981). Es wird umgehend eine weitere Großaktion in Angriff genommen (vgl. 14.2.1981), mit der wohl höchsten Teilnehmerzahl aller Aktionen bisher (vgl. 28.2.1981). Einer ihrer Hauptorganisatoren, der KB aber macht heftige innerorganisatorische Auseinandersetzungen mit seiner Zentrumsfraktion durch, die sich auch an der Frage der Militanz in Brokdorf entzündeten (vgl. 16.1.1981), will die Gruppe Z doch offenbar die bundesdeutsche Zukunft offensiv mitgestalten (vgl. 9.6.1981), was ihr durch Integration in die Grünen auch ein Stück weit gelingen wird.

Auszug aus der Datenbank „Materialien zur Analyse von Opposition“ (MAO)

07.01.1975: Der KB gibt seinen 'Arbeiterkampf' (AK) Nr.54 (vgl. 3.12.1974, 28.1.1975) heraus. In einem ersten Artikel gegen das geplante Atomkraftwerk (AKW) Brokdorf an der Untereibe im Kreis Steinburg in Schleswig-Holstein wird u.a. festgestellt:"

Hier wird auch deutlich, daß die Atomenergie nicht nur zur Versorgung der Industrien dienen soll, sondern auch die Pläne der westdeutschen Imperialisten auf dem Energiesektor schlechthin darstellt: ein ernstzunehmender Konkurrent zu den anderen imperialistischen Ländern zu werden."

=Arbeiterkampf Nr.54,Hamburg 7.1.1975

24.03.1976: Die KPD gibt ihre 'Rote Fahne' (RF) Nr.12 (vgl. 17.3.1976, 31.3.1976) heraus. Auf Seite 6 wird im Artikel "Gegen Atomkraftwerke!" auch eingegangen auf die AKWs in Brokdorf in Schleswig-Holstein und Wyhl bei Freiburg in Baden-Württemberg und ganz allgemein, wozu erklärt wird, "die VR China ist ein sozialistisches Land, in dem die Atomenergie zum Wohl und im Dienste des Volkes genutzt wird, bei der deshalb, weil das unter Kontrolle der Volksmassen geschieht und nicht unter der von profitgierigen Kapitalisten, wirklich ausreichende Sicherheitsvorkehrungen getroffen sind." Das die DKP ähnliches von der DDR und Sowjetunion behauptet wird ihr übel genommen, weil dort ja gar kein Sozialismus ist.
=Rote Fahne Nr.12,Köln 24.3.1976

02.04.1976: In Bremen beginnt, laut KPD, eine viertägige Tagung der International Youth Federation for Environmental Studies (in der 'BRD': Jugendbund für Naturbeobachtung) über Kernenergie, auf der man sich u.a. mit den AKWs in Brokdorf und Wyhl bei Freiburg, der KFA Jülich und WAAs befaßt. Verabschiedet wird eine Resolution gegen Berufsverbote (BV) wie sie u.a. den KPD-Professor Jens Scheer treffen.
=Rote Fahne Nr.15,Köln 14.4.1976

Oktober 1976: Zahlreiche Aktionen und Demonstrationen von Kernkraftgegnern gegen das in Bau befindliche AKW Brokdorf. U.a. beteiligen sich maoistische, anarchistische und spontaneistische Gruppierungen.

=Stefan Aust:Brokdorf. Symbol einer politischen Wende,Hamburg 1981,S.27

26.10.1976: In Brokdorf wird, laut KPD, der AKW-Bauplatz eingezäunt (vgl. 29.10.1976).
=Rote Fahne Nr.44,Köln 3.11.1976

29.10.1976: In Brokdorf wird, laut KPD, ihr Professor Jens Scheer aus Bremen festgenommen (vgl. 26.10.1976, 30.10.1976).
=Rote Fahne Nr.44,Köln 3.11.1976

30.10.1976: Laut AB und DKP Itzehoe beteiligen sich 10 000 an Aktionen gegen das AKW Brokdorf (vgl. 13.11.1976). Laut DKP Ahrensburg demonstrieren gar 15 000.

Von der Demonstration berichtet auch der Spartacusbund (SpB).

Laut KPD (vgl. 29.10.1976) beteiligen sich 5 000, u.a. Pfarrer aus Bremen, an einer Kundgebung der BUU, die auch von der KPD unterstützt wurde. Im Anschluß besetzen 2 000 den AKW-Bauplatz bis zum späten Abend, als er durch die Polizei geräumt wird. Die KPD berichtet über die "Führung des KBW, die vorher auf Flugblättern mit scheinradikalen Sprüchen die Besetzung des Bauplatzes angekündigt hatte" u.a.:"
Statt sich an der Eroberung des Platzes zu beteiligen, hält sie auf der Straße eine Kundgebung ab, in der sie immer wieder vergeblich zu erklären versuchte, warum eine Besetzung nicht sinnvoll sei, da sie nicht vorbereitet und die 'Massen noch nicht weit genug' seien. ... Unter den empörten Pfiffen und Sprechchören wie 'Spalter' und 'KBW - Ade' zog die KBW-Führung ab, restlos isoliert. ... Diesem feigen und opportunistischen Kurs folgten allerdings nicht alle Mitglieder." Auch der KB habe z.T. eine Besetzung abgelehnt.

Eine für heute, vermutlich in Brokdorf, angesagte ÖTV-Demonstration für AKWs wird, laut KPD, wieder abgesagt.

Die KPD (vgl. 26.1.1977) berichtet auch von den nachfolgenden Ermittlungsverfahren (vgl. 17.1.1977).
=Rote Fahne Nr.44 und 4,Köln 3.11.1976 bzw. 26.1.1977,S.1 und 5 bzw. S.*;
Spartacus o.Nr. (33),Essen 20.12.1976;
Die Linke,Ahrensburg Dez. 1976,S.2;
Itzehoeer Echo o.Nr.,Itzehoe o.J. (Nov. 1976),S.2;
Kommunistische Arbeiterzeitung Nr.100,München 14.11.1976

31.10.1976: Der AB gibt seine 'Kommunistische Arbeiterzeitung' Nr.99 (vgl. 17.10.1976, 14.11.1976) heraus. Aus Schleswig-Holstein wird berichtet aus Brokdorf.
=Kommunistische Arbeiterzeitung Nr.99,München 31.10.1976

01.11.1976: In Freiburg beteiligen sich, laut KPD, vermutlich in dieser Woche 1 200 an einer Sympathiekundgebung mit dem Kampf gegen das AKW Brokdorf in Schleswig-Holstein.
=Rote Fahne Nr.45,Köln 10.11.1976

01.11.1976: Im Kampf gegen das AKW Brokdorf treten, laut KPD, vermutlich in dieser Woche DKP und SPD für eine Demonstration in Itzehoe ein.
=Rote Fahne Nr.45,Köln 10.11.1976

01.11.1976: Vermutlich in dieser Woche beteiligen sich, laut KPD, vermutlich in Brokdorf 1 000 an einer ÖTV-Demonstration für AKWs.
=Rote Fahne Nr.45,Köln 10.11.1976

02.11.1976: Die KPD gibt ihren 'Rote Fahne Pressedienst' (RFPD) Nr.38 (vgl. 19.10.1976, 16.11.1976) heraus, in der sie sich u.a. mit dem Kampf der BUU gegen das AKW Brokdorf befaßt.
=Rote Fahne Pressedienst Nr.38,Köln 2.11.1976

02.11.1976: Die SDAJ Kiel der DKP berichtet:"
Am 2.11.1976 war eine Gesamt-SV-Sitzung der Berufsschul-SV'en.
Tagesordnung:
- Brokdorf (AKW,d.Vf.)
- Vorfälle Itzehoe
- Mensabau
Beginn der Sitzung ca. 18 Uhr 45.

Verlauf: Vorstellung eines Flugblattes zur Ankündigung einer Brokdorfveranstaltung der SV, Berufsschule 1. Diskussion über den Inhalt, in der die politische Linie einer Chaoten-Sekte klar zum Ausdruck kam. Diese politische Linie ist uns allen unter dem Begriff 'Maoismus' (gut) bekannt.

SCHÜLERINTERESSEN KAMEN ZU KURZ

Es wurde etwa eine Stunde über die Stellen, in denen diese politische Linie zum Ausdruck kam, diskutiert. Im Abstimmungsergebnis wurde sich 6:5 gegen das Flugblatt ausgesprochen. Man stimmte für ein Alternativflugblatt.
Als nächstes: kurzer Erfahrungsaustausch der SV'en untereinander, über die Aktivitäten zu den Vorfällen in Itzehoe. Dauer: ca. 20 Minuten.
Eine Diskussion und ein Erfahrungsaustausch über den Mensabau fand nicht statt. Der Punkt wurde vertagt. Sieht so eine Interessenvertretung für uns, die Schüler, aus?

Brokdorf ist wichtig, aber es darf nicht sein, daß fast eine gesamte SV-Sitzung über dieses Thema diskutiert wird, und Themen die uns persönlich betreffen unter 'ferner liefen' behandelt werden. Man hat den Eindruck, als wenn einige Grüppchen, die sich links nennen, die SV dafür benutzen, sich politisch zu profilieren und im Endeffekt interessierte Schüler vergraulen.

Sie liefern dabei dem Landesschulamt und dem Kultusministerium den Vorwand, die SV-Rechte noch weiter einzuschränken.

SCHÜLERPROBLEME HABEN VORRANG

Diesem Scheinrevoluzzertum muß Einhalt geboten werden. Es müssen die Themen diskutiert werden, die den Schülern wirklich unter den Nägeln brennen. Nur so kann man aus der SV eine starke Interessenvertretung für die Schüler machen. Es liegt an Euch, dieses zu verwirklichen.

KOMMT ZU DEN SV-SITZUNGEN

Darum kommt zu den SV-Sitzungen, diskutiert über den Mensa-Bau, die Vorfälle in Itzehoe, die 7:5-Regelung und den reaktionären SV-Erlaß.

INFORMATIONSPFLICHT DER SV

Dies soll aber nicht heißen, daß die SV ihrer Informationspflicht nicht nachkommen soll. Aus diesem Grunde muß natürlich auch über Brokdorf informiert werden."

=Kurz belichtet Nr.5,Kiel Dez. 1976,S.2f

04.11.1976: Der KBW gibt seine 'Kommunistische Volkszeitung' (KVZ) Nr.44 (vgl. 28.10.1976, 11.1.1976) heraus. Auf Seite 4 erscheint der Artikel: "Die Arbeiter und Bauern können den Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf verhindern". Der Artikel berichtet von einer Reihe Solidaritätserklärungen gegen den Bau des AKW Brokdorf.

=Kommunistische Volkszeitung Nr. 44,Mannheim 4.11.1976

05.11.1976: In Hamburg führt die KPD eine Anti-AKW Veranstaltung "Solidarität mit dem Kampf in Brokdorf!" durch. In der Rede von Jens Scheer, Professor an der Uni Bremen, heißt es u.a.:" Aus gutem Grund bauen und planen die VR China und die VR Albanien auch keine Atomkraftwerke".

=Rote Fahne Nr.44 und 45,Köln 3.11.1976 bzw. 10.11.1976,S.* bzw. S.4

06.11.1976: Die Zelle Itzehoe des KBW gibt ein Flugblatt mit zwei Seiten DIN A 4 unter dem Titel "Den Spaltungsmanövern der bürgerlichen Parteien entgegentreten: KEIN KKW IN BROKDORF" heraus.

=KBW-Zelle Itzehoe: Den Spaltungsmanövern der bürgerlichen Parteien entgegentreten: Kein KKW in Brokdorf, Itzehoe 6.11.1976

Flugblatt des KBW, Zelle Itzehoe

11.11.1976: In Itzehoe findet vermutlich heute eine Ratsversammlung statt, von der Christian Zillich für die DKP u.a. zum AKW Brokdorf berichtet:"

Ich melde mich nochmal zu Wort.

BROKDORF? FEHLANZEIGE!

Allen sei ja bekannt, was in Brokdorf vorgefallen ist. Nun hätten die Bürgerinitiativen erneut zu einer großen Demonstration und Kundgebung aufgerufen. Sieht sich die Ratsversammlung in der Lage, den Bürgerinitiativen eine Grußadresse zu schicken? Man tue dies ja auch bei vielen anderen Gelegenheiten... Doch Bürgervorsteher Eisenmann (CDU) möchte keine Abstimmung. Das sei Gewissenssache, er stelle jedem anheim, nach Brokdorf zu fahren oder nicht."

=Itzehoer Echo o.Nr.,Itzehoe o.J. (Nov. 1976),S.5

13.11.1976: Laut KB folgen heute rund 30 000 AKW-Gegner "dem Aufruf der Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe (BUU) zu einer Großkundgebung unter dem Motto 'Kein Kernkraftwerk in Brokdorf und auch nicht anderswo' ... Insgesamt dürften rund 30 000 versammelt gewesen sein. Der allergrößte Teil davon hielt sich an der Ostseite des Platzes auf - etwa dort, wo beim letzten Mal eine teilweise Besetzung gelungen war ... KBW und KPD/ML konzentrierten ihre Trupps an der Südost-Ecke, weil dort die Baumaschinen standen." Sie waren daran beteiligt, "zehn Meter breite Löcher in die Absperrung zu reißen". Trotz massivem Polizeieinsatz, sei es dem KBW gelungen, "gemeinsam mit der KPD/ML ... ungefähr 500 Personen zu einer Abschlußkundgebung zusammenzubringen.

Auch der KB beteiligt sich an diesen Aktionen:"

Trotz unserer Einschätzung, daß eine Besetzung des Bauplatzes und erst recht eine Zerstörung der Baumaschinen aussichtslos sein würde, war beschlossen worden, daß sich der KB an den Aktionen beteiligt."

Laut AB beteiligen sich 30 000 an Aktionen gegen das AKW Brokdorf (vgl. 30.10.1976).

Die DKP Itzehoe berichtet:"

Vor zwei Wochen (vgl. 30.10.1976,d.Vf.) waren es 10 000 Menschen, die in Brokdorf demonstrierten, Sonnabend kamen weit mehr als 30 000. Sie drückten eindeutig ihre gemeinsamen Forderungen aus: **SOFORTIGER BAUSTOP, ABZUG DER POLIZEI, KEIN KKW IN BROKDORF!**

Und wieder einmal wurde deutlich, auf wessen Seite die Stoltenberg-Landesregierung steht: Lob für das 'besonnene Vorgehen der Polizei' einerseits - Diffamierung der Bürgerinitiativen andererseits.

WELCHE POLIZEI-AKTIONEN SIND SO LOBENSWERT?

Einige Beispiele:

- Verfolgung und Bespitzelung von BUU-Mitgliedern.
- Hausdurchsuchung bei Bauern, Beschlagnahme von Werkzeugen und Baumaterial.
- Absperrung der Wilstermarsch bis 10 km vor Brokdorf.
- Durchsuchung von Demonstranten.
- Nachdem mehrere Auswärtige mit Genehmigung des Bauern auf dessen Wiese ihre Zelte aufgeschlagen hatten, wurde der Platz mit Polizeigewalt gestürmt, die Leute durchsucht und das Zelten verboten.
- Der Transport einer Lautsprecheranlage für die Kundgebung wurde gestoppt.

Und dann am Sonnabend nach der Kundgebung: Der Demonstrationzug zum Bauplatz wird mit Wasserwerfern und Tränengas empfangen. Rauch- und Tränengasbomben werden von Hubschraubern in die Menge geschossen, die chemische Keule wird gegen Demonstranten eingesetzt, die Polizei geht mit Gummiknüppeln vor. 'Besonnenes Vorgehen'? Aus der Sicht Stoltenbergs sicherlich. Für den ehemaligen Krupp-Direktor zählt nicht der Wille der Bevölkerung, er ist als Interessenvertreter des großen Kapitals eingesetzt, und das sind die NWK und die Großindustrie der Bundesrepublik. Darum diese Maßnahmen, darum der brutale 'zu lobende' Einsatz der Polizei. Doch selbst diese Maßnahmen konnten die Menschen am Bauplatz nicht davon abhalten, in Sprechchören zu versichern 'wir kommen wieder'. Ihnen ist klar: Wenn die Bevölkerung aktiv gegen das KKW kämpft, dann ist es möglich, den Bau zu stoppen und den Abzug der Polizei durchzusetzen!

Und: Es darf nicht weiter angehen, daß Feinde der Bevölkerung wie Stoltenberg und seine Regierung, wie die CDU-Kommunalpolitiker ihre Konzern-Politik betreiben!

DARUM: SOFORTIGER RÜCKTRITT DER LANDESREGIERUNG!"

Die SDAJ Kiel der DKP berichtet:"

KEIN KERNKRAFTWERK IN BROKDORF!

40 000 kamen um zu demonstrieren

- für den berechtigten Anspruch der Menschen nach Sicherheit
- gegen die Gefährdung der natürlichen Umwelt.

Sie demonstrierten dafür, daß in Brokdorf kein Kernkraftwerk gebaut wird, und daß die begonnenen Bauarbeiten sofort eingestellt werden. Die 'Verfassungsschützer' CDU und Co. reagierten sehr demokratisch: Einsatz von Polizeihundertschaften, Wasserwerfern, Hubschraubern, chemischen Keulen, Rauchbomben, Stacheldraht. Viele (Kreis-) Pinneberger, uns insbesondere die Jugend, haben diese perfekte Notstandsübung am eigenen Leib miterlebt. Wozu das alles? Damit bei uns 1985 nicht die Lichter ausgehen? Wir sagen, daß die Lichter 1985 nicht ausgehen werden. Selbst bürgerliche Wissenschaftler haben nachgewiesen, daß noch ausreichend natürliche Brennstoffvorräte zur Verfügung stehen, so vor allem in der Bundesrepublik Kohle. Atomenergie wird nur deshalb von den Konzernen so gepriesen, weil der Atomindustrie kurzfristig gewaltige Profite winken.

Gerade uns Jugendlichen wird vorgegaukelt, Atomkraftwerke schaffen Arbeitsplätze. Wir fragen, welcher von den 1 Millionen ist arbeitslos, weil zu wenig Energie vorhanden ist? Keiner! Die Wahrheit ist, daß durch den Bau solch' eines Kernkraftwerkes lediglich einige wenige hochspezialisierte Arbeitsplätze geschaffen würden. Wie viele Arbeitsstellen durch die Atomenergie wegrationalisiert werden, wird wohlweislich verschwiegen. Alle bisher erstellten Atomkraftwerke zeigen, daß für atomwirtschaftliche Anlagen Voraussetzung ist, die demokratische Kontrolle von Plan, Bau und Betrieb durch die Bevölkerung und ihre Organisationen, durch die Belegschaften und ihre Gewerkschaften.

Diese Voraussetzungen sind in Brokdorf nicht erfüllt."

Zur zentralen Kundgebung der BUU am Bauplatz des AKW Brokdorf rief auch die KPD auf. Sie beschwert sich u.a. über "die kleinbürgerlich-opportunistischen Gruppen, wie KBW und KB-Nord, die ... den Kampf für die Besetzung erneut sabotierten."

Im Einsatz sind auch Sanitäter der Roten Hilfe (RH) e.V. der KPD. Laut KPD wurden fünf Brückenköpfe zur Erstürmung des Bauplatzes gebildet, darunter einer von der KPD selbst, aber:"

Die KB- und KBW-Führung überschlugen sich geradezu, um abzuwiegeln ..., wobei sie sogar damit drohten, die Busse auch leer abfahren zu lassen, wenn der Kampf nicht abgebrochen würde."

In einer Presseerklärung der KPD wird u.a. darauf verwiesen, daß die Bundeswehrekaserne in Itzehoe-Nordoe in Alarmbereitschaft versetzt worden sei. Weiter heißt es:"

Eine erfolgreiche Besetzung ... konnte ... nicht zuletzt durch das feige Verhalten von Organisationen wie der ... DKP, der Jusos (der SPD, d. Vf.), des KB-Nord und des KBW verhindert werden, deren Absicht es von vornherein war, eine Besetzung zu blockieren, die genau zu dem Zeitpunkt zum Abmarsch aufrufen, als die Besetzung durch das Aufbrechen der Zäune und der Stacheldrahtsperrern weitgehend vorbereitet war".

Bernd Weitalla, Schiffbauer und Betriebsrat bei HDW Kiel und Anhänger der KPD/ML wird lebensgefährlich verletzt.

Drei Jahre später erinnert sich das ZK der KPD/ML in dem Bildband „10 Jahre KPD/ML“ wie folgt an die Ereignisse in Brokdorf:

„Nachdem in den vergangenen Monaten die Unruhe über den zunehmenden Bau von Atomkraftwerken wuchs, entwickelt sich im November der bisher größte Kampf gegen den Bau eines Atomkraftwerks. Am 25.10. unterschreibt der Innenminister von Schleswig-Holstein die Baugenehmigung für das Atomkraftwerk in Brokdorf. In der darauffolgenden Nacht werden die ersten Polizeihundertschaften in Bewegung gesetzt.

Mit NATO-Stacheldraht, einem Wassergraben und einer Flutlichtanlage wird das Baugelände zu einer KZ-ähnlichen Anlage ausgebaut. Auf diese Weise bereitet sich die Bourgeoisie auf die für den 30.10. angekündigte Demonstration gegen den Bau des Atomkraftwerks vor. Zunächst 7.000, dann 10.000 Menschen versammeln sich am 30.10. in der Nähe des Baugeländes. Ihnen gegenüber steht eine Streitmacht von 2.000 Polizisten, Werkschützern, Hunde- und Reiterstaffeln und Wasserwerfern. Trotzdem gelingt es den Demonstranten, den Bauplatz zu besetzen. Erst in der Nacht, als der größte Teil von ihnen wieder nach Hause gefahren ist, räumt die Polizei den Platz. Erst werden Pferde gegen die Menge eingesetzt, dann Wasserwerfer und Tränengas. Weder vor Kindern, noch vor älteren Menschen macht die Brutalität der Polizei halt. Ein älterer Bauer wird von ihnen in den Wassergraben geworfen, wieder herausgezogen und anschließend zusammengeschlagen. 50 Demonstranten müssen mit Verletzungen ins Krankenhaus. Nachdem die Polizei die Besetzer vertrieben hat, trägt sie auf dem Bauplatz aufgestellte Zelte und das zurückgelassene Hab und Gut der Demonstranten zusammen und zündet es an. „Wir kommen wieder! Wir kommen wieder!“ ist der Ruf, mit dem die Atomkraftwerksgegner das Gelände verlassen.

Und sie kommen wieder. Am 13.11. mit 30.000 Mann. Polizei, die aus dem gesamten Bundesgebiet zusammengezogen ist, und über 20 Panzerwagen und Wasserwerfer erwarten sie. Vor der Demonstration werden sogar sämtliche umliegenden Höfe durchsucht, die Wilstermarsch um Brokdorf wird in einem Umkreis von acht Kilometern abgeriegelt. Der Bauplatz selbst wird noch mehr zu einer Festung ausgebaut. Der Wassergraben wird auf acht Meter Breite erweitert, zusätzlich ein Zaun aus Baustahlgitter errichtet.

Als sich die Demonstranten, an der Spitze die Genossen der Partei, am Bauplatz sammeln, geht die Polizei sogleich zum Angriff gegen sie vor - mit Tränengasgranaten und Rauchbomben, die aus - Polizeihubschraubern abgeschossen werden. Die Demonstranten wehren sich. Steine fliegen gegen Wasserwerfer. Tränengasgranaten und Rauchbomben werden in die Reihen der Polizei zurückgeworfen. Die Menge rückt gegen den Bauplatz selbst vor. Brücken werden über die Wassergräben geschlagen, der NATO-Stacheldraht beiseite geräumt und schließlich auch der Zaun durchbrochen. All dies geschieht unter massivstem Tränengaseinsatz der Polizei, die inzwischen auch aus nächster Nähe Ziegelsteine auf die Demonstranten schleudert und schließlich, als ein Teil der Demonstranten auf den Bauplatz selbst vorgerückt ist, einen großen Kranwagen in die Menge rasen läßt. Nur durch einen Sprung in den Wassergraben können sich die Demonstranten vor ihm retten. Wut und Empörung über die Polizei erreichen ihren Höhepunkt. Ein Steinhagel zerschmettert die Scheibe des Führerhauses dieses Krans. Ein Wasserwerfer wird am Rohr getroffen und außer Gefecht gesetzt. Bei einem zweiten zersplittert die Frontscheibe, ein dritter wird durch einen Molotowcocktail in Brand gesetzt. Aber diese mutigen Aktionen reichen nicht aus im Kampf gegen die bewaffnete Übermacht der Polizei. Als klar wird, daß der Bauplatz nicht besetzt werden kann, ruft die Partei zum geordneten Rückzug auf.

500 Verletzte und 150 Verhaftete - das ist die Bilanz des Polizeiterrors in dieser Nacht. Einer dieser Verletzten ist der Genosse Bernd Weitalla, Roter Betriebsrat bei HDW. Er stand beim Sturm auf den Bauplatz in der ersten Reihe. Dort traf ihn, der als einziger nicht durch einen Helm geschützt war, ein Ziegelstein - gezielt von einem nur wenige Meter entfernt stehenden Polizisten geworfen - am Kopf, zertrümmert die Schädeldecke. Durch eine komplizierte Gehirnoperation kann das Leben von Bernd Weitalla gerettet werden. Aber es wird Jahre dauern, bis die durch den Steinwurf verursachte Verletzung des Sprachzentrums im Gehirn wieder einigermaßen geheilt ist.“

Laut RHD der KPD/ML (vgl. 15.11.1976) zeigt die Aktion, "daß die Werktätigen in Westdeutschland auch zu militantem Kampf für ihre Lebensinteressen bereit sind."

Laut Stefan Aust kommen zur Großdemonstration am Gelände des in Bau befindlichen AKW Brokdorf ca. 30 000 Menschen. Diese Demonstration gilt als sehr militant, weil linke Gruppierungen (KPD/ML, KBW, KB u.a.) sich heftige Schlachten mit der Polizei liefern. Teilweise kommt es auf dem Baugelände zu Zerstörungen.

Aus Bremen beteiligen sich, laut und mit KPD, über 1 500 Personen.

Die KPD (vgl. 26.1.1977) berichtet auch von den nachfolgenden Ermittlungsverfahren (vgl. 17.1.1977).

Berichtet wird auch durch das KPD-ZK (vgl. 16.2.1977) und in:

- NRW durch das KPD-RK (vgl. 7.2.1977) und in Bielefeld durch die SMV der Carl-Severing-Schule (BS/FOS) (vgl. 13.12.1976).

=SMV Carl-Severing-Schule Bielefeld: SMV-Info Weg mit dem Girgensohn-Erlass!, Bielefeld o.J. (1976), S.1; Rote Fahne Nr.45, 46, 47, 48 und 4, Köln 10.11.1976, 17.11.1976, 24.11.1976, 1.12.1976 bzw. 26.1.1977, S.*, S.1 und 5, S.*, S.* bzw. S.*;

Kurz belichtet Nr.5, Kiel Dez. 1976, S.6;

ltzehoer Echo o.Nr., ltzehoe o.J. (Nov. 1976), S.2;

Kommunistische Arbeiterzeitung Nr.100, München 14.11.1976;

Arbeiterkampf Nr.93, Hamburg 15.11.1976, S.1ff;

KPD-RK NRW: 19.2.: Atomkraftwerksgegner für Kundgebung in Brokdorf!, Dortmund o.J. (Feb. 1977), S.1;

KPD-RK NRW: Heraus nach Brokdorf!, Dortmund o.J. (Feb. 1977), S.1;

RHD-ZL: Rote Hilfe Schafft Rote Hilfe gegen den Justizterror!, Dortmund o.J. (Nov. 1976), S.2;

ZK der KPD/ML (Hrsg.): 1968/69 bis 1978/79. Zehn Jahre KPD/ML. 10 Jahre Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland, Dortmund 1979, S. 218ff.;

Stefan Aust: Brokdorf. Symbol einer politischen Wende, Hamburg 1981, S.29f

14.11.1976: Der AB gibt seine 'Kommunistische Arbeiterzeitung' Nr.100 (vgl. 31.10.1976, 28.11.1976) heraus.

Aus Schleswig-Holstein wird berichtet von den AKW Brokdorf-Demonstrationen (vgl. 30.10.1976, 13.11.1976), wobei man sich an das baden-württembergische Wyhl erinnert fühlt.

=Kommunistische Arbeiterzeitung Nr.100, München 14.11.1976

15.11.1976: Die Zentrale Leitung der RHD der KPD/ML mit Sitz in Dortmund, Stollenstr. 12 gibt vermutlich in dieser Woche ein zweiseitiges Flugblatt unter Verantwortung von Törk Hansen in Lübeck heraus, in dem berichtet wird von Prozessen in Dortmund gegen Dieter Kwoll (vgl. 3.11.1976) und Peter Schulte (vgl. 27.10.1976) sowie in München gegen Volker Nieber (vgl. 27.10.1976) und auch von der Freilassung von Heinz Baron in Münster (vgl. 29.10.1976):"

ROTE HILFE

SCHAFFT ROTE HILFE GEGEN DEN JUSTIZTERROR! ...

Innerhalb einer Woche drei Urteile, die dem Gerechtigkeitsempfinden eines jeden von uns Werktätigen ins Gesicht schlagen. Gesinnungsjustiz, so wie wir sie aus der Zeit des Hitlerfaschismus kennen. Und gerade in diesen Tagen (vgl. 27.10.1976, d.Vf.) wird in Dortmund bereits das nächste Gesinnungsurteil gefällt: Gegen ehemalige Redakteure und Verleger des ROTEN MORGEN (RM, d.Vf.), des Zentralorgans der KPD/ML.

Einzelfälle? Taten besonders reaktionärer Richter? Nein - in gleicher Weise urteilen heute die Gerichte von Hamburg bis Westberlin, von Köln bis München gegen Kommunisten und Revolutionäre - gleichgeschaltet, ausgerichtet auf das Ziel der herrschenden Klasse, ihren Todfeind, die Kommunistische Partei und die revolutionären Organisationen kleinzukriegen, mundtot zu machen, ihre Anhänger hinter Gitter zu bringen. Ihre Angst vor der revolutionären Propaganda ist durchaus verständlich. Hat ihnen doch gerade Brokdorf (AKW - vgl. 13.11.1976, d.Vf.) gezeigt, daß die Werktätigen in Westdeutschland auch zu militantem Kampf für ihre Lebensinteressen bereit sind.

GESINNUNGSJUSTIZ: ÜBER 32 JAHRE GEFÄNGNIS

wurden vom 1. Januar bis Ende Oktober gegen Genossen der KPD/ML, der GRF (KPD), des KBW und befreundeter Organisationen verhängt. Das ist das Gesicht der bürgerlichen Klassenjustiz. Nein, niemals wird die ROTE HILFE darüber schweigen!

Niemals wird sie sich auf die westdeutschen Gerichten vorgeschriebene Ansicht festlegen lassen, daß dieser Staat 'seinen Bürgern Freiheiten in einem nie gekannten Maß gewährt'!

Im Gegenteil: die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS ruft Euch alle, die Ihr Euch über das Unrecht und die Gesinnungsjustiz in westdeutschen Gerichtssälen empört, auf: Verwandelt Eure Empörung in Kampf, in Solidarität für die politisch Verfolgten!

Nehmt selbst als Zuschauer an einem der Prozesse gegen Kommunisten teil und überzeugt Euch mit eigenen Augen und Ohren davon, daß wir die Wahrheit sagen. Schon so mancher, der noch mit Skepsis und Zweifeln den Gerichtssaal betrat, hat sich hinterher in die Mitgliedslisten der RHD eingetragen! Weil er erkannte, daß er nicht länger abseits stehen darf sondern mithelfen muß im Kampf gegen die politische Unterdrückung, gegen den zunehmenden faschistischen Terror, der vom Staatsapparat der Bourgeoisie ausgeht.

Macht Euer Portemonnaie auf! Spendet für die Rote Hilfe! Sie unterstützt damit die vielen angeklagten Revolutionäre, die neben ihrer Strafe auch noch ungeheure Prozeßkosten aufgebürdet bekommen. Die Rote Hilfe unterstützt auch die politischen Gefangenen und ihre Familien. Ihre Zahl wird in kurzer Zeit, wenn die Urteile der letzten Monate rechtskräftig werden, sprunghaft anwachsen.

WERDE MITGLIED IN DER ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS"

=RHD-ZL: Rote Hilfe Schafft Rote Hilfe gegen den Justizterror!, Dortmund o.J. (Nov. 1976)

15.11.1976: Vermutlich in dieser Woche gibt die DKP eine Ausgabe ihres 'Itzehoe Echo' - Ortszeitung für Itzehoe - mit der Schlagzeile "KEIN ATOMKRAFTWERK IN BROKDORF!" heraus. Weiter befindet sich auf dem Titel ein großes Foto von der letzten Demonstration gegen das AKW Brokdorf, über die dann auch berichtet wird (vgl. 13.11.1976). Sie war auch u.a. Thema der Stadtratssitzung (vgl. 11.11.1976).
=Itzehoe Echo o. Nr., Itzehoe o.J. (Nov. 1976)

16.11.1976: In Karlsruhe soll laut KPD eine Veranstaltung gegen den Prozeß gegen Klaus Öllerer aus Hannover vor dem Bundesgerichtshof (BGH - vgl. 10.11.1976) stattfinden. Heute oder am 13.11.1976 beteiligen sich, laut KPD, 250 an einer derartigen Veranstaltung. U.a. erklärt man sich solidarisch mit dem Kampf gegen das AKW Brokdorf in Schleswig-Holstein.
=Rote Fahne Nr.45 und 46,Köln 10.11.1976 bzw. 17.11.1976,S.* bzw. S.3 und S.*

16.11.1976: Laut KB findet in Bad Pyrmont eine Veranstaltung zum Polizeiterror am AKW Brokdorf statt. Ca. 50 Menschen sind anwesend, darunter einige Mitglieder der 4 Bürgerinitiativen des Umkreises gegen das AKW in Grohnde.
=Arbeiterkampf Nr.94,Hamburg 29.11.1976,S.1

16.11.1976: Der Ständige Ausschuß des Politbüros des ZK der KPD richtet eine Solidaritätsadresse an die gegen das AKW Brokdorf kämpfende BUU Wewelsfleth, in der auch auf das geplante AKW Wyhl in Baden-Württemberg eingegangen wird.
=Rote Fahne Nr.47,Köln 24.11.1976

17.11.1976: Die SAG gibt die Nr.13 ihrer 'Sozialistischen Arbeiter Zeitung' (vgl. 5.11.1976, Dez. 1976) heraus. Aus Schleswig-Holstein wird berichtet aus Brokdorf über Bauern und das AKW.
=Sozialistische Arbeiter Zeitung Nr.13,Frankfurt 17.11.1976

19.11.1976: Der Bezirksvorstand Niedersachsen der DKP gibt seine 'DKP Informationen' Nr.11 (vgl. 20.7.1976) heraus, welches die letzte uns derzeit vorliegende Ausgabe ist. Berichtet wird u.a. von der eigenen Sitzung (vgl. 13.10.1976). Vom Mitglied des Bezirksvorstandes und Vorsitzendem des Kreises Celle der DKP erscheint folgender Kommentar zur AKW-Problematik:"
LIEBER HEUTE AKTIV - ALS MORGEN RADIOAKTIV!

Der Widerstand der Bürger gegen die atomare Bedrohung geht nicht nur in Brokdorf (in Schleswig-Holstein, d. Vf.) weiter. Gegen den Plan der Energie- und Kernenergiekonzerne und ihrer politischen Willensvollstrecker in Bonn und Hannover, Niedersachsen zum Atommülleimer der BRD zu machen, sind die Bürger der bedrohten Gebiete auf die Barrikaden gegangen. Ursprünglich war auch in Niedersachsen geplant, die Atommüll- und Wiederaufbereitungsanlage lautlos durchzusetzen. Das wurde durch die demokratische Wachsamkeit der Öffentlichkeit verhindert. Die durch Brokdorf vorgewarnten Bürger machten den Atomstrategen einen Strich durch die Rechnung.

In den Dörfern des Naturschutzparks Südheide, um das Bohrloch bei Lutterloh, im Lichtenmoor bei Nienburg und auch über dem Salzstock bei Wittingen in Ostfriesland (gemeint ist Wippenen, d. Vf.) schlossen sich die alarmierten Menschen zu Bürgerinitiativen zusammen. Sie fielen nicht auf die Verharmlosungen, Versprechungen und Drohungen des atomindustriellen Komplexes herein. Sie griffen zur Selbsthilfe unter

der Losung: 'Lieber heute aktiv - als morgen radioaktiv. Profitinteressen weniger oder die Lebensinteressen der Mehrheit der Bevölkerung', das ist die Frage."
=DKP Informationen Nr.11,Hannover 19.11.1976

20.11.1976: Laut KB beteiligen sich heute in Elmshorn zeitweise bis zu 500 Menschen an einer Kundgebung und anschließender Demonstration der BUU gegen das AKW in Brokdorf.
=Arbeiterkampf Nr.94,Hamburg 29.11.1976,S.1

23.11.1976: Laut KB demonstrieren heute ca. 5 000 Menschen in Schleswig-Holsteins Landeshauptstadt Kiel gegen den Bau des AKW in Brokdorf "und die brutalen Polizeiüberfälle auf KKW-Gegner am 30.10 und 13. 11.". Zu der Demonstration hätten u.a. über 20 Initiativen, Schüler- und Jugendgruppen, Bürgerinitiativen, die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe mit sämtlichen Untergruppen, alle Kieler ASten, die ESG, fast die gesamte Kieler Linke und die Initiatoren der Aktionseinheit, der Landesverband Umweltschutz Schleswig-Holstein, der Arbeitskreis Umweltschutz an der Kieler Uni und die Bürgerinitiative 'Kein KKW an der Eckernförder Bucht' aufgerufen. Zur KPD/ML führt der KB aus:"
Und immer wieder sangen die Demonstranten das 'Brokdorf-Lied'- eine eindrucksvolle Stimmung. Daran konnte auch ein wildgewordener KPD/ML-Ordner nichts ändern, der sich darüber beschwerte, daß die Demonstranten Parolen riefen, die gar nicht von der AE vorgeschlagen wären!"

Auch laut und unterstützt von der KPD demonstrieren 5 000 vor dem Landtag.
=Rote Fahne Nr.48,Köln 1.12.1976;
Arbeiterkampf Nr.94,Hamburg 29.11.1976,S.1

26.11.1976: Laut KB beteiligen sich an einer Demonstration zur Solidarität mit dem Kampf der Bevölkerung gegen das AKW in Brokdorf ca. 700 Menschen. Veranstalter war die Solidaritätsaktion mit Brokdorf, u.a. hatte auch der KB diese Demonstration unterstützt.
=Arbeiterkampf Nr.94,Hamburg 29.11.1976,S.1

28.11.1976: Der AB gibt seine 'Kommunistische Arbeiterzeitung' (KAZ) Nr.101 (vgl. 14.11.1976, 12.12.1976) heraus. Aus Schleswig-Holstein wird berichtet vom AKW Brokdorf.
=Kommunistische Arbeiterzeitung Nr.101,München 28.11.1976

Dezember 1976: Der DKP Bezirksvorstand Schleswig-Holstein gibt eine zweiseitige DIN A 3 Ausgabe des 'DKP Report' - Zeitung der DKP Schleswig-Holstein - zum Anti-AKW-Kampf heraus. Der Solidaritätspreis beträgt 10 Pfennig, ausgeführt wird dafür:"
STOPPT DEN BAU VON KERNKRAFTWERKEN!

Der Widerstand gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf und gegen den geplanten Bau weiterer KKW, sowie Atommüll-Deponien und Wiederaufbereitungsanlagen geht weiter.

In vielen Orten Schleswig-Holsteins und darüber hinaus in der ganzen Bundesrepublik haben sich Bürgerinitiativen gebildet. Diese Bürgerinitiativen kämpfen gegen den Plan der Landes- und Bundesregierung, unser Land mit einem Netz von KKW zu überziehen.

Die Bürgerinitiativen wenden sich gegen das Komplott zwischen den mächtigen Konzernen der Energie- und Atomindustrie und den Regierungen in Kiel und Bonn, die Gefährlichkeit von Kernkraftwerken und Atommüll-Deponien herunterspielen, um das profitbringende Programm der Konzerne und ihrer Regierungen durchzusetzen.

In dieser Bürgerinitiative haben sich Bürger, ungeachtet ihrer unterschiedlichen politischen oder konfessionellen Herkunft, ihres Alters oder Berufes, zusammengeschlossen und gemeinsam zur demokratischen Selbsthilfe gegriffen unter der Losung:

- KEIN KERNKRAFTWERK IN BROKDORF UND ANDERSWO
- SOFORTIGER BAUSTOPP IN BROKDORF
- ABZUG DER POLIZEI UND DES BUNDESGRENZSCHUTZES AUS BROKDORF

Um diese Forderungen durchzusetzen, hat die BUU (Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe) AM SONNABEND DEN 5. FEBRUAR 1977 IN BROKDORF zu einer Großveranstaltung aufgerufen."

Im anderen Artikel heißt es:"
SICHERHEIT GEHT VOR PROFIT

Die Bürger unseres Landes fühlen sich zurecht belogen und betrogen. Die Atompropagandisten erklären, es gehe ihnen um billige Energie für die Zukunft. Sie verschweigen, daß es ihnen zuerst um ihren Profit geht. Die Atompropagandisten behaupten, die Atomkraft sei gebändigt und ungefährlich.

SICHERHEITSPROBLEME BEI KERNKRAFTWERKEN

An erster Stelle aller Probleme steht die Sicherheit der Bevölkerung und der Umwelt. Es geht hier um die Existenz, die Lebensgrundlage unserer Bevölkerung. Nicht nur der jetzt lebenden Generation, sondern auch der kommenden Generationen. Es geht also schlechtweg um unsere Zukunft. Welche Gefahren bestehen bei Kernkraftwerken?

Es besteht die Gefahr der Verstrahlung. Sie ist mit dem Normalbetrieb jedes Kernkraftwerkes verbunden, sie wird besonders groß bei Havarien. Allein zwischen 1972 - 1974 sind in der Bundesrepublik 16 Kernkraftwerkshavarien bekannt geworden (die wirkliche Zahl mag größer sein), bei denen zum größten Teil radioaktives Material in die Luft oder ins Wasser oder in den Boden gekommen ist.

Das Kernkraftwerk Biblis (in Hessen, d. Vf.), als Wunderwerk der Technik und als absolut sicher gepriesen, mußte längere Zeit stillgelegt werden und wurde trotz Haarrissen im Speisewasserbehälter wieder in Betrieb genommen. Inzwischen wurde es schon wieder abgeschaltet. Es zeigt sich, daß hier wohl aller Grund besteht, die Gefährdung durch Verstrahlung bei Havarien sehr ernst einzuschätzen. Es ist auch ein offenes Geheimnis, daß es bei Kernkraftwerken keine wirklich wirksame öffentliche staatliche Kontrolle gibt. Das ist bereits daraus zu ersehen, daß 1973 im Bundesinnenministerium im Bereich Sicherheit von Kernkraftwerken und Reaktoren 45 Planstellen vorhanden, aber nur 32 besetzt waren. Aber man will bis 1985 50 Kernkraftwerke bauen. Also pro besetzte Planstelle anderthalb Kernkraftwerke.

SIND KERNKRAFTWERKE NÖTIG ZUR SICHERUNG DER ENERGIEVERSORGUNG UND DER ARBEITSPLÄTZE?

In der Bundesrepublik ist noch niemals wegen Energiemangel ein Arbeitsplatz verloren gegangen. Und daß der Wirtschaft der zweifellos zunehmende Energiebedarf durch die Erzeugung von Energie aus Kohle völlig ausreichend zur Verfügung gestellt werden kann, steht nachweisbar fest.

Die Uranversorgung ist extrem unsicher. Wir sind dabei fast vollständig abhängig von ausländischen Konzernen und den USA. In dem Maße wie wir Kernkraftwerke bauen, sind wir diesen Konzernen und den USA auf Gnade und Ungnade ausgeliefert.

Es ist falsch, daß Atomstrom der billigste Strom ist.

WARUM?

Wir haben von 1973 bis 1976 bei Natururan eine Preissteigerung auf das Siebenfache. Alle Uranförderungsgesellschaften haben sich zu einem Kartell zusammengeschlossen, so daß weitere Preissteigerungen jederzeit möglich sind, weil dieses Kartell Preise diktieren kann. Und es gibt bereits das Beispiel des Konzerns Westinghouse. Dieser Konzern ist viel größer als die KWU. Aber er mußte jetzt die Waffen strecken und konnte seine Lieferbedingungen nicht einhalten. Er hatte seinen Kunden versprochen, das Pfund Natururan zu 6 Dollar zu liefern, aber heute muß er bereits für 40 Dollar einkaufen.

Es ist auch aus einem anderen Grund falsch zu sagen, daß Atomstrom billig sei. Wir tragen nämlich über den Staatshaushalt einen großen Teil der Kosten für die Forschung und Entwicklung der Kernenergie, die in den Bilanzen der Energiekonzerne überhaupt nicht auftreten. Deshalb sind die ganzen Rechnungen der Kernenergiebefürworter reine Milchmädchenrechnungen.

In diesen Rechnungen gehen nicht ein jene 18 Milliarden DM, die in den vergangenen 20 Jahren vom Staat in die Atomforschung gesteckt wurden. In diese Rechnung geht nicht ein die noch viel größere Summe, die gebraucht wird, um Atom Müll zu lagern und aufzubereiten. Wenn der Großteil dieser Kosten ausgeklammert wird, dann kommt man natürlich auf einen billigen Preis. Aber das ist gelogen. Dazu kommt noch, daß es im Bereich der Kernenergie, weil das Neuland ist, durch neue Sicherheitsbestimmungen u.a. es immer wieder zu neuen, nicht kalkulierbaren Kostensteigerungen kommt. Zwischen 1969 und 1975 haben die Kosten pro installierten kW bei Kernkraftwerken jährlich um fast ein Drittel zugenommen, gegenüber etwa 10% bei Kohlekraftwerken. Und bis 1985 rechnet man mit einer weiteren Verdreifachung des Preises für Kernenergie, bei Kohle wird diese Erhöhung wesentlich niedriger sein.

KOHLE IST AUSREICHEND VORHANDEN

Es sind mindestens 44 Milliarden Tonnen Steinkohle bis zu einer Tiefe von 1 500 Metern vorhanden, die ohne nennenswerte Kostensteigerung abbaufähig sind. Darüber hinaus sind im Städtedreieck Köln-Düsseldorf-Aachen 55 Milliarden Tonnen Braunkohle abbaufähig.

WAS IST MIT DIESER KOHLE PASSIERT?

In den letzten 20 Jahren wurde die Steinkohleförderung von jährlich 150 Millionen auf 90 Millionen Tonnen, also um 60 Millionen Tonnen pro Jahr verringert. Diese Produktionsdrosselung hat der Staat den Konzernen mit 30 Milliarden DM Subventionen bezahlt. Damit hätte man, anstatt 60 Millionen Tonnen Förderkapazität zu vernichten, 90 Millionen Förderkapazität neu schaffen können. Das ist kapitalistische Anarchie, Widersinn in Reinkultur. Es ist ein Widersinn ohnegleichen, wenn die Energieplanung der Bundesregierung davon ausgeht, bis 1985 für Atomenergie hundert Milliarden DM zu investieren, im gesamten Kohlebereich aber nur ein Bruchteil dieser Summe investiert werden soll.

Die Kohlevorräte der Bundesrepublik sind ein nationaler Reichtum, um den uns viele andere Länder beneiden. Sie wären froh, über eine solch reiche Energiegrundlage verfügen zu können. Verantwortungsvolle Energiepolitik besteht nicht darin, unsere nationalen Kohlevorräte ungenutzt im Boden zu lassen, sondern darin, sie im Interesse des Volkes zu nutzen.

In dieser Situation haben wir allen Grund energisch zu fordern, daß das Steuer herumgerissen und ein konkretes Programm entwickelt wird, um die Kohleförderung stärker in Gang zu bringen, um Kohlekraftwerke zu bauen. Dadurch werden im viel größeren Ausmaß Arbeitsplätze gesichert und neu geschaffen, als das mit Kernkraftwerken möglich ist. So sind durch die Rückstufung der Kohleproduktion in der Bundesrepublik 400 000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Das zeigt, um welche Größenordnungen es geht. Demgegenüber ist es lächerlich mit dem Argument zu kommen, daß durch den Bau von Kernkraftwerken eine nennenswerte Zahl von Arbeitsplätzen geschaffen werden kann. Handelt es sich hierbei doch höchstens um einige zehntausend Arbeitskräfte, die überdies beim Bau von Kohlekraftwerken auch beschäftigt werden könnten.

WARUM DIESE EILE BEIM BAU DER KERNKRAFTWERKE?

Es geht der Energie- und Atomindustrie um das ganz große Geschäft. An diesem Geschäft sind die größten 18 Konzerne der Bundesrepublik beteiligt. Diese Konzerne wollen das weltweite Geschäft mit Kernreaktoren machen und dabei setzen sie und ihre politischen Vertreter sich über die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung hemmungslos hinweg."
=DKP-Report, Kiel Dez. 1976

Dezember 1976: Die DKP Ahrensburg gibt ihre Zeitung 'Die Linke' (vgl. Okt. 1976, Apr. 1977) heraus. Eingegangen wird u.a. auf den Kampf gegen AKWs, u.a. in Brokdorf. Die Titelseite wird von zwei Fotos von den letzten Brokdorfdemonstrationen eingenommen. Weiter heißt es:"
MIT DER 'CHEMISCHEN KEULE' FÜR MEHR ARBEITSPLÄTZE?

Möchten Sie 1985 Ihre Zeitung im trüben Licht einer Petroleumlampe lesen? Sind Sie für (noch mehr) Arbeitslosigkeit durch die kaum noch abzuwendende Energielücke?

Wollen gerade SIE sich der weiteren maßlosen Erpressung der Ölscheichs aussetzen?

Wenn Sie das alles nicht wollen, rüsten Sie sich bitte umgehend mit der 'Chemischen Keule' und Schlagstöcken aus, und unterstützen sie Herrn Stoltenberg und seine CDU-Getreuen gegen den uneinsichtigen linken Mob.

Halten Sie diese Argumente und Schlußfolgerungen für zu dürftig? Möchten Sie gerne etwas Genaueres über die Technik der Kernkraftwerke und ihre Folgeprobleme wissen? Ist Ihnen zunächst einmal schlicht unbehaglich bei der recht ungezügelter Einführung dieser neuen Technologie? Uns geht es jedenfalls so und nicht nur uns.

Die Ereignisse in Wyhl und Brokdorf stehen für dieses Unbehagen, zeigen deutlich das vollständige Versagen der herrschenden Politiker, getroffene Entscheidungen mit einseharen Argumenten zu untermauern. So bleiben eben nur noch kriegsmäßige Befestigungsanlagen und brutaler Einsatz der staatlichen Zwangsmittel (sprich Polizei), um die Bevölkerung eines Besseren zu belehren. Nur, auch ein Herr Stoltenberg kann der Bevölkerung unseres Landes nicht auf Dauer das Märchen verkaufen, in Brokdorf demonstrierten einmal 15 000 (vgl. 30.10.1976,d.Vf.), dann wieder 30 000 (vgl. 13.11.1976,d.Vf.) 'Süppchenkocher', denen es gar nicht um die Sache selbst ginge. Er sollte sich da einmal bei seinem Parteifreund GRUHL erkundigen, der zu den schärfsten Kernkraftwerksgegnern in der BRD gehört.

Woraus ergibt sich nun aber das Unbehagen, ergeben sich die (begründeten) Zweifel für uns, die wir alle Laien auf dem Gebiet der Kernphysik und der Chemie sind?

ANTWORTEN

ERSTE ANTWORT: der zuständige Minister ist sich offenbar seiner Sache selbst nicht sicher. So sagte Bundesforschungsminister HANS MATTHÖFER 1976 in einem Interview: 'BEDENKEN in weiten Kreisen der Bevölkerung gegenüber dem in der Tat neuartigen Risiko SIND verständlich und in mancher Beziehung BERECHTIGT.' Und er fährt fort: 'Man kan sicherlich nicht versuchen, sie mit Polizeigewalt zu zerstreuen. Wir wollen die Kernenergie nicht gegen den Willen der Bevölkerung durchsetzen, sondern eine breite Übereinstimmung der Mehrheit der Bürger in unserem Land herstellen.'

ZWEITE ANTWORT: zu oft schon sind der Bevölkerung der BRD Produkte und Herstellungsverfahren im Namen des technischen Fortschritts und der internationalen Konkurrenzfähigkeit aufgehalst worden, die sich nach einiger Zeit als tödliche Bedrohung herausstellten (Contergan, Asbestverarbeitung).

...

An dieser Stelle muß dann in der Argumentation die berechtigte Angst der Bevölkerung um die Arbeitsplätze herhalten, um von den eigentlichen Zusammenhängen abzulenken.

ZUSAMMENHÄNGE

Wie weit kann man sich nun als Laie von diesen Zusammenhängen ein einigermaßen zutreffendes Bild verschaffen? Wir meinen, daß man vor allem drei Fragebereichen ein wenig nachgehen sollte:

- 1) Dem Zusammenhang zwischen Energie- und Forschungspolitik der BRD.
- 2) Den Problemen der Kernenergieerzeugung und deren Folgeproblemen.
- 3) Der Gefährlichkeit des Exports von Kernkraftwerken und Wiederaufbereitungslagen (WAA,d.Vf.).

Zu 1.) Die Energiepolitik der verschiedenen Bundesregierungen war durchgehend von Planlosigkeit und Kurzatmigkeit gekennzeichnet. Man hat ständig zu sehr nach den vermeintlich günstigsten Energiequellen geschickt und dabei die nationalen Energiereserven (Steinkohle) zu stark vernachlässigt. Während der Zeit, als die ölproduzierenden Länder ihr Erdöl unter Wert verkaufen mußten, wurden in der BRD die modernsten Zechen Europas mit kräftigen Subventionen stillgelegt. Dadurch begab man sich in eine totale Abhängigkeit von den internationalen Ölkonzernen, die später als die eigentlichen Ölscheichs von der sogenannten Ölkrise profitierten. Gleichzeitig aber wurde der Steuerzahler ein zweites Mal kräftig zur Kasse gebeten: bereits dem damaligen Atomminister STRAUSS war keine Mark zu schade für die Verkleinerung der 'technologischen Lücke', für die angeblich nur friedliche Verwendung der Atomenergie. Unter diesem Vorzeichen sind bereits einige Milliarden in die Kassen einiger Großunternehmen geflossen. Diese Gelder sollen sich nun für alle Beteiligten auszahlen. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß diese Forschungspolitik im Interesse der Großindustrie besonders stark unter dem damaligen Minister STOLTENBERG vorangetrieben wurde.

Zu 2.) Selbst wenn man davon ausgeht, daß die Erzeugung von Kernenergie einigermaßen sicher erfolgt - was sehr viele Fachleute bezweifeln -, so bleiben die Probleme der inneren Sicherheit der Kraftwerke und der Atommüllbeseitigung.

Uns allen sind die Reaktorunfälle - soweit sie überhaupt veröffentlicht wurden - bekannt. Hierzu schrieb am 4. Oktober 1976 die angesehene französische Zeitung Le Nouvel Observateur, daß in einem französischen Werk bei 1 900 Mitarbeitern 572 radioaktive Schädigungsfälle festgestellt wurden, dabei zu Teilen Krebs und andere dauernde organische Schädigungen.

ATOMMÜLL

Ein sehr viel schwerwiegenderes Problem stellt jedoch die Beseitigung des Atommülls dar. So weiß die Bundesregierung bereits jetzt, daß der anfallende hochradioaktive Müll zu Beginn der 80er Jahre nicht mehr vollständig in England (Großbritannien, d. Vf.) oder Frankreich aufbereitet und beseitigt werden kann. Dennoch ermutigt sie die Bundesländer zum Bau neuer Kraftwerke und treibt mit eben diesem Argument die Errichtung einer eigenen Atommüllverarbeitungsanlage voran. Hierzu heißt es in einem Gutachten der bauplanenden Firma u.a.: 'GASFÖRMIGE, RADIOAKTIVE ABFÄLLE KÖNNEN PRINZIPIELL NICHT HUNDERTPROZENTIG ZURÜCKGEHALTEN WERDEN.'

Übrigens: der Bau einer derartigen Anlage verschlingt nach Preisen von 1974 etwa 2,9 MILLIARDEN DM einmalig und jährlich nochmals ca. 800 MILLIONEN DM. Die Lebensdauer der Anlage beträgt dabei ca. 15 Jahre. Diese Mittel kommen natürlich zu einem großen Teil aus dem Steuersäckel und sichern so den

'billigen Atomstrom', der in der Tat horrenden Summen verschlingt und auf dem Rohstoff Uran basiert, der noch 'unsicherer', weil knapper, als Erdöl ist.

Zu 3.) Die BRD betreibt seit einiger Zeit ein sehr ausgedehntes Exportgeschäft mit Kernkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen (Brasilien, Iran, Südafrika?), daß insofern besonders gefährlich ist, weil es diesen Ländern den Grundstoff für die Herstellung von Atomwaffen an die Hand gibt, wobei diese Länder nicht dem Atomwaffensperrvertrag beigetreten sind.

Hier wird diese Abhängigkeit der Bundesregierung von der Atomindustrie zu einer ernstzunehmenden Gefahr für den Weltfrieden.

Diese wenigen Anmerkungen zeigen bereits, wie weit das angesprochene Problem geht, wie wenig wir alle bisher richtig informiert wurden, für wie DUMM uns die verantwortlichen Politiker halten.

Wollen Sie immer noch die 'Chemische Keule' und den Schlagstock? Wir glauben, daß es sich beim jetzigen Stand der Dinge auf der Seite der Gegner des unkontrollierten Kernkraftwerksbaus besser kämpft.

Brokdorf muß verhindert werden! Diese CDU darf keinen Einfluss mehr auf unsere Landespolitik haben. Die nächsten Wahlen kommen bestimmt!!!!!"

=Die Linke, Ahrensburg Dez. 1976

01.12.1976: Die Gruppe Arbeiterstimme-Mehrheitsgruppe gibt ihre 'Arbeiterstimme' (ARSTI - vgl. 1.9.1976, 9.3.1977) Nr. 4/5 (25/26) heraus. Berichtet wird u.a. vom AKW Brokdorf.

=Arbeiterstimme Nr.4/5,Nürnberg 1.12.1976

02.12.1976: Laut KB findet in Eutin "unter der Parole 'Kein KKW in Brokdorf und anderswo' eine Anti-AKW Veranstaltung statt, an der ca. 65 Menschen (u.a. auch der KB) teilnehmen.

=Arbeiterkampf Nr.95,Hamburg 13.12.1976,Beilage

06.12.1976: In Kopenhagen wird, laut KPD, vermutlich in dieser Woche eine Erklärung verfasst, die sich für die Besetzung des AKW-Bauplatzes in Brokdorf in Schleswig-Holstein ausspricht.

=Rote Fahne Nr.50,Köln 15.12.1976,S.6

06.12.1976: In Paris wird, laut KPD, vermutlich in dieser Woche eine Erklärung verfasst, die sich für die Besetzung des AKW-Bauplatzes in Brokdorf in Schleswig-Holstein ausspricht.

=Rote Fahne Nr.50,Köln 15.12.1976,S.6

06.12.1976: In London wird, laut KPD, vermutlich in dieser Woche eine Erklärung verfasst, die sich für die Besetzung des AKW-Bauplatzes in Brokdorf in Schleswig-Holstein ausspricht.

=Rote Fahne Nr.50,Köln 15.12.1976,S.6

06.12.1976: In Stockholm wird, laut KPD, vermutlich in dieser Woche eine Erklärung verfasst, die sich für die Besetzung des AKW-Bauplatzes in Brokdorf in Schleswig-Holstein ausspricht.

=Rote Fahne Nr.50,Köln 15.12.1976,S.6

06.12.1976: In Berlin wird, laut KPD, vermutlich in dieser Woche eine Erklärung verfasst, die sich für die Besetzung des AKW-Bauplatzes in Brokdorf in Schleswig-Holstein ausspricht.

=Rote Fahne Nr.50,Köln 15.12.1976,S.6

06.12.1976: In Hannover wird, laut KPD, vermutlich in dieser Woche eine Erklärung verfasst, die sich für die Besetzung des AKW-Bauplatzes in Brokdorf in Schleswig-Holstein ausspricht.

=Rote Fahne Nr.50,Köln 15.12.1976,S.6

06.12.1976: Von der Bürgeraktion Küste (BAK) in Niedersachsen wird, laut KPD, vermutlich in dieser Woche eine Erklärung verfasst, die sich für die Besetzung des AKW-Bauplatzes in Brokdorf in Schleswig-Holstein ausspricht.

=Rote Fahne Nr.50,Köln 15.12.1976,S.6

06.12.1976: Beim TÜV Hamburg wird, laut KPD, vermutlich in dieser Woche der Ingenieur Jens Pommerenke wegen seinem Eintreten gegen AKW, u.a. in Brokdorf, entlassen.

=Rote Fahne Nr.50 und 2,Köln 15.12.1976 bzw. 12.1.1977,S.6 bzw. S.*

06.12.1976: Auf der Regionalkonferenz der BUU findet sich, laut KPD, vermutlich in dieser Woche nur eine Stimme gegen die Besetzung des AKW-Bauplatzes in Brokdorf wegen möglicher Opfer.

Die KPD berichtet:"

Der Versuch des KB-Nord, mit dem Argument 'Wer eine Besetzung versucht, ist für die Toten und Verletzten verantwortlich' die AKW-Gegner ... zu entmutigen, konnte überall vereitelt werden."

=Rote Fahne Nr.50,Köln 15.12.1976,S.6

06.12.1976: In ganz Schleswig-Holstein sprechen sich, laut KPD, vermutlich in dieser Woche Anti-AKW Initiativen für die Besetzung des AKW-Bauplatzes in Brokdorf in Schleswig-Holstein aus.

=Rote Fahne Nr.50,Köln 15.12.1976,S.6

06.12.1976: In Kiel sprechen sich, laut KPD, vermutlich in dieser Woche Anti-AKW Initiativen für die Besetzung des AKW-Bauplatzes in Brokdorf in Schleswig-Holstein aus.

=Rote Fahne Nr.50,Köln 15.12.1976,S.6

06.12.1976: In Wyk auf Föhr sprechen sich, laut KPD, vermutlich in dieser Woche Anti-AKW Initiativen für die Besetzung des AKW-Bauplatzes in Brokdorf in Schleswig-Holstein aus.

=Rote Fahne Nr.50,Köln 15.12.1976,S.6

06.12.1976: In Eckernförde sprechen sich, laut KPD, vermutlich in dieser Woche Anti-AKW Initiativen für die Besetzung des AKW-Bauplatzes in Brokdorf in Schleswig-Holstein aus.

=Rote Fahne Nr.50,Köln 15.12.1976,S.6

06.12.1976: In Brokdorf kommt es, laut KPD, vermutlich in dieser Woche zu Aktionen gegen die LKWs am AKW-Bauplatz.

=Rote Fahne Nr.50,Köln 15.12.1976,S.6

06.12.1976: In Bonn wird, laut KPD, vermutlich in dieser Woche eine Erklärung verfaßt, die sich für die Besetzung des AKW-Bauplatzes in Brokdorf in Schleswig-Holstein ausspricht.

=Rote Fahne Nr.50,Köln 15.12.1976,S.6

06.12.1976: In Münster wird, laut KPD, vermutlich in dieser Woche eine Erklärung verfaßt, die sich für die Besetzung des AKW-Bauplatzes in Brokdorf in Schleswig-Holstein ausspricht.

=Rote Fahne Nr.50,Köln 15.12.1976,S.6

13.12.1976: An der Carl-Severing-Schule Bielefeld, Berufs- und Fachoberschule (FOS) für Metall und Elektro, erscheint spätestens Anfang dieser Woche das 'SMV-Info' (vgl. Feb. 1976) zum Girgensohn-Erlass (vgl. Okt. 1976):"

WEG MIT DEM GIRGENSOHN-ERLASS!

...

In dieser gesamten Entwicklung sehen wir eine weitere Verschärfung der politischen Unterdrückung und des reaktionären Klimas in der BRD, die gegenwärtig von der SPD/FDP-Regierung in Bonn konsequent vorangetrieben wird. Das brutale Vorgehen der Polizei und des Bundesgrenzschutzes (BGS,d.Vf.) in Brokdorf (AKW - vgl. 13.11.1976,d.Vf.) und bei den Druckarbeiterstreiks (DruPa-Bereich,d.Vf.) zeigen deutlich: Diese Entwicklung betrifft nicht nur Lehrer und Schüler, sondern richtet sich gegen jeden Widerstand der Arbeiter und der Volksmassen.

Dagegen müssen sich alle fortschrittlichen Kräfte in einer Einheitsfront zusammenschließen und einen entschiedenen Kampf gegen den Abbau der demokratischen Rechte der Arbeiter und der Volksmassen führen."

=SMV Carl-Severing-Schule Bielefeld:SMV-Info Weg mit dem Girgensohn-Erlass!,Bielefeld o.J. (1976)

15.12.1976: Die KPD gibt ihre 'Rote Fahne' (RF) Nr.50 (vgl. 8.12.1976, 22.12.1976) heraus.

Aus Schleswig-Holstein wird berichtet vom Anti-AKW Kampf in Brokdorf (vgl. 6.12.1976) bzw. landesweit (vgl. 6.12.1976) und dabei eingegangen u.a. auf die Bundeswehr in Glückstadt und Itzehoe sowie die Bereitschaftspolizei aus Braunschweig und Uelzen.

=Rote Fahne Nr.50,Köln 15.12.1976

15.12.1976: In Flensburg organisiert der SStB des KB, nach eigenen Angaben, gegen die morgige Veranstaltung der Jusos der SPD zusammen mit der Solidaritätsaktion Brokdorf eine Anti-AKW Veranstaltung mit fast 300 Besuchern.

=Arbeiterkampf Nr.96,Hamburg 10.1.1977

17.12.1976: Das Verwaltungsgericht (VG) Schleswig verfügt, laut KPD (vgl. 22.12.1976), aufgrund einer von mehreren Gemeinden beantragten einstweiligen Verfügung eine Bauunterbrechung für das AKW Brokdorf.
=Rote Fahne Nr.51/52,Köln 22.12.1976

18.12.1976: In Bremen beteiligen sich, laut KB, ca. 2 000 an der Anti-AKW Demonstration der BBA, u.a. auch der KB:"

Der Protestaufruf richtete sich gegen den Baubeginn in Brokdorf, die geplanten Wiederaufbereitungsanlagen und das Atomenergieprogramm. Der KB hatte die Demonstration mit einem Aufruf unterstützt. Der KBW ließ es sich nicht nehmen, im eigenen Block mit knapp über 100 Teilnehmern und unter seinen Exklusiv-Parolen (Vorwärts ...) zu demonstrieren, am Schwanz des Zuges. Eine eigene Abschlußkundgebung hielt er vor etwa 100 Teilnehmern ab. Die KPD/ML hatte sich ausdrücklich von der Demonstration als 'schädlich' distanziert, sie schüre 'friedliche Illusionen', ..., man müsse dort kämpfen, wo die Konfrontation verlaufe und das sei am Bauplatz in Brokdorf."

=Arbeiterkampf Nr.96,Hamburg 10.1.1977,S.4

18.12.1976: Laut KB findet in Essen die erste KB-Veranstaltung statt, auf der die Erfahrungen aus dem Kampf gegen das AKW Brokdorf aufgearbeitet werden. Ca. 70 Personen sind anwesend:"

Vertreter verschiedener Initiativen berichteten über ihre Aktivitäten und über die Möglichkeit, im selbstverwalteten Jugendzentrum KOMIC in Gelsenkirchen am Treffen von Atomgegnern teilzunehmen."

=Arbeiterkampf Nr.96,Hamburg 10.1.1977,S.4

27.12.1976: Laut KBW (vgl. März 1976) findet eine Landeskonferenz aller Anti-AKW-Bürgerinitiativen aus Schleswig-Holstein und Hamburg statt. Vertreter von vier Regionalkonferenzen, der Marschenkonferenz (Brokdorf, Wilster, Itzehoe und Umgebung), der Hamburger Regionalkonferenz der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe, der Ostküstenkonferenz sowie der Westküstenkonferenz nehmen daran teil. Unter ihnen auch Vertreter des KBW, der KPD, der KPD/ML, des KB. Es wird beschlossen, daß am 19. Februar 1977 in Brokdorf am Bauplatz eine Großkundgebung stattfinden soll.

=Kommunismus und Klassenkampf Nr.3,Mannheim März 1977 (Beilage)

30.12.1976: Die KPD (vgl. 5.1.1977) berichtet vom heutigen Schweigemarsch des Landesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU des BBU) zum Bauplatz des AKW Brokdorf.

=Rote Fahne Nr.1,Köln 5.1.1977

03.01.1977: In Hamburg erreicht, laut KB, vermutlich in dieser Woche der wegen seiner Beteiligung an der Demonstration gegen das AKW Brokdorf beim TÜV entlassene Ingenieur Jens Pommerenke vor dem Arbeitsgericht seine Wiedereinstellung.

=Arbeiterkampf Nr.96,Hamburg 10.1.1977

10.01.1977: In Duisburg gibt vermutlich die Ortsleitung (OL) der KPD vermutlich Anfang dieser Woche das folgende Flugblatt mit zwei Seiten DIN A 4 unter Verantwortung von M. Brentzel, Dortmund, Münsterstr.95 heraus, in dem zur eigenen Anti-AKW Veranstaltung (vgl. 14.1.1977) eingeladen wird:"

KEIN ATOMKRAFTWERK IN BROKDORF UND AUCH NICHT ANDERSWO

Der Widerstand gegen die Atomkraftwerke ist gerecht, denn sie bedeuten:

- Heimtückische Spätschäden wie KREBS und höhere SÄUGLINGSSTERBLICHKEIT!
- Radioaktivität und chemische Umweltgifte steigern sich gegenseitig!
- Flugzeugabstürze, Kriegshandlungen können die AKWs wie SUPERATOMMINEN wirken lassen.
- Die Uranvorräte sind gering, es gibt 25mal mehr Kohle, dreimal mehr Öl!
- Die Uranvorräte und ihre Aufbereitung sind im Besitz der Supermächte UdSSR (SU,d.Vf.) und USA daraus folgt größere ABHÄNGIGKEIT der BRD!
- Die Alternative der KPD: Für eine Energiepolitik UNABHÄNGIG von den Supermächten und in ZUSAMMENARBEIT mit der DRITTEN WELT!

Das Beispiel Brokdorf zeigt, der Widerstand der Volksmassen gegen den Bau des AKW geht weiter - trotz des brutalen Einsatzes von Polizei und Bundesgrenzschutz (BGS,d.Vf.), trotz der Durchsetzung des 'inneren Notstands' für ein ganzes Gebiet.

Mit Drohungen und Einschüchterungen versuchten CDU-Landes- und SPD-Bundesregierung vergeblich die Verantwortlichen der Bürgerinitiativen zur Distanzierung von den Kommunisten zu bewegen. Sie erreichten das Gegenteil. Kürzlich wurde der Atomphysiker Prof. Jens Scheer, Mitglied der KPD, wegen seines entschiedenen Kampfes in den Koordinationsausschuß der Bremer Bürgerinitiativen (BBA - vgl. 25.11.1976,d.Vf.) gewählt.

Der Kampf gegen die AKWs läßt sich nicht unterdrücken, denn er ist gerecht. Die KPD unterstützt den Kampf gegen das volksfeindliche Atomprogramm der Schmidregierung entschieden.

- Warum behauptet die Schmidregierung, daß 1980 die Lichter ausgehen werden?

Bei dem Atomprogramm geht es um riesige Gewinne, vor allem für Siemens. Für die nächsten Jahre liegt ein Auftragsvolumen von 30 Milliarden DM vor. Siemens als einer der größten Hersteller von AKWs kann sich nur dann bei Auftragsaufträgen gegen die ausländischen Monopole durchsetzen, wenn hier in der BRD Beispiele für funktionierende Kraftwerke vorliegen. Das ist der wahre Hintergrund des Geredes vom 'Gesamtinteresse, dem deutschen Volk die Energieversorgung zu sichern!' In Wirklichkeit sind die natürlichen Energievorräte der Erde unerschöpflich. Im Ruhrgebiet wachsen die Kohlenhalden, Bergarbeiter (IGBE-Bereich, d.Vf.) werden arbeitslos. Die Dritte Welt besitzt unermessliche Ölquellen, während die Uranvorräte und die Aufbereitungsanlagen vor allem im Besitz der Supermächte UdSSR und USA sind. Das Atomprogramm der SPD-Regierung richtet sich gegen gleichberechtigte Beziehungen mit der Dritten Welt und bedeutet eine verstärkte Abhängigkeit von der UdSSR und den USA. Dagegen tritt die KPD für eine Energiepolitik UNABHÄNGIG von den Supermächten und in ZUSAMMENARBEIT mit der Dritten Welt ein.

- Warum sind die AKWs von tödlicher Gefahr für Mensch und Umwelt?

UNABHÄNGIGE Wissenschaftler im In- und Ausland haben die Gefährlichkeit von AKWs, Atommüllanlagen usw. festgestellt. Schon der Normalbetrieb führt zu Schädigungen. Die natürliche Radioaktivität wird verstärkt, in Verbindung mit chemischen Umweltgiften kann dies zu unvorhersehbaren Wirkungen führen. Mit Sicherheit ist ein Steigen des Krebses und der Säuglingssterblichkeit zu erwarten. Weiterhin wird durch das benötigte Kühlwasser das biologische Gleichgewicht der Flüsse noch weiter zerstört. Jeder Flugzeugabsturz, jede Kriegshandlung, jede Naturkatastrophe läßt ein solches AKW wie eine Atommine wirken.

- Warum werden durch den Bau von AKWs keine Arbeitsplätze gesichert?

Die hochautomatisierten AKWs schaffen keine neuen Arbeitsplätze. Im Gegenteil, tausende von Bauern und Landarbeitern verlieren ihre Existenz. Der gesteigerte Energieaufwand dient der verstärkten Anwendung von Maschinerie, für Rationalisierungsinvestitionen und führt zu weiteren Entlassungen und höherer Arbeitslosigkeit

Kolleginnen und Kollegen, kommt zur Veranstaltung der KPD, diskutiert mit uns, wie das reaktionäre Atomprogramm der Schmidregierung zu Fall gebracht werden kann.

Der Kampf dagegen ist nicht nur eine Sache der Bauern in Brokdorf oder der Winzer in Wyhl. Die AKWs werden über die ganze BRD verstreut sein - und von besonderer Gefährdung ist der geplante Bau eines AKWs in der Nähe von Duisburg.

Entscheidend für den Kampf ist, wer unsere wahren Freunde und Feinde sind. Verbal behauptet die D'K'P (DKP, d.Vf.) gegen AKWs zu sein, in der Praxis sabotierte sie den Kampf. In Hamburg stimmten ihre Betriebsräte (in der IGM - vgl. 8.11.1976, d.Vf.) für AKWs. In der DDR und UdSSR sind die AKWs noch gefährlicher, da sie ohne Notkühlung sind. Jeder Widerstand wird dort faschistisch niedergeschlagen." =KPD:Kein Atomkraftwerk in Brokdorf und auch nicht anderswo, o.O. (Duisburg) o.J. (Jan. 1977)

12.01.1977: Laut KB "beschlossen die Sozialistische Basisgruppe Clausthal (SBC), Jusos, SHB, KSB und Teile des LHV gegen die Stimmen des RCDS und SLH im Studentenrat der TU Clausthal, daß der AStA die Busfahrt zur Demo am 19.2. in Brokdorf organisiert und zum großen Teil auch finanziert". =Arbeiterkampf Nr.97, Hamburg 24.1.1977, S.40

13.01.1977: Laut KB findet in Hamburg eine Plenums-Sitzung der Hamburger Anti-AKW Bürgerinitiativen statt (vgl. 20.1.1977). Dort wird u.a. das Projekt der Demo am 22.1. in Hamburg von der KPD als "ein Trick des KB-Nord" dargestellt, "der damit bloß von der Brokdorfer Februar-Aktion ablenken wolle". Das Verhalten der KPD wird vom KB heftigst kritisiert:"

Insbesondere wetterten die KPD-Sprecher gegen die Vorstellungen vieler Delegierten aus den Stadtteilgruppen, die mit der Demo die Hamburger Bewegung festigen und verbreitern wollten. Die KPD wendet sich seit langem gegen jeden Versuch einer Verbreiterung der Bewegung, gegen jeden Versuch, neue Kräfte in sie hineinzuziehen. Sie befürchtete davon ... eine noch stärkere Isolierung ihrer Vorstellungen und Positionen."

=Arbeiterkampf Nr.97, Hamburg 24.1.1977, S.6

14.01.1977: In Duisburg rief die KPD (vgl. 10.1.1977) für heute zum Besuch ihrer Anti-AKW Filmveranstaltung um 19 Uhr im 'Goldenen Stern' in Neudorf, Sternbuschweg Ecke Karl-Lehr-Straße auf, wo der Film "Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv" von Nina Gladitz über den Kampf gegen das AKW Wyhl gezeigt werden soll.

Laut 'Rote Fahne' (RF - vgl. 19.1.1977) wurde die Veranstaltung von der KPD-Ortsleitung (OL) organisiert.
=Rote Fahne Nr.3,Köln 19.1.1977;
KPD:Kein Atomkraftwerk in Brokdorf und auch nicht anderswo,o.O. (Duisburg) o.J. (Jan. 1977),S.1

15.01.1977: Laut KB beginnt in Wilster die zweitägige bundesweite 1.Wilster Konferenz zur Vorbereitung der Demonstration gegen das AKW Brokdorf (vgl. 12.2.1977). Laut KB ist sie eine "zwangslose, nicht repräsentative Beratung von BI-Vertretern und sonstigen AKW- Gegnern".
Auf dieser Konferenz hätten sich auch "die Vertreter der Westküsten-Konferenz für strikte Gewaltfreiheit und Verzicht auf einen erneuten Besetzungsversuch im Februar ausgesprochen ...
Eine Resolution der Gewaltfreien, die am Ende des zweiten Beratungs-Tages vorgelegt wurde und bei einem erneuten Besetzungsversuch 'Gewalt gegen Personen' ... ausdrücklich ablehnte, erzielte immerhin 88 Für-Stimmen bei nur 90 Gegenstimmen. Diese 90 Gegenstimmen kamen im wesentlichen aus Flensburg, Bremen, sowie Hamburg und Umgebung (Geesthacht, Elmshorn, Itzehoe etc.), darunter waren allein etwa 30 - 40 Mitglieder und enge Sympathisanten der KPD aus Bremen und Hamburg, die sich im wesentlichen bloß selbst repräsentierten ... Für hellen Wahnsinn halten wir in diesem Zusammenhang das Vorgehen insbesondere der KPD, die die Befürworter der 'gewaltlosen Aktion' pauschal als 'Feinde der Bewegung', als 'Befürworter des BRD-Atomprogramms' oder gar als 'Sozialfaschisten' und 'Agenten des Sozialimperialismus' hinstellt und öffentlich diffamiert. Ein solches Vorgehen der KPD kann nur als Versuch gewertet werden, die bestehenden Differenzen innerhalb der Anti-AKW-Bewegung bis zur - auch organisatorischen - Spaltung zu vertiefen."

In einem Artikel "Schafft zwei, drei, viele Brokdorf!" hieß es vom KB zuvor zur Tendenz, den Kampf gegen das AKW wegen des Baustop-Urteils aufzugeben u.a.:"
Demgegenüber müssen wir daran festhalten, trotz Baustop-Urteil den Kampf weiterzuführen - für die Entfernung aller Baugeräte etc. vom Platz, für die Beseitigung aller Absperrungen am Bauplatz, für die sofortige Einstellung aller polizeilichen und hilfspolizeilichen 'Sicherungsmaßnahmen' in Brokdorf und Umgebung, für den endgültigen Abbruch der Bauarbeiten."
Der KB "unterstützt diese Aktivitäten nach Kräften - und wird insbesondere mit seinen Gruppen im norddeutschen Raum zur Brokdorfkundgebung breit mobilisieren."

Zu den ML'ern führt der KB aus:"
Von den MLern und einigen Spontis wird die Besetzung des Bauplatzes in Brokdorf und dessen systematische Zerstörung (Zerstörung der Maschinen, Abriß der Befestigung etc.) als ohne weiteres realisierbares Ziel angegeben ... Am 19.Februar wollen zweifellos noch stärker als beim letzten Mal, mehrere tausend MLer und Spontis aus dem gesamten Bundesgebiet am Brokdorfer Bauplatz in Aktion treten, um den Platz zu besetzen, und zwar unabhängig von der endgültigen Entscheidung der Bürgerinitiativen ... Sollten die Bürgerinitiativen beschließen, am 19.Februar nur eine Kundgebung durchzuführen und auf den Versuch einer Bauplatzbesetzung zu verzichten, so würden wir uns diesem Beschluß unterordnen."
Festgestellt wird auch:"
Bisher ist Brokdorf für die Polizei-Führung im wesentlichen nichts anderes als ein großes Übungs-Objekt".

Laut SAG nehmen 400 Mitglieder von 150 BIs teil.

Die KPD (vgl. 19.1.1977) berichtet in der 'Roten Fahne' von einem Treffen von über 300 Mitgliedern von über 100 (Titelseite) bis 150 (Innenteil) BIs. Ca. ein Drittel sei von DKP, KB und SPD gestellt worden.

Der KB habe behauptet, der KPD-Vertreter Jens Scheer sei für die Atomwaffen der NATO.

Eingegangen wird auch auf die Aktionstage (vgl. 26.1.1977).
Laut KBW (vgl. März 1977) beginnt ein zweitägiger internationaler Kongreß zur Vorbereitung des 19.2. Auf dem Kongreß wird mit 90:88 Stimmen der Beschluß vom 27.12. bestätigt.
=Kommunismus und Klassenkampf Nr.3,Mannheim März 1977 (Beilage);
Rote Fahne Nr.3,Köln 19.1.1977;
Sozialistische Arbeiterzeitung Nr.16,Frankfurt 26.1.1977;
Arbeiterkampf Nr.96 und 97,Hamburg 10.1.1977 bzw. 24.1.1977,S.3 bzw. S.6f

17.01.1977: Die KPD (vgl. 26.1.1977) berichtet vermutlich aus dieser Woche, daß es fast 150 Ermittlungsverfahren wegen der Demonstrationen gegen das AKW Brokdorf am 30.10.1976 und 13.11.1976

gebe.

=Rote Fahne Nr.4,Köln 26.1.1977

22.01.1977: Laut KB "demonstrieren in Hamburg 8 000 bis 10 000 Menschen für die Ziele der Anti-AKW-Bewegung. Aufgerufen dazu hatten alle Hamburger Bürgerinitiativen sowie verschiedene politische Organisationen (KB, KBW, KPD, Anarchos). Die kämpferische Demonstration endete mit einer friedlichen Kundgebung ... Nach dem Willen der Hamburger Bürgerinitiativen sollte diese Demonstration sowohl einer Stabilisierung und Verbreiterung der Bewegung in Hamburg dienen, als auch konkret die Brokdorf Februar-Aktion mit vorbereiten helfen. Insgesamt konnte die Hamburger Demo nur in scharfer Auseinandersetzung mit und im Kampf gegen die KPD-Vertreter auf dem Delegierten-Plenum der Hamburger Bürgerinitiativen überhaupt durchgesetzt werden."

Laut KPD (vgl. 26.1.1977) kommt es zu einem Polizeiiüberfall auf die Demonstration von nahezu 8 000 Menschen.

Sie erwähnt auch eine heutige Veranstaltung der Gewerkschafterinitiative gegen Atomkraftwerke mit ca. 700 Menschen.

=Arbeiterkampf Nr.96 und 97,Hamburg 10.1.1977 bzw. 24.1.1977,S.3 bzw. S.6;
Rote Fahne Nr.4,Köln 26.1.1977

24.01.1977: Die KPD (vgl. 2.2.1977) berichtet vermutlich aus dieser Woche, daß der KB jetzt doch für eine Demonstration direkt in Brokdorf eintrete, nachdem er zuvor in Bremen und Kiel dagegen eingetreten sei.

Bereits am 30.10.1976 habe der KB nur 'Arbeiterkampf'-Verkäufer geschickt und sei gegen eine Besetzung gewesen.

=Rote Fahne Nr.5,Köln 2.2.1977

24.01.1977: Der KB gibt seinen 'Arbeiterkampf' (AK) Nr.97 (vgl. 10.1.1977, 7.2.1977) heraus. Im Artikel "Den 19. Februar vorbereiten! Die Bewegung stabilisieren und verbreitern, am Prinzip der Aktionseinheit festhalten!", heißt es u.a.:"

Am 19. Februar wollen die westdeutschen AKW-Gegner erneut eine Massenaktion am Bauplatz in Brokdorf organisieren. Für dieses Ziel setzen sich eine Vielzahl linker Organisationen und Gruppen und die Bürgerinitiativen aus den städtischen Zentren (Hamburg, Bremen, Kiel u.a.) ein. Demgegenüber steht eine eher zurückweicherliche Haltung von Bürgerinitiativen aus einigen ländlichen Gebieten an der Unterelbe und aus Schleswig-Holstein (insbesondere die Westküste). ... Innerhalb der norddeutschen Bewegung, die die Hauptlast der Brokdorfer Februar-Aktion zu tragen hat, sind verschiedene spalterische Tendenzen aufgetreten, die das Projekt einer neuen Massenaktion in Brokdorf zum vorgeschlagenen Zeitpunkt gefährden. ...Es sind dies zum anderen 'linke', sektiererische Strömungen innerhalb der Bewegung - vor allem die sogenannte KPD - die mit allen Mitteln der Manipulation, Spaltung, moralischen Erpressung, des offenen und versteckten Betrugs der Bewegung unbedingt den Stempel ihrer wahnwitzigen Vorstellungen aufdrücken will. Die Zersetzungstätigkeit dieser Kräfte ist für die Realisierung des Projekts einer neuen Massendemonstration in Brokdorf nicht minder gefährlich, als die offenen Versuche einer Zerschlagung der Bewegung durch die Bourgeoisie."

Vom Verhalten der KPD in der Hamburger Anti-AKW Bewegung (vgl. 13.1.1977) wird kundgetan:"

Um von den eigenen Methoden einer ständigen Bevormundung und Manipulation der Bewegung abzulenken, hat die KPD zur massiven Diffamierung ihrer politischen Gegner, vorzugsweise den KB gegriffen, wobei sie drolligerweise diesen eben das unterstellt, was sie selbst ... praktiziert. Angeblich habe der KB diverse Bürgerinitiativen unterwandert, bzw. eigene (KB-) Gruppen als Bürgerinitiativen ausgegeben, um seinen Einfluß im Plenum zu vergrößern. ... Neben der Diffamierung des KB, dient das Unterwanderungsgeschrei der KPD auch der Flucht vor einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit anderen Vorstellungen und als Mittel zur Verhinderung der Bewegung. ... Allgemein versucht die KPD das Gerücht zu verbreiten, der KB sei gegen militante Aktionen, speziell gegen einen erneuten Bauplatz-Besetzungs-Versuch und versuche insgesamt, die Bewegung gegen die AKW's abzuwiegen."

=Arbeiterkampf Nr.97,Hamburg 24.1.1977

24.01.1977: Die KPD (vgl. 2.2.1977) berichtet vermutlich aus dieser Woche, daß sich die AKW-Gegner in Heidelberg für Aktionen direkt am AKW Brokdorf aussprechen.

=Rote Fahne Nr.5,Köln 2.2.1977

24.01.1977: In Seligenstadt führt die Rote Garde (RG) der KPD/ML einen Treff für die Demonstration gegen das AKW Brokdorf (vgl. 19.2.1977) durch.

=Roter Morgen Nr.8,Dortmund 25.2.1977

24.01.1977: Die KPD (vgl. 2.2.1977) berichtet vermutlich aus dieser Woche, daß sich die AKW-Gegner in Bremen für Aktionen direkt am AKW Brokdorf aussprechen.
=Rote Fahne Nr.5,Köln 2.2.1977

24.01.1977: Die KPD (vgl. 2.2.1977) berichtet vermutlich aus dieser Woche, daß sich die AKW-Gegner in Hannover für Aktionen direkt am AKW Brokdorf aussprechen.
=Rote Fahne Nr.5,Köln 2.2.1977

24.01.1977: Die KPD (vgl. 2.2.1977) berichtet vermutlich aus dieser Woche über ein gefälschtes Flugblatt des KPD/ML-LV Wasserkante zum AKW Brokdorf.
=Rote Fahne Nr.5,Köln 2.2.1977

24.01.1977: Die KPD (vgl. 2.2.1977) berichtet vermutlich aus dieser Woche, daß sich die AKW-Gegner in Hamburg für Aktionen direkt am AKW Brokdorf aussprechen.
=Rote Fahne Nr.5,Köln 2.2.1977

24.01.1977: Die KPD (vgl. 2.2.1977) berichtet vermutlich aus dieser Woche, daß sich die AKW-Gegner in Flensburg für Aktionen direkt am AKW Brokdorf aussprechen.
=Rote Fahne Nr.5,Köln 2.2.1977

24.01.1977: Die KPD (vgl. 2.2.1977) berichtet vermutlich aus dieser Woche, daß sich die AKW-Gegner in Kiel für Aktionen direkt am AKW Brokdorf aussprechen.
=Rote Fahne Nr.5,Köln 2.2.1977

24.01.1977: Die KPD (vgl. 2.2.1977) berichtet vermutlich aus dieser Woche, daß sich die AKW-Gegner in Lübeck für Aktionen direkt am AKW Brokdorf aussprechen.
=Rote Fahne Nr.5,Köln 2.2.1977

24.01.1977: Die KPD (vgl. 2.2.1977) berichtet vermutlich aus dieser Woche, daß sich die AKW-Gegner in Elmshorn für Aktionen direkt am AKW Brokdorf aussprechen.
=Rote Fahne Nr.5,Köln 2.2.1977

24.01.1977: Die KPD (vgl. 2.2.1977) berichtet vermutlich aus dieser Woche, daß sich die AKW-Gegner in Pinneberg für Aktionen direkt am AKW Brokdorf aussprechen.
=Rote Fahne Nr.5,Köln 2.2.1977

24.01.1977: Die KPD (vgl. 2.2.1977) berichtet vermutlich aus dieser Woche, daß sich die AKW-Gegner in Uetersen für Aktionen direkt am AKW Brokdorf aussprechen.
=Rote Fahne Nr.5,Köln 2.2.1977

24.01.1977: Die KPD (vgl. 2.2.1977) berichtet vermutlich aus dieser Woche daß in der Presse sie selbst und ihr Mitglied Jens Scheer als Drahtzieher der Aktionen gegen das AKW Brokdorf benannt würden.
=Rote Fahne Nr.5,Köln 2.2.1977

24.01.1977: Die KPD (vgl. 2.2.1977) berichtet vermutlich aus dieser Woche, daß sich die AKW-Gegner in Bochum für Aktionen direkt am AKW Brokdorf aussprechen.
=Rote Fahne Nr.5,Köln 2.2.1977

24.01.1977: Die KPD (vgl. 2.2.1977) berichtet vermutlich aus dieser Woche, daß sich die AKW-Gegner in Dortmund für Aktionen direkt am AKW Brokdorf aussprechen.
=Rote Fahne Nr.5,Köln 2.2.1977

24.01.1977: Die KPD (vgl. 2.2.1977) berichtet vermutlich aus dieser Woche, daß sich die AKW-Gegner in Essen für Aktionen direkt am AKW Brokdorf aussprechen.
=Rote Fahne Nr.5,Köln 2.2.1977

24.01.1977: Die KPD (vgl. 2.2.1977) berichtet vermutlich aus dieser Woche, daß sich die AKW-Gegner in Köln für Aktionen direkt am AKW Brokdorf aussprechen.
=Rote Fahne Nr.5,Köln 2.2.1977

30.01.1977: Auf der Anti-AKW Landeskonferenz Schleswig-Holstein (vgl. 27.12.1976, 6.2.1977) in Rendsburg sprechen sich, laut KPD (vgl. 2.2.1977), 20 BI's für and 19 gegen Aktionen direkt am Bauplatz des AKW Brokdorf aus.

Laut KBW (vgl. März 1977) geht es auf der Landeskonferenz um die endgültige Bestätigung des Beschlusses vom 27.12. Die Abstimmung über den Beschluß verläuft mit 20:19 Stimmen für den Beschluß. Eine erneute Konferenz wird für den 6.2. einberufen.

=Kommunismus und Klassenkampf Nr.3, Mannheim März 1977 (Beilage);
Rote Fahne Nr.5 und 6, Köln 2.2.1977 bzw. 9.2.1977

Februar 1977: Der KBW beteiligt sich, laut MLPD (2), führend an den Auseinandersetzungen um das in Bau befindliche AKW. U. a. ruft er zum Sturmangriff auf, da die Polizeitruppe zersetzt und die Armee nicht einsatzbereit sei.

=MLPD(2)-ZK: Geschichte der MLPD, I. Teil, Stuttgart 1985, S.334

02.02.1977: Die KPD gibt ihre 'Rote Fahne' (RF) Nr.5 (vgl. 26.1.1977, 9.2.1977) heraus.

Eingegangen wird auf die Anti-AKW-Politik des KB (vgl. 24.1.1977), zu der auch eine Gegendarstellung der 'Arbeiterkampf'-Redaktion erscheint zu der Behauptung, daß der KB eine Bauplatz-Besetzung in Brokdorf ablehne.

=Rote Fahne Nr.5, Köln 2.2.1977

02.02.1977: Die DKP Ortsgruppe Wedel führt ihre Jahreshauptversammlung (JHV) durch. Zum Thema AKW wird von der Tagung berichtet:"

Die Mitgliederversammlung solidarisierte sich mit der Bürgerinitiative Unterelbe (gemeint ist die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe-BUU,d.Vf.) gegen Atomkraftwerke und unterstützt die Losung: Rettet die Unterelbe - Kein Kernkraftwerk in Brokdorf."

=Die Meinung Nr.2, Wedel März 1977, S.8

04.02.1977: Laut KBW (vgl. März 1977) tagt eine Vollversammlung der Hamburger Anti-AKW-Bürgerinitiativen. Auf der Vollversammlung mit ca. 800 Teilnehmern, auf der auch der KB anwesend ist (der den Ablauf der Versammlung zu verhindern sucht), wird eine Resolution verfaßt, in der es u. a. heißt: "Die Vollversammlung der Hamburger Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe fordert alle Menschen in der BRD und im Ausland auf, am 19.2.77 zu einer Großkundgebung am Bauplatz des geplanten Atomkraftwerkes Brokdorf zu kommen und unverzüglich verstärkt mit den Vorbereitungen zu dieser Kundgebung fortzufahren ... Wir haben ein gemeinsames Ziel: Wir wollen kein Atomkraftwerk, und davon werden wir uns auch nicht durch Gerichtsbeschlüsse abbringen lassen."

=Kommunismus und Klassenkampf Nr.3, Mannheim März 1977 (Beilage)

05.02.1977: Laut KB findet in Schleswig eine von der Ostküstenkonferenz der Anti-AKW BI einberufene Demonstration mit ca. 1 000 Personen (u.a. auch vom KB), aus Anlaß des Gerichtsverfahrens um den Bau des AKW Brokdorf statt.

=Arbeiterkampf Nr.98, Hamburg 7.2.1977, S.5

05.02.1977: Zu einer Großkundgebung in Brokdorf wurde, laut DKP, von der BUU aufgerufen. Aufgerufen wurde auch von der DKP Schleswig-Holstein im Dezember.

=DKP-Report, Kiel Dez. 1976

05.02.1977: In Köln findet eine Anti-AKW-Veranstaltung der Bürgerinitiative KKW-Nein Köln statt, auf der auch Jens Scheer (KPD) spricht. Weil dieser zur Demonstration nach Brokdorf (vgl. 19.2.1977) aufruft, wird er später angeklagt (vgl. März 1979).

=Arbeiterkampf Nr.151, Hamburg 2.4.1979, S.6

06.02.1977: Laut KB beschloß die Landeskonferenz Schleswig-Holstein der Anti-AKW Bürgerinitiativen in Wilster nahezu einstimmig eine Demonstration am 19.2. in Brokdorf durchzuführen.

Laut KPD (vgl. 9.2.1977) trafen sich in Wilster rund 400 Menschen. Die DKP sei über eine BI Solidarität mit Brokdorf aus Kiel vertreten gewesen und habe eine Demonstration in Itzehoe gefordert. Die rechten BIs seien ausgezogen, aber fünf BIs aus der Wilster Marsch seien dageblieben. Eine Presseerklärung der BUU-Landeskonferenz für die Demonstration in Brokdorf habe 15 Ja- und nur eine Nein-Stimme erhalten, von den direkt betroffenen BIs der Marschen hätten sich alle vier für diese Erklärung ausgesprochen. Einem Zusatz gegen die DKP hätten bei einer Enthaltung alle BIs, auch aus den Marschen, zugestimmt.

Das KPD-RK NRW (vgl. 7.2.1977) berichtet:"

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe hat am letzten Wochenende mit großer Mehrheit beschlossen, am 19.2. in Brokdorf zu demonstrieren.

Sie erklärt: (Presseerklärung der BUU)

'ALLE ehrlichen AKW-Gegner, unabhängig von ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit und Orientierung - und unabhängig von ihren jeweiligen Vorstellungen zu den Formen des Protestes - sind aufgerufen, durch ihre Teilnahme an der Großkundgebung ihren Willen zu bekunden, auch weiterhin für die Erfüllung unserer Forderung zu kämpfen:

- KEIN AKW IN BROKDORF UND AUCH NICHT ANDERSWO!
- SCHLUSS MIT DEN BÜRGERKRIEGSMANÖVERN DER POLIZEI!
- KEINE WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE (WAA,d.Vf.) UND ATOMMÜLLDEPONIE!
- ABZUG DER POLIZEI, DES WERKSCHUTZES UND DER BAUMASCHINEN!
- EINSTELLUNG ALLER ERMITTLUNGS- UND STRAFVERFAHREN!
- DER BAUPLATZ MUSS WIEDER ZUR WIESE WERDEN! ...'

WER RUFT NACH ITZEHOE AUF UND WELCHES ZIEL VERFOLGT DIESE SPALTER-KUNDGEBUNG?

Nachweislich sind die Drahtzieher der Kundgebung von Itzehoe unter SPD- und Juso-Führern sowie unter stadtbekanntem D'K'P-Funktionären (DKP,d.Vf.) zu suchen. Ohne Auftrag der Bürgerinitiativen verhandelten sie mit der Landesregierung, ohne je in den Bürgerinitiativen gearbeitet zu haben stellten sich D'K'P-Funktionäre am Wochenende plötzlich als große Kernkraftwerksgegner hin, verleumdete alle entschiedenen AKW-Gegner und riefen in einem genau geplanten Coup zum Auszug aus der Landeskonferenz der Bürgerinitiativen und zur Kundgebung in Itzehoe auf."

Der KBW (vgl. März 1977) berichtet, vor allem die DKP habe dazu aufgerufen, nicht in Brokdorf, sondern in Itzehoe zu demonstrieren. Beschlossen wird endgültig: "Demonstriert wird in Brokdorf und nicht anderswo." =Kommunismus und Klassenkampf Nr.3,Mannheim März 1977 (Beilage);

Arbeiterkampf Nr.98,Hamburg 7.2.1977,S.1;

KPD-RK NRW:19.2.: Atomkraftwerksgegner für Kundgebung in Brokdorf!, Dortmund o.J. (Feb. 1977),S.1f; Rote Fahne Nr.6 und 7,Köln 9.2.1977 bzw. 16.2.1977

07.02.1977: Die KPD (vgl. 16.2.1977) berichtet vermutlich aus dieser Woche, daß der KB den Auftrag erhalten habe, ein zentrales Flugblatt der BUU zur Demonstration gegen das AKW Brokdorf (vgl. 19.2.1977) zu drucken. Angeblich "aus Versehen" habe er dabei den Absatz gegen die DKP und gegen die AKWs in DDR und SU "vergessen".

=Rote Fahne Nr.7,Köln 16.2.1977

07.02.1977: Die KPD (vgl. 16.2.1977) berichtet vermutlich aus dieser Woche über das Verteilen von Flugblättern der DKP für eine Demonstration gegen das AKW Brokdorf nicht am Bauplatz sondern in Itzehoe, durch "Schläger" in der Mensa der Uni Kiel.

=Rote Fahne Nr.7,Köln 16.2.1977

07.02.1977: Die KPD (vgl. 16.2.1977) berichtet vermutlich aus dieser Woche über das plötzliche Auftreten der DKP in der Anti-AKW-Bewegung, u.a. durch das Erscheinen mit 12 Personen bei der BUU Uetersen.

=Rote Fahne Nr.7,Köln 16.2.1977

07.02.1977: Das KPD-RK NRW gibt vermutlich Anfang dieser Woche das folgende Flugblatt von zwei Seiten DIN A4 unter Verantwortung von Marianne Brentzel, Dortmund, Münsterstr.95, heraus:"
DEN DKP-SPALTERN EINE ABFUHR ERTEILEN!

19.2.: ATOMKRAFTWERKSGEGNER FÜR KUNDGEBUNG IN BROKDORF!

Der Volkswiderstand gegen das Atomprogramm der Schmidtregierung strebt einem neuen Höhepunkt zu.

Die KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD) ruft alle Menschen auf, am 19.2. die Großkundgebung der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe am Bauplatz des geplanten Atomkraftwerkes in Brokdorf zu unterstützen.

Seit dem brutalen Überfall der Polizei auf die Demonstration der Atomkraftgegner in Brokdorf (vgl. 13.11.1976,d.Vf.) ist die Empörung der Massen in der BRD über die volksfeindliche Energiepolitik des Monopolkapitals und seiner SPD-Regierung sprunghaft gewachsen. Vielen Menschen wurde klar: der gerechte Widerstand gegen den Bau von Atomkraftwerken wird unterdrückt, um die Milliarden-Geschäfte der

Energiekonzerne nicht zu gefährden. 'WO RECHT ZU UNRECHT WIRD, DA WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT.' - diese Kampfansage wurde zur Losung zahlreicher Bürgerinitiativen und für die Bundesregierung zum Alarmzeichen. Denn nichts fürchtet die herrschende Klasse mehr als das Vertrauen der Massen in ihre eigene Kraft. Wer auf die eigene Kraft vertraut, setzt nicht mehr auf die Parlamentarier und die Gerichte.

So verwundert es nicht, daß in Presse, Funk und Fernsehen eine überschäumende Hetze gegen die Atomkraftwerksgegner eingesetzt hat.

Seit Tagen werden wir durch die Presse darüber informiert, daß es jetzt zwei Lager von Kernkraftwerksgegnern gäbe: die friedlichen, ordentlichen, ehrlichen Gegner, die in Itzehoe demonstrieren - und die K-Gruppen, ewigen Krawallmachern und Gewaltprediger, die am 19.2. in Brokdorf demonstrieren.

WAS IST DIE WAHRHEIT?

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe hat am letzten Wochenende (vgl. 5.2.1977,d.Vf.) mit großer Mehrheit beschlossen, am 19.2. in Brokdorf zu demonstrieren.

Sie erklärt: (Presseerklärung der BUU)

'ALLE ehrlichen AKW-Gegner, unabhängig von ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit und Orientierung - und unabhängig von ihren jeweiligen Vorstellungen zu den Formen des Protestes - sind aufgerufen, durch ihre Teilnahme an der Großkundgebung ihren Willen zu bekunden, auch weiterhin für die Erfüllung unserer Forderung zu kämpfen:

- KEIN AKW IN BROKDORF UND AUCH NICHT ANDERSWO!
- SCHLUSS MIT DEN BÜRGERKRIEGSMANÖVERN DER POLIZEI!
- KEINE WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE (WAA, d.Vf.) UND ATOMMÜLLDEPONIE!
- ABZUG DER POLIZEI, DES WERKSCHUTZES UND DER BAUMASCHINEN!
- EINSTELLUNG ALLER ERMITTLUNGS- UND STRAFVERFAHREN!
- DER BAUPLATZ MUSS WIEDER ZUR WIESE WERDEN! ...'

WER RUFT NACH ITZEHOE AUF UND WELCHES ZIEL VERFOLGT DIESE SPALTER-KUNDGEBUNG?

Nachweislich sind die Drahtzieher der Kundgebung von Itzehoe unter SPD- und Juso-Führern sowie unter stadtbekanntem D'K'P-Funktionären zu suchen. Ohne Auftrag der Bürgerinitiativen verhandelten sie mit der Landesregierung, ohne je in den Bürgerinitiativen gearbeitet zu haben stellten sich D'K'P-Funktionäre am Wochenende plötzlich als große Kernkraftwerksgegner hin, verleumdete alle entschiedenen AKW-Gegner und riefen in einem genau geplanten Coup zum Auszug aus der Landeskongress der Bürgerinitiativen und zur Kundgebung in Itzehoe auf. Allen entschiedenen Gegnern der Atomkraftwerke ist durch die undemokratischen und spalterischen Machenschaften der D'K'P-Revisionisten klargeworden, was unsere Partei von Anfang an betonte:

Die modernen Revisionisten der DKP wollen den Kampf gegen die Atomkraftwerke überhaupt nicht ehrlich führen. Sie haben sich in die Bewegung einzuschleichen versucht, um die Bewegung zu zersetzen und mit Forderungen wie 'Mitbestimmung' auf die Mühlen ihrer Politik der Klassenversöhnung und der Eroberung von Positionen in Staats- und Gewerkschaftsapparat zu lenken. Nur die Angst vor völliger Isolierung läßt die D'K'P noch nicht offen aussprechen, was ihre Oberherren in Moskau bereits unverfroren tun, nämlich die AKW-Gegner als 'Entspannungs- und Abrüstungsfeinde' beschimpfen, während in der Sowjetunion (SU,d.VF.) und in der DDR ein Atomkraftwerk nach dem anderen gebaut wird.

Die Spalterdemonstration von Itzehoe ist das Werk der D'K'P-Revisionisten und einiger SPD- und Juso-Führer, die insgeheim das Atomprogramm der SPD-Regierung wärmstens unterstützen und die Kundgebung in Itzehoe nur durchführen, um den Protest abzuwürgen und zum demokratischen Aushängeschild für die Ziele der Monopolkapitalisten zu machen.

Die Forderung aller entschiedenen Atomkraftwerksgegner aber bleibt:
KEIN AKW IN BROKDORF UND AUCH NICHT ANDERSWO!

Die KPD ist mit allen entschiedenen Atomkraftwerksgegnern der Auffassung, daß das gesamte Atomprogramm der Bundesregierung verhindert werden muß.

- Atomkraftwerke bedrohen das Leben von Millionen Menschen, ihre technische Entwicklung ist in keiner Weise 'ausgereift', wie die Atomindustrie uns weismachen will. Nur die Profitgier der Atomindustrie treibt die Monopolkapitalisten und die Schmidt-Regierung zu solchen plumpen Lügen, während in Wirklichkeit sowohl

Kraftwerke als auch Mülldeponien und Wiederaufbereitungsanlagen eine riesige Gefährdung der Bevölkerung darstellen.

- Angesichts der wachsenden Gefahr eines neuen Weltkrieges durch das Ringen der beiden Supermächte USA und Sowjetunion um die Weltherrschaft stellen die AKW's 'schlafende' Atombomben dar; schon mit konventionellen Waffen wird jedes AKW zu einer gigantischen Atombombe.

- Die Energieversorgung unseres Landes ist auf der Grundlage der vorrangigen Förderung der einheimischen Energievorräte (Kohle) und der gleichberechtigten Beziehungen zu den Ländern der dritten Welt mit ihren gigantischen Reserven an Erdöl und Erdgas möglich. Unabhängigkeit in der Energieversorgung unseres Landes bedeutet gerade: Unabhängigkeit von dem Monopol der Supermächte für die Urananreicherung.

Arbeiter, Werktätige!

Schließen wir uns mit allen entschiedenen Atomkraftwerksgegnern zusammen, demonstrieren wir am 19.2. in Brokdorf die Entschlossenheit der Volksmassen, das Atomprogramm der Schmidt-Regierung zu verhindern!

- Weg mit dem volksfeindlichen Atomprogramm der Bundesregierung!

- Für eine Energieversorgung unabhängig von den Supermächten, in Zusammenarbeit mit der Dritten Welt!

- Kein Atomkraftwerk in Brokdorf, Wuhl oder anderswo!

- Kein Atomkraftwerk in Greifswald, Magdeburg oder anderswo!"

=KPD-RK NRW:19.2.: Atomkraftwerksgegner für Kundgebung in Brokdorf!, Dortmund o.J. (Feb. 1977)

08.02.1977: Laut KB "rief die KPD/ML noch ganz auf super-links zur Demonstration in Brokdorf auf. In dem Flugblatt wurde so getan, als ob neben der DKP auch der KB nach Itzehoe aufrufen würde, was der üblichen Verleumdungspraxis der KPD/ML voll entsprach" (vgl. 11.2.1977).

=Arbeiterkampf Nr.99,Hamburg 21.2.1977,S.6

08.02.1977: In Hamburg (vgl. 10.2.1977) berichtet ein Jungdemokrat (Judo) der FDP, laut KPD (vgl. 16.2.1977) vom heutigen Treffen in Quickborn zur Vorbereitung der Demonstration gegen das AKW Brokdorf in Itzehoe (vgl. 19.2.1977), an dem u.a. die Landesvorsitzenden von FDP und SPD, Jusos und Judos, der SSW, Bauern aus Brokdorf, ein IGM-Vertrauensmann aus Kiel, ein Pastor aus Norderstedt, BUU-Mitglieder u.a. aus Krempe und die DKP-beherrschte Initiative zur Unterstützung der AKW-Gegner in Brokdorf teilgenommen hätten.

Nur die Judos seien gegen die Spaltung eingetreten.

=Rote Fahne Nr.7,Köln 16.2.1977

09.02.1977: Die SAG gibt ihre 'Sozialistische Arbeiterzeitung' Nr.17 (vgl. 26.1.1977, 23.2.1977) heraus. Aus Schleswig-Holstein wird berichtet von den geplanten Demonstrationen gegen das AKW Brokdorf (vgl. 19.2.1977) in Brokdorf bzw. Itzehoe. Die SAG ruft nach Brokdorf auf.

=Sozialistische Arbeiterzeitung Nr.17,Frankfurt 9.2.1977

09.02.1977: Die KPD (vgl. 16.2.1977) berichtet über das plötzliche Auftreten der DKP in der Anti-AKW-Bewegung, u.a. durch das Erscheinen mit 24 Personen bei der BUU Wedel.

=Rote Fahne Nr.7,Köln 16.2.1977

09.02.1977: Vom Verwaltungsgericht Schleswig wird, laut KPD (vgl. 16.2.1977), der Baustop für das AKW Brokdorf verlängert. Trotzdem aber solle dieses gebaut werden.

=Rote Fahne Nr.7,Köln 16.2.1977

10.02.1977: In Hamburg wird, laut KPD (vgl. 16.2.1977), auf dem heutigen Plenum der BUU u.a. von der Vorbereitung (vgl. 8.2.1977) der Demonstration gegen das AKW Brokdorf in Itzehoe (vgl. 19.2.1977) berichtet.

=Rote Fahne Nr.7,Köln 16.2.1977

11.02.1977: Laut KB will jetzt die KPD/ML "weder in Brokdorf noch in Itzehoe demonstrieren. Die Begründung dafür habe der Genosse Ernst (Aust) in einer Rede geliefert" (vgl. 8.2.1977, 12.2.1977).
=Arbeiterkampf Nr.99,Hamburg 21.2.1977,S.6

12.02.1977: Laut KB "meldete sich auf der Bundeskonferenz der BI's in Wilster ein KPD/MLer zu Wort, um eine wichtige Erklärung der Partei zu verkünden: Die KPD/ML werde nicht nach Brokdorf fahren, um dem Feind nicht ins offene Messer zu laufen, sondern werde in Itzehoe eine Gegendemonstration machen" (vgl. 11.2.1977, 13.2.1977).

Die KPD/ML spricht sich, laut KBW (vgl. März 1977) für Aktionen in Itzehoe aus, da dort "der Staat schwach sei", in "Brokdorf aber mächtig". Die KPD und der KB setzen durch, "daß für den Fall des Verbots und für den Fall von weitläufigen Absperrungen alles sich in Itzehoe sammeln soll, um geschlossen durchzumarschieren". Weiter wird beschlossen, "auf jeden Fall eine Kundgebung und Demonstration am Bauplatz durchzuführen". Für die Leitung der Demonstration schlägt der KBW gemeinsam mit Vertretern der Ostküstenkonferenz vor, Vertreter der Landeskonferenzen zu wählen. Die Bildung eines Sprecherrates wurde beschlossen, der jedoch keine "beschließende oder anweisende Funktion haben sollte". Im siebenköpfigen Sprecherrat sind unter anderem vertreten: Günter Hopfenmüller (KB), Heino Kolbe (KPD), F. Storim (BUU Hamburg). Der Aufruf der Wilster Konferenz wird von 80 Initiativen in der BRD unterstützt.

Laut KPD (vgl. 16.2.1977) waren auf der zweitägigen Bundeskonferenz ca. 80 BI's aus ca. 50 Orten vertreten, u.a. aus:

- Baden-Württemberg aus Emmendingen, Freiburg, Tübingen und Wyhl;
- Bayern aus München;
- Bremen und Bremerhaven, Hamburg (30 Stadtteilgruppen);
- Hessen aus Frankfurt, Gießen und Wiesbaden;
- Niedersachsen aus Clausthal-Zellerfeld, Cuxhaven, Emden und Osnabrück;
- NRW aus Bielefeld, Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Hagen und Wuppertal;
- Rheinland-Pfalz aus Mainz;
- Schleswig-Holstein aus Eckernförde, Elmshorn, Flensburg, Geesthacht, Heide, Kiel, Lübeck, Neumünster, Rendsburg, Schleswig und Wedel.

Der Aufruf der Landeskonferenz Schleswig-Holstein vom 6.2.1977 für eine Demonstration direkt am Bauplatz sei gegen drei Gegenstimmen bei drei Enthaltungen unterstützt worden.

Die KPD/ML sei für Itzehoe eingetreten.

Von der Bundeskonferenz wird auch berichtet durch das KPD-ZK (vgl. 16.2.1977) bzw. die KPD (vgl. 9.2.1977) und in:

- NRW durch das KPD-RK NRW (vgl. 14.2.1977).
=KPD-RK NRW:19.2.: Atomkraftwerksgegner für Kundgebung in Brokdorf!, Dortmund o.J. (Feb. 1977),S.1f;
KPD-RK NRW: Heraus nach Brokdorf!, Dortmund o.J. (Feb. 1977),S.1;
Arbeiterkampf Nr.99,Hamburg 21.2.1977,S.6;
Rote Fahne Nr.6 und 7,Köln 9.2.1977 bzw. 16.2.1977;
Kommunismus und Klassenkampf Nr.3,Mannheim März 1977 (Beilage)

13.02.1977: Laut KB meldete sich am zweiten Tag der Bundeskonferenz der Anti-AKW BI's in Wilster "wieder der KPD/MLer zu Wort, um eine neue ganz wichtige Erklärung der Partei vorzutragen: die KPD/ML werde nun, angesichts der allgemeinen Stimmung, doch mit nach Brokdorf fahren, um die Bewegung nicht im Stich zu lassen" (vgl. 12.2.1977, Hamburg 14.2.1977).
=Arbeiterkampf Nr.99,Hamburg 21.2.1977,S.6

14.02.1977: Die KPD (vgl. 23.2.1977) berichtet vermutlich aus dieser Woche, daß der KBW im Kaiserstuhl der DKP beim Eintreten für die Demonstration in Itzehoe (vgl. 19.2.1977) und nicht direkt am AKW Brokdorf geholfen habe.
=Rote Fahne Nr.8,Köln 23.2.1977

14.02.1977: Laut KB stimmen die fünf KPD/MLer in der Anti-AKW BI Hamburg-Barmbek als einzige für eine Gegenkundgebung in Itzehoe (vgl. 13.2.1977, 15.2.1977).
=Arbeiterkampf Nr.99,Hamburg 21.2.1977,S.6

14.02.1977: Die KPD (vgl. 23.2.1977) berichtet vermutlich aus dieser Woche, daß die KPD/ML in der Anti-AKW BI Altona zusammen mit der GIM für Itzehoe gestimmt habe.
=Rote Fahne Nr.8,Köln 23.2.1977

14.02.1977: Die KPD (vgl. 23.2.1977) berichtet vermutlich aus dieser Woche, daß die DKP nunmehr mit 35 Leuten versuche die Anti-AKW BI in Wedel, die BUU, zu dominieren.
=Rote Fahne Nr.8,Köln 23.2.1977

14.02.1977: Die KPD (vgl. 16.2.1977) berichtet, daß die Polizei in der Wilster Marsch Anfang dieser Woche Flugblätter zur Demonstration gegen das AKW Brokdorf am 19.2.1977 verteilt habe.
=Rote Fahne Nr.7,Köln 16.2.1977

15.02.1977: Das KPD-ZK (vgl. 16.2.1977) zitiert aus der heutigen 'FAZ' zur Frage ob in Itzehoe oder Brokdorf gegen das AKW Brokdorf demonstriert wird:"
Ob die Entmischung der terroristischen Gruppen und der Kommunisten auf der einen Seite, der wirklichen Kernkraftgegner auf der anderen Seite, tatsächlich so gelingt, wie es die Beschlüsse der Bürgerinitiative zunächst hoffen ließen ist jetzt zweifelhafter geworden."
=KPD-RK NRW: Heraus nach Brokdorf!, Dortmund o.J. (Feb. 1977),S.2

15.02.1977: Laut KB stimmt die von der KPD/ML dominierte Anti-AKW BI Hamburg-Langenhorn für eine Gegenkundgebung in Itzehoe (vgl. 14.2.1977).

Die KPD (vgl. 23.2.1977) berichtet vermutlich von dieser Sitzung, daß die KPD/ML in der BI aufgetaucht sei und für Itzehoe gestimmt habe.
=Arbeiterkampf Nr.99,Hamburg 21.2.1977,S.6;
Rote Fahne Nr.8,Köln 23.2.1977

16.02.1977: Das Zentralkomitee der KPD veröffentlicht frühestens heute den folgenden Aufruf zur Demonstration gegen das AKW Brokdorf am 19.2.1977:"
ALLEN SPALTUNGS- UND VERBOTSVERSUCHEN ZUM TROTZ: HERAUS NACH BROKDORF!

Arbeiter, Werktätige, AKW-Gegner!

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) und die Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen in Wilster (am 12./13.2.) haben zu einer Großkundgebung am 19.2. am Bauplatz des AKW Brokdorf aufgerufen. Die KPD ruft euch auf, diese Kundgebung gegen den Bau des Atomkraftwerkes in Brokdorf und gegen das volksfeindliche Atomprogramm der Schmidt-Regierung mit allen Kräften zu unterstützen. Seit dem brutalen Überfall der Polizei auf die Demonstration der Atomkraftwerksgegner in Brokdorf (vgl. 13.11.1976,d.Vf.) ist die Empörung über die volksfeindliche Energiepolitik des Monopolkapitals und seiner SPD- Regierung sprunghaft angestiegen. Vielen Menschen ist klar geworden: Der gerechte Widerstand gegen den Bau von Atomkraftwerken wird unterdrückt, um die Milliardenengeschäfte der Energiekonzerne nicht zu gefährden. 'Wo Recht zu Unrecht wird, da wird Widerstand zur Pflicht!' - Diese Kampfansage wurde zur Losung vieler Bürgerinitiativen. Für die Bundesregierung wurde sie zum Alarmzeichen. Denn nichts fürchtet die herrschende Klasse mehr als das Vertrauen der Massen auf ihre eigene Kraft. Wer auf die eigene Kraft vertraut, setzt nicht mehr auf die Parlamentarier und die Gerichte. Deshalb haben sie die größten Anstrengungen unternommen, die Bewegung gegen den Bau von Atomkraftwerken zu spalten, zu bedrohen, gewaltsam zu unterdrücken.

Seit Wochen schäumen Rundfunk, Presse und Fernsehen über von Hetztiraden gegen die Atomkraftwerksgegner. Der Eindruck soll erweckt werden, es gäbe hier die friedlichen und ehrlichen AKW-Gegner (die würden jetzt in Itzehoe demonstrieren) und dort die Kommunisten, ewigen Krawallmacher und Gewaltprediger und die würden sich in Brokdorf versammeln. Welches Interesse haben plötzlich die Befürworter, die Unterstützer des Atomprogramms der Schmidt-Regierung, die angeblichen ehrlichen AKW-Gegner zu loben? Warum rufen plötzlich selbst die Bundesregierung, die Führung der SPD, die für deren Atomprogramm mitverantwortlich ist, und sogar die Polizei auf, in Itzehoe zu demonstrieren? Der Grund ist einfach. Die Drahtzieher der Demonstration in Itzehoe sind keine AKW-Gegner, sondern AKW-Befürworter. Ihnen geht es gerade darum, die Anti-AKW-Bewegung von innen heraus zu spalten und zu zersetzen. Deshalb finden sie so viele Freunde in der Bundesregierung, in der schleswig-holsteinischen Landesregierung und bei den Atomenergiemonopolen. Und war es nicht Stoltenberg, der Itzehoe als Demonstrationsort vorgeschlagen hat?

Der Hauptdrahtzieher des Versuchs, die Bürgerinitiativen zu spalten und der Demonstration in Itzehoe war die D'K'P (DKP, d.Vf.). Die D'K'P ist in Wirklichkeit ein Befürworter des Baus von Atomkraftwerken. Das geht aus ihrem 'Energieprogramm' (vgl. S2.**.197*,d.Vf.) hervor. Und die Atomkraftwerke in der DDR und in der UdSSR (SU,d.Vf.), deren Bau die D'K'P unterstützt, sind noch schlechter als in der BRD und sie haben noch unzureichendere Sicherheitsbestimmungen. Die D'K'P hat sich als Gegner der Anti-AKW-Bewegung in diese

Bewegung eingeschlichen. Sie hat gegen den Beschluß der Bürgerinitiativen zu einer Demonstration nach Itzehoe aufgerufen und dies lügnerisch als Beschluß der BUU ausgegeben. Sie hat in ihrer Zeitung UZ eine massive Lügenpropaganda entfaltet und eine Hetzkampagne gegen die Anti-AKW-Bewegung durchgeführt, die nur mit faschistischer Pogromhetze verglichen werden kann. Doch das Spaltungsmanöver der D'K'P hat sein Ziel nicht erreicht. Mehr als hundert Bürgerinitiativen aus dem gesamten Bundesgebiet haben sich entschieden, in Brokdorf am Bauplatz zu demonstrieren. Und selbst die FAZ mußte 'enttäuscht' feststellen: 'Ob die Entmischung der terroristischen Gruppen und der Kommunisten auf der einen Seite, der wirklichen Kernkraftgegner auf der anderen Seite, tatsächlich so gelingt, wie es die Beschlüsse der Bürgerinitiative zunächst hoffen ließen (Anmerkung: Wobei mit diesen Beschlüssen die Beschlüsse der D'K'P gemeint sind) ist jetzt zweifelhafter geworden.' (FAZ vom 15.2.) Was da 'entmischt' worden ist (um in der Sprache der FAZ zu bleiben), sind die AKW-Gegner und die AKW-Befürworter. Jetzt ruft schon der Bürgermeister von Wörpsflet zur Demonstration in Itzehoe auf, ein in der ganzen Wilster Marsch bekannter militanter AKW-Befürworter.

Das Spaltungsmanöver ist mißglückt. Die Bürgerinitiativen werden in ihrer Mehrheit in Brokdorf demonstrieren. Deshalb bleibt denen, die immer nur davon reden, sie wollten Gewalt verhindern, nur das altbekannte Mittel, die Gewalt des Staatsapparates. Die Demonstration in Brokdorf soll verboten werden, um die Bedingungen für ein längst vorbereitetes Bürgerkriegsmanöver der Polizei zu schaffen. Aus allen Teilen der BRD werden Bundesgrenzschutztruppen (BGS, d.Vf.) zusammengekart. Allein aus Nordbayern 1 000. Nicht die AKW-Gegner suchen die gewaltsame Demonstration, es sind die Atomenergiemonopole, es ist der Staatsapparat, der eine umfangreiche Gewaltmaschine auffährt und einsetzen will, um die Anti-AKW-Bewegung zu zerschlagen, denn es ist nicht eine Kundgebung oder eine Demonstration, vor der sie eine solche Furcht haben, es ist die Entschlossenheit den Kampf zu führen und mit der sie das Atomprogramm der Bundesregierung zu Fall bringen werden.

Verbot, Drohung und Spaltung werden die AKW-Gegner nicht hindern am 19.2. in Brokdorf zu demonstrieren. Sie werden ihr demokratisches Recht, am Bauplatz zu demonstrieren, verteidigen. Sie werden ihre Einheit und Geschlossenheit demonstrieren. Sie werden zeigen, daß die Organisatoren der Demonstration in Itzehoe keine AKW-Gegner, sondern AKW-Befürworter sind. Sie werden zeigen, daß sie entschlossen sind, den Kampf gegen das Atomprogramm der Schmidt-Regierung, fortzusetzen. Wir Kommunisten halten daran fest: NIRGENDWO IN DER BRD, IN WESTBERLIN UND IN DER DDR DARF EIN WEITERES ATOMKRAFTWERK ERRICHTET WERDEN. DIE UNTERSUCHUNGEN UND ERKENNTNISSE UNABHÄNGIGER WISSENSCHAFTLER HABEN ZU GENÜGE BEWIESEN, DASS UNTER DEN GEGEBENEN GESELLSCHAFTLICHEN VERHÄLTNISSEN UND AUF DEM BISHERIGEN TECHNISCHEM ENTWICKLUNGSSTAND DIE ATOMENERGIE EINE UNTRAGBARE, TÖDLICHE GEFAHR FÜR DIE BEVÖLKERUNG UND FÜR DIE KOMMENDEN GENERATIONEN DARSTELLT. DIE ATOMKRAFTWERKE MÜSSEN VERSCHWINDEN, DENN SIE SIND EINE BESONDERS UNERTRÄGLICHE BEDROHUNG ANGESICHTS DER WACHSENDEN GEFAHR EINES KRIEGES DURCH DAS RINGEN DER BEIDEN SUPERMÄCHTE UM DIE WELTHERRSCHAFT. SIE SIND 'SCHLAFENDE ATOMBOMBEN', DIE ES JEDEM ANGREIFER ERMÖGLICHEN EINEN ATOMKRIEG OHNE EINSATZ VON ATOMWAFFEN GEGEN UNSER LAND ZU FÜHREN UND ERPRESSUNG VORZUNEHMEN.

Die Energieversorgung ist auf der Grundlage vorrangiger Förderung der einheimischen Energievorräte, der Freundschaft und der gleichberechtigten Beziehungen zur dritten Welt mit ihrem unerschöpflichen Reichtum an Erdöl und Erdgas, ohne jede Unterstützung rassistischer Regimes, zu entwickeln, auf der Grundlage der Entwicklung neuer, umweltfreundlicher Energiequellen, unabhängig von den Supermächten und ihrem Monopol in der für die Verwirklichung des Atomprogramm entscheidenden Urananreicherung. Für dieses Ziel gilt es mit langem Atem zu kämpfen. Auch wenn wir davon ausgehen, daß es am 19.2. nicht möglich sein wird, den Bauplatz zu besetzen, so muß doch grundsätzlich unser Widerstandsrecht verteidigt werden, zur Verhinderung des Baus von Atomkraftwerken, die dafür vorgesehenen Bauplätze zu besetzen. Es muß das Recht verteidigt werden, sich gegen brutale und gezielte Gewalt des Staates, gegen den Polizeiterror, zur Wehr zu setzen. Der Kampf der AKW-Gegner muß sich zugleich gegen die Einschüchterungs- und Verfolgungsmaßnahmen seitens der staatlichen Organe, der Polizei und Klassenjustiz richten. Die uneingeschränkte Solidarität aller AKW-Gegner muß allen wegen ihres Kampfes verfolgten AKW-Gegnern, wie dem Kommunisten und AKW-Gegner Professor J. Scheer, gelten. Entschieden muß den Spaltungsmanövern zwischen Umweltschützern, Demokraten und Kommunisten, zwischen Arbeitern und Bauern entgegengetreten werden.

Der Zusammenschluß der AKW-Gegner auf diesen Grundlagen wird mitentscheidend für den Erfolg dieses Kampfes sein. Denn wir wissen: Die Bundesregierung wird das Atomprogramm nicht durchsetzen können, wenn die Volksmassen einheitlich, geschlossen und mit langem Atem Widerstand leisten.

- KEIN ATOMKRAFTWERK IN BROKDORF, WYHL UND ANDERSWO!
- KEIN ATOMKRAFTWERK IN GREIFSWALD, MAGDEBURG UND ANDERSWO!
- WEG MIT DEM VOLKSFEINDLICHEN ATOMPROGRAMM DER BUNDESREGIERUNG!
- SCHLUSS MIT DEN BÜRGERKRIEGSMANÖVERN VON POLIZEI UND BUNDESGRENZSCHUTZ!
- TROTZ ALLER SPALTUNGS- UND VERBOTSVERSUCHE: HERAUS NACH BROKDORF!"
=KPD-RK NRW: Heraus nach Brokdorf!, Dortmund o.J. (Feb. 1977)

16.02.1977: Der KB gibt sein 'Anti-AKW-Info' Nr.2 (vgl. **.**.197*, **.**.197*) mit dem Titel "Wer sich nicht wehrt lebt verkehrt!" in einer Auflage von 30 000 heraus, in dem für die Brokdorf Demonstration am 19.2.1977 mobilisiert wird.
=Anti-AKW-Info Nr.2,Hamburg 16.2.1977

16.02.1977: Das KPD-RK NRW gibt frühestens heute ein Flugblatt mit zwei Seiten DIN A4 unter Verantwortung von Marianne Brentzel, Dortmund, Münsterstr.95, mit dem zentralen Aufruf (vgl. 16.2.1977) der KPD zur Demonstration gegen das AKW Brokdorf (vgl. 19.2.1977) heraus.
=KPD-RK NRW: Heraus nach Brokdorf!, Dortmund o.J. (Feb. 1977)

18.02.1977: Der KBW gibt, laut KPD (vgl. 23.2.1977) ein Extrablatt der 'KVZ' - Ausgabe Mitte (vgl. **.*.1977, **.*.1977) heraus und ruft darin für morgen statt zur bundesweiten Demonstration gegen das AKW Brokdorf zu Kundgebungen auf in:

- Hessen in Darmstadt, Frankfurt, Kassel, Lahn und Wiesbaden;
- NRW in Aachen, Bielefeld, Bochum, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Köln und Münster;
- Rheinland-Pfalz in Koblenz, Ludwigshafen, Mainz und Trier;
- im Saarland in Saarbrücken.

=Rote Fahne Nr.8,Köln 23.2.1977

18.02.1977: Die KPD (vgl. 23.2.1977) berichtet vom heutigen Verbot der morgigen Demonstration gegen das AKW Brokdorf.
=Rote Fahne Nr.8,Köln 23.2.1977

18.02.1977: In Dortmund wird, laut und mit KPD (vgl. 23.2.1977), eine Kundgebung gegen das AKW Brokdorf durchgeführt.

Anstatt zur morgigen bundesweiten Demonstration in Brokdorf aufzurufen habe die KPD/ML in einem Flugblatt aufgefordert, morgen vor der DDR-Vertretung in Bonn-Bad Godesberg gegen das Verschwinden eines KPD/MLers in der DDR zu demonstrieren.
=Rote Fahne Nr.8,Köln 23.2.1977

19.02.1977: Das ZK der KPD gibt folgende Presseerklärung heraus:"
PRESSEERKLÄRUNG DES ZENTRALEKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD) vom 19.2.1977 20 Uhr

Die KPD erklärt: Der 19.2. ist ein bedeutender Sieg für alle Gegner der volksfeindlichen Energiepolitik der Schmidt-Regierung und der Atommonopole, deren Interessen sie vertritt. 30 000 AKW-Gegner unter Führung der BUU, der sich mehr als 200 Bürgerinitiativen (BI, d.Vf.) angeschlossen haben, versammelten sich, den vielfältigsten Polizeischikanen, Kontrollen, Durchsuchungen und massiver Einschüchterung trotzend am Nachmittag in Wilster und führten in Neufeld angesichts der riesigen Militärmaschinerie des Bundesgrenzschutzes (BGS, d.Vf.) und der Polizeieinheiten aus der gesamten BRD eine kämpferische und geschlossene Abschlußkundgebung durch.

Den Veranstaltern der Kundgebung und Demonstration in Itzehoe, fast alle geschworene Anhänger der Atompolitik der Schmidt-Regierung, gelang es nicht, die AKW-Gegner zu spalten. Während der Kundgebung in Itzehoe war die Solidarität mit den AKW-Gegnern, die entschlossen waren, in Brokdorf zu demonstrieren, allgemein. Während und nach Beendigung der Demonstration stießen tausende ehrlicher AKW-Gegner zu den Demonstranten in Wilster.

Der 19.2. ist eine schwere Niederlage für die Schmidt, Stoltenberg, Mies und Co. Die SPD/FDP-Regierung hatte in den Tagen vor der Demonstration eine zügellose Hetze gegen die AKW-Gegner entfacht und sie in faschistischer Manier als 'irrational' und 'gewalttätig', als 'Chaoten' diffamiert. Sie hatte eine riesige Bürgerkriegsmaschinerie aufgefahren und wollte durch deren brutalen und blutigen Einsatz das gesamte Terrorarsenal der 'Inneren Sicherheit' rechtfertigen. Daraus ist nichts geworden.

Manipulierten Meldungen über Waffenarsenal etc. zum Trotz stieß die Praxis der Polizei, die Vorbeugehaft anzuwenden, und willkürliche Kontrollen und Durchsuchungen vorzunehmen, auf heftige Kritik, während die Disziplin und kämpferische Geschlossenheit der unter Leitung der BUU stehenden Demonstranten selbst von bürgerlichen Journalisten anerkannt werden mußte. Nicht die angebliche Blutrünstigkeit der Demonstranten, sondern der totale Polizeistaat entlarvte sich.

DIE KPD FORDERT DIE SOFORTIGE FREILASSUNG ALLER INHAFTIERTEN!

Die Leitung der BUU hat um 19 Uhr 30 den organisierten Rückzug von Neufeld beschlossen. Die KPD unterstützt vollständig diesen Beschluß, der eine erfolgreiche Aktion erfolgreich beendet. Der 19.2. stellt den Widerstand gegen die Atomenergiepolitik der SPD/FDP-Regierung und den Widerstand gegen die faschistische Gefahr in der BRD auf eine noch breitere Basis.

Schließen wir uns noch enger zusammen um die Parolen

**KEIN AKW IN BROKDORF, WYHL UND ANDERSWO!
KEIN AKW IN GREIFSWALD, MAGDEBURG UND ANDERSWO!
WEG MIT DEM VOLKSFEINDLICHEN ATOMPROGRAMM DER SPD/FDP-REGIERUNG!
FÜR EINE ENERGIEVERSORGUNG UNABHÄNGIG VON DEN SUPERMÄCHTEN IN ZUSAMMENARBEIT
MIT DER 3.WELT!"**

Verbreitet wird dieser Text u.a. in NRW durch das KPD-RK (vgl. 19.2.1977).

=KPD-RK NRW: Aktuelle Information: Großer Erfolg in Brokdorf! Dortmund o.J. (Feb. 1977),S.1

19.02.1977: Die KPD (vgl. 23.2.1977) berichtet, daß der KBW heute nur mit geringen Kräften an der Demonstration gegen das AKW Brokdorf teilnimmt und stattdessen über 40 Kundgebungen in der gesamten 'BRD' durchführt, u.a. in:

- Hessen in Darmstadt, Frankfurt, Kassel, Lahn und Wiesbaden;
- NRW in Aachen, Bielefeld, Bochum, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Köln und Münster;
- Rheinland-Pfalz in Koblenz, Ludwigshafen, Mainz und Trier;
- im Saarland in Saarbrücken.

Aufgerufen worden sei u.a. mit einem gestrigen Extrablatt der 'KVZ' - Ausgabe Mitte.

=Rote Fahne Nr.8,Köln 23.2.1977

19.02.1977: In Darmstadt führt der KBW, laut KPD (vgl. 23.2.1977), anstatt zur bundesweiten Demonstration nach Brokdorf zu fahren, eine Kundgebung gegen das AKW Brokdorf durch.

=Rote Fahne Nr.8,Köln 23.2.1977

19.02.1977: In Frankfurt führt der KBW, laut KPD (vgl. 23.2.1977), anstatt zur bundesweiten Demonstration nach Brokdorf zu fahren, eine Kundgebung gegen das AKW Brokdorf durch.

=Rote Fahne Nr.8,Köln 23.2.1977

19.02.1977: In Lahn führt der KBW, laut KPD (vgl. 23.2.1977), anstatt zur bundesweiten Demonstration nach Brokdorf zu fahren, eine Kundgebung gegen das AKW Brokdorf durch.

=Rote Fahne Nr.8,Köln 23.2.1977

19.02.1977: In Kassel führt der KBW, laut KPD (vgl. 23.2.1977), anstatt zur bundesweiten Demonstration nach Brokdorf zu fahren, eine Kundgebung gegen das AKW Brokdorf durch.

=Rote Fahne Nr.8,Köln 23.2.1977

19.02.1977: Laut KB demonstrieren ca. 1 500 vorwiegend niedersächsische AKW-Gegner am Bauplatz Grohnde und besetzen diesen. Laut SAG besetzen 2 000, u.a. Soldaten aus Hildesheim, den Bauplatz des AKW.

Berichtet wird auch durch die KPD (vgl. 23.2.1977).

=Arbeiterkampf Nr.100,Hamburg 7.3.1977,S.1;

Rote Fahne Nr.8,Köln 23.2.1977;

Sozialistische Arbeiterzeitung Nr.18,Frankfurt 23.2.1977

19.02.1977: Aus Hannover beteiligen sich, laut KPD (vgl. 23.2.1977), ca. 1 000 Personen an der bundesweiten Demonstration gegen das AKW Brokdorf.

=Rote Fahne Nr.8,Köln 23.2.1977

19.02.1977: Die DKP Preetz berichtet von der örtlichen Beteiligung an der heutigen Kundgebung gegen das AKW Brokdorf in Itzehoe:"

Auch aus Preetz waren zahlreiche Demonstranten dem Aufruf der hiesigen Bürgerinitiative gefolgt. Sie beteiligten sich mit eigenen Transparenten".

Berichtet wird vom KBW-Vorgehen in Wilster und sodann fortgefahren:"

KBW-Anhänger hatten vorher auch in Preetz versucht, die Bürgerinitiative zu spalten und sie auf einen Provokationskurs festzulegen. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Preetz wies diese Versuche entschieden zurück. Die in der Bürgerinitiative verbündeten Umweltschützer - zu denen auch die Mitglieder der DKP gehören - werden auch künftig nicht zulassen, daß die Aktionen für den Schutz der Bevölkerung zum Abenteuerspielplatz umfunktioniert werden. ... Die Front der Bürgerinitiativen wird stärker und einheitlicher werden, trotz der Schafe im maoistischen Wolfspelz und trotz der Drohungen von Stoltenberg und Co." =B 76 Nr.2,Preetz März 1977,S.1f

19.02.1977: Laut KB demonstrieren ca. 30 000 Menschen in der Wilster Marsch gegen den geplanten Bau eines AKW bei Brokdorf. Etwa gleichzeitig versammeln sich rund 20 000 Menschen in Itzehoe auf einer Kundgebung, zu der verschiedene Bürgerinitiativen, DKP, linke Sozialdemokraten u.a. aufgerufen hatten, die sich gegen eine Demonstration vor Ort aussprachen.

Der KB berichtet:"

Innerhalb der KPD/ML wurde ebenfalls - und zwar hauptsächlich von seiten der Führung dieser Gruppe - mit der Blutbad-Argumentation gearbeitet. Ähnlich wie die GIM argumentierte die ML-Führung in der Organisation, daß man nicht in eine Falle laufen dürfe, daß man sich auf der Brokdorf-Demo nur unnötig blutige Köpfe holen würde etc., ebenso wie die GIM unterlag die KPD/ML-Führung dem massiven Propaganda-Feldzug der Bourgeoisie, ohne jeden Blick für die wirkliche Massenbewegung gegen die AKW's und für den erreichten Stand des politischen Bewußtseins innerhalb dieser Bewegung, was den sektiererischen Charakter dieser beiden Organisationen gleichermaßen hervorhebt. (Wir wollen nicht verschweigen, daß einzelne Mitglieder beider Organisationen trotzdem auf der Brokdorf-Demo dabei waren, die MLer sogar demonstrativ mit Parteifahne - etwa 50 Leute)."

"Die KPD/ML hatte vor dem 19.2. kein gutes Bild abgegeben: Am 5.2. erklärte sie auf der Bundeskonferenz der BI's in Wilster, in Brokdorf würde man 'dem Feind ins offene Messer laufen und daher werde die Partei in Itzehoe demonstrieren, am 6.2. hieß es dann: die Partei habe es sich überlegt und wolle doch mit nach Brokdorf kommen. Nichtsdestotrotz stimmten die KPD/ML-Vertreter in den BI's bei den nächsten Treffen gegen Brokdorf, für Itzehoe oder irgendwelche 'dezentralen Aktionen' ... Nach dem 19.2. steht die KPD/ML natürlich wieder da, wo sie als Avantgarde der gesamtdeutschen Arbeiterklasse hingehört: nicht bloß auf der Seite der Sieger, sondern sogar an ihrer Spitze: 'Erfolgreiche Demonstration gegen KKW Brokdorf' lautete die Schlagzeile des 'Roten Morgen' vom 25.2."

"Der KBW bestätigt bei der dritten Brokdorf-Aktion seinen Ruf hirnloser Großmäuligkeit. So waren die KBW-ler die einzigen, die trotz eines mit überwältigender Mehrheit gefaßten Beschlusses der Demonstrationsleitung der Meinung waren, auf den Bauplatz durchzustürmen zu müssen und vor allem ... zu können ... Bereits beim Abmarsch aus Wilster Richtung Brokdorf begannen die Provokationen des KBW, indem er sich mit sechs bis sieben Autos, KBW-Fahne frech vorneweg, an die Spitze des Zuges setzte ...

Es gelang dann der Demonstrationsleitung, die vorher vereinbarte Zugordnung durchzusetzen und den KBW nach hinten abzudrängen. An der Polizeisperre angekommen, wollte der KBW am liebsten gleich durchbrechen ...

Von hinten andrängelnd, versuchte der KBW, die vorderen Demonstrationsteile in die Polizei-Absperrung zu schubsen. KBW-ler mit Megaphonen liefen unterdessen am Zug entlang und forderten zum Sturm auf. Die Lage wurde aber rasch geklärt, indem feste Ketten gegen die Provokateure gebildet wurden und einigen Schreihälsen die Megaphone abgenommen wurden ... Auf der Demonstration selbst marschierte der KBW - als einzige Organisation - in einem geschlossenen Block von vielleicht 600 - 700 Leuten. Dazu kamen noch ein paar KBW-ler im Zug verstreut, zusammen weniger als 1 000 KBW-ler insgesamt ... Nachdem dieser provokatorische Unfug von dem Rest der Teilnehmer abgewiesen worden war, versuchte der KBW bei der Rückkehr in Wilster erneut sein Glück als Provokateur. So streute er zunächst das Gerücht aus, in der Wilstermarsch seien auf dem Rückzug einige tausend Demonstranten abgeschnitten worden - man müsse jetzt umkehren und sie befreien. Nachdem dieser Versuch, die Demonstranten zu einer Nachtübung zu überreden, gescheitert war, versuchte der KBW einige Zeit darauf, die allmählich aus Wilster abrückenden Demonstranten noch zu einer Fahrt bzw. Marsch nach Itzehoe zu gewinnen, wo angeblich KBW-Führer Fochler und weitere KBW-Prominenz in Haft genommen worden seien. Auch dieser Versuch, die Leute auf Reisen zu schicken, scheiterte. Zu guter Letzt versuchte der KBW noch, den Lautsprecherwagen der

Demonstrationsleitung zu stürmen, um sich Gehör zu verschaffen. Ein Ordnertrupp aus Westberliner KB Genossen und Eimsbüttler Spontis (Hamburg) machte der Provokation ein handfestes Ende ... Der KBW spielt in der Bewegung die Rolle, die die Bourgeoisie oft ihren bezahlten Provokateuren überträgt. Wenn man solche Leute nicht rechtzeitig erkennt und lahmlegt, kann es schlecht aussehen."

"Der KBW hat für den 19.2. insgesamt nur schwach mobilisiert. Außerhalb Norddeutschlands hatte der KBW sogar ausdrücklich eine Mobilisierung nach Brokdorf abgelehnt ... und örtliche Alternativ-Veranstaltungen durchgeführt. Aber selbst in Norddeutschland machte der KBW in den meisten Städten erst ein, zwei Tage vor dem 19.2. überhaupt nennenswerte 'Anstrengungen'. So kam es auch, daß der KBW am 19.2. mit weniger als 1 000 Leuten auf der Demonstration vertreten war."

Zur SAG heißt es:"

Die SAG (Sozialistische Arbeitergruppe), die in Norddeutschland im wesentlichen nur in Hannover und Hildesheim auftritt, spricht in einem ersten Flugblatt von einer 'Kapitulation in Brokdorf'. Die Demonstration durch die Wilster Marsch habe 'an eine klassische sozialdemokratische Massenveranstaltung' erinnert. Schuld daran sei, wie kann es anders sein, 'insbesondere der KB'. Konsequenterweise wird dann auch sogar von den 'KB-Organisatoren der Brokdorfer-Demonstration' gesprochen."

Zur KPD heißt es:"

Die KPD hatte am 19.2. eine relativ positive Rolle gespielt, indem sie die kollektiven Beschlüsse der Demonstrationsleitung, die umfassende Konfrontation mit der Polizei möglichst zu vermeiden, voll mitgetragen hat."

Die KPD stellt fest:"

Unsere Partei hatte wesentlichen Anteil daran, daß eine der größten illegalen Demonstrationen der Nachkriegszeit ... mit einem Sieg von weitreichender Bedeutung endete."

Die KPD gab am 16.2.1977 bekannt, daß Treffs der Brokdorf-Demonstranten in Hamburg, Kiel und der Raststätte Harburger Berge abgemacht seien und berichtet auch von der Vorbereitung der Itzehoe Aktion (vgl. 8.2.1977).

Am 23.2.1977 berichtet die KPD von 35 000 Menschen, die dem Verbot (vgl. 18.2.1977) trotzten, davon 450 aus Bielefeld und ca. 1 000 aus Hannover:"

Noch mehr wären es gewesen, hätten nicht die KPD/ML und der KBW der Schmidt-Regierung offen in die Hände gearbeitet."

Die Demonstrantenzahl sei in den Medien verfälscht worden.

Die KPD/ML sei gegen Brokdorf gewesen und ihr LV NRW habe nur Beobachter in den Brokdorfbussen gehabt und als es auf dem Hamburger Heiligengeistfeld hieß, die Polizei habe Schießbefehl, sei der größte Teil in Hamburg ausgestiegen.

In Wilster hätten 40 - 50 KPD/ML'er eine Gegenkundgebung gegen die Aktion in Brokdorf gemacht und sich daraufhin zurückgezogen.

Der KBW habe über 40 Kundgebungen in der ganzen 'BRD' durchgeführt, in Brokdorf sei er feige gewesen und habe einen eigenen Lautsprecherwagen gehabt.

Polizisten wurden eingesetzt aus Mannheim, Münster, Reutlingen, Nürnberg, Karlsruhe, Heidelberg, Frankfurt, Butzbach, Tübingen, Freiburg, Stuttgart, Würzburg, Bochum und München.

Über 90 Personen seien festgenommen und 6 000 nicht zur Demonstration gelassen worden.

In Itzehoe zählte die KPD 10 000, von denen sich noch über 3 000 nach Brokdorf aufgemacht hätten. Auf der Kundgebung habe sich Heinz Brandt auch gegen die AKWs in der DDR ausgesprochen. Auf der Kundgebung in Brokdorf habe die BUU geredet und es sei eine Solidaritätsresolution für Fritz Störmer verabschiedet worden.

Die DKP Preetz berichtet:"

Stoltenberg und Springers 'Bild', Kanzler Schmidt und Innenminister Maihofer können reden und schreiben was sie wollen: Ihr Kernenergieprogramm hat in Itzehoe und Wilster erneut eine schwere Niederlage erlitten. Allein Itzehoe demonstrierten rund 40 000 Bürger gegen den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf."

Auch aus Preetz beteiligte sich die BI (vgl. dort) "an der größten Demonstration und Kundgebung, die Schleswig-Holstein nach Kriegsende erlebt hat.

Die Atomlobby hatte bei den Regierungen des Bundes und der Länder durchgesetzt, daß fast 7 000 Bereitschaftspolizisten und Angehörige des Bundesgrenzschutzes die Wilstermarsch in eine waffenstarrende Festung verwandelten. Doch diese bisher größte Notstandsübung scheiterte an der Disziplin der Demonstranten. Sie haben Stoltenberg und Springer nicht den Gefallen getan, sich durch die Zurschaustellung staatlicher Macht provozieren zu lassen. Und Stoltenbergs Helfershelfer im maoistischen 'KBW' wurden im Raum Wilster daran gehindert, der Polizei den Vorwand für Knüppelorgien und Gasangriffe zu liefern. ...

Was sich in den Demonstrationen gegen die Atomlobby ausdrückte, war der Widerstand gegen eine Politik, die mit einem Riesenaufgebot Polizisten, mit Wasserwerfern und chemischen Keulen glaubte, das Profitstreben einiger Energiekonzerne gegen die Interessen der Bevölkerung durchsetzen zu können. Der Kampf gegen Kernkraftwerke - in Brokdorf und anderswo - wird weitergehen."

Laut DKP Wedel beteiligen sich in Itzehoe mehr als 40 000.

Die SAG rief nach Brokdorf auf, wo sie 30 000 Demonstranten ausmachte.

Die Gruppe Arbeiterstimme-Mehrheitsgruppe (vgl. 9.3.1977) rief nach eigenen Angaben mit einem Flugblatt "Gegen einen Amoklauf in Brokdorf" nach Itzehoe auf.

Berichtet bzw. aufgerufen wird auch durch das ZK der KPD (vgl. 16.2.1977, 19.2.1977) und in:
- NRW durch das KPD-RK (vgl. 7.2.1977, 16.2.1977, 19.2.1977) und die Rote Hilfe (RH) e.V. der KPD in Köln (vgl. März 1977).

=RH e.V.: Die Polizei bei Karstadt, Köln o.J. (1977),S.3;

Sozialistische Arbeiterzeitung Nr.17 und 18, Frankfurt 9.2.1977 bzw. 23.2.1977;

Die Meinung Nr.2, Wedel März 1977, S.3;

B 76 Nr.2, Preetz März 1977, S.1f;

Arbeiterkampf Nr.96, 99 und 100, Hamburg 10.1.1977, 21.2.1977 bzw. 7.3.1977, S.*, S.1ff bzw. S.7;

Arbeiterstimme Nr.1/2, Nürnberg 9.3.1977;

Aust, Stefan: Brokdorf, Hamburg 1981, S.42;

KPD-ZK:II. Parteitag der KPD. Rechenschaftsbericht des ZK, Dortmund 1977, S.278;

KPD-RK NRW:19.2.: Atomkraftwerksgegner für Kundgebung in Brokdorf!, Dortmund o.J. (Feb. 1977), S.1;

KPD-RK NRW: Heraus nach Brokdorf!, Dortmund o.J. (Feb. 1977), S.1f;

KPD-RK NRW: Aktuelle Information: Großer Erfolg in Brokdorf! Dortmund o.J. (Feb. 1977), S.1;

Rote Fahne Nr.7, Köln 16.2.1977

19.02.1977: Das KPD-RK NRW gibt vermutlich in den heutigen späten Abendstunden ein Flugblatt von einer Seite DIN A4 unter Verantwortung von Marianne Brentzel, Dortmund, Münsterstr.95, mit der Überschrift "Aktuelle Information: Großer Erfolg in Brokdorf!" heraus, in dem die heutige Presserklärung des ZK der KPD abgedruckt wird.

=KPD-RK NRW: Aktuelle Information: Großer Erfolg in Brokdorf! Dortmund o.J. (Feb. 1977)

19.02.1977: In Bochum führt der KBW, laut KPD (vgl. 23.2.1977), anstatt zur bundesweiten Demonstration nach Brokdorf zu fahren, eine Kundgebung gegen das AKW Brokdorf durch.

=Rote Fahne Nr.8, Köln 23.2.1977

19.02.1977: In Dortmund führt der KBW, laut KPD (vgl. 23.2.1977), anstatt zur bundesweiten Demonstration nach Brokdorf zu fahren, eine Kundgebung gegen das AKW Brokdorf durch.

=Rote Fahne Nr.8, Köln 23.2.1977

19.02.1977: Aus Bielefeld beteiligen sich heute, laut KPD (vgl. 23.2.1977), 450 Menschen an der Demonstration gegen das AKW Brokdorf in Brokdorf. Der KBW habe in Bielefeld eine Kundgebung durchgeführt.

=Rote Fahne Nr.8, Köln 23.2.1977

19.02.1977: In Düsseldorf führt der KBW, laut KPD (vgl. 23.2.1977), anstatt zur bundesweiten Demonstration nach Brokdorf zu fahren, eine Kundgebung gegen das AKW Brokdorf durch.

=Rote Fahne Nr.8, Köln 23.2.1977

19.02.1977: In Duisburg führt der KBW, laut KPD (vgl. 23.2.1977), anstatt zur bundesweiten Demonstration nach Brokdorf zu fahren, eine Kundgebung gegen das AKW Brokdorf durch.
=Rote Fahne Nr.8,Köln 23.2.1977

19.02.1977: In Essen führt der KBW, laut KPD (vgl. 23.2.1977), anstatt zur bundesweiten Demonstration nach Brokdorf zu fahren, eine Kundgebung gegen das AKW Brokdorf durch.
=Rote Fahne Nr.8,Köln 23.2.1977

19.02.1977: In Aachen führt der KBW, laut KPD (vgl. 23.2.1977), anstatt zur bundesweiten Demonstration nach Brokdorf zu fahren, eine Kundgebung gegen das AKW Brokdorf durch.
=Rote Fahne Nr.8,Köln 23.2.1977

19.02.1977: In Köln führt der KBW, laut KPD (vgl. 23.2.1977), anstatt zur bundesweiten Demonstration nach Brokdorf zu fahren, eine Kundgebung gegen das AKW Brokdorf durch.
=Rote Fahne Nr.8,Köln 23.2.1977

19.02.1977: In Münster führt der KBW, laut KPD (vgl. 23.2.1977), anstatt zur bundesweiten Demonstration nach Brokdorf zu fahren, eine Kundgebung gegen das AKW Brokdorf durch.
=Rote Fahne Nr.8,Köln 23.2.1977

19.02.1977: In Saarbrücken führt der KBW, laut KPD (vgl. 23.2.1977), anstatt zur bundesweiten Demonstration nach Brokdorf zu fahren, eine Kundgebung gegen das AKW Brokdorf durch.
=Rote Fahne Nr.8,Köln 23.2.1977

20.02.1977: Der AB gibt seine 'Kommunistische Arbeiterzeitung' Nr.106 (vgl. 6.2.1977, 6.3.1977) heraus. Aus Schleswig-Holstein wird berichtet über die Anti-AKW-Aktionen (vgl. 19.2.1977) in Brokdorf und Itzehoe, wobei man selbst Brokdorf besser findet.
=Kommunistische Arbeiterzeitung Nr.106,München 20.2.1977

20.02.1977: Der Spartacusbund (SpB) gibt sein 'Spartacus' Nr.34 (vgl. 20.12.1976, März 1977) heraus. Berichtet wird vom Kampf gegen die AKWs in Brokdorf in und Wyhl.
=Spartacus Nr.34,Essen 20.2.1977

21.03.1977: Laut KB "erhielt der presserechtlich Verantwortliche des Kommunistischen Bundes mit Datum vom 21.3.1977 einen Strafbefehl vom Amtsgericht Itzehoe. Für ein Flugblatt über den Polizeieinsatz am 30.10.1976 in Brokdorf, der zur Räumung des Platzes führte, sollen wir 1 800 DM bezahlen oder Kai Ehlers (der presserechtlich Verantwortliche für den KB) soll für 60 Tage ersatzweise in den Knast gehen. Begründung: Mit dem Flugblatt hätten wir am 9.11. andere beleidigt ... Wir werden ... in Itzehoe zum Prozeß gegen Kai mobilisieren und Gegenöffentlichkeit schaffen" (vgl. 31.5.1977).
=Arbeiterkampf Nr.104,Hamburg 16.5.1977,S.18

April 1977: Der DKP Kreisvorstand Goslar gibt, laut AB, vermutlich im April die Nr.4 seines 'DKP-Kuriers' heraus, in der sich gegen Gewalt, wie z.B. beim Kampf gegen das AKW Brokdorf ausspricht.
=Kommunistische Arbeiterzeitung Nr.113,München o.J. (1977)

April 1977: Am Kieler Institut für Meereskunde gibt der MSB Spartakus der DKP vermutlich im April die Nr.5 seiner 'Antenne' heraus. Unter Termine wird u.a. auch der Treff der Bürgerinitiative (BI) "Solidarität mit Brokdorf" jeden Donnerstags um 20 Uhr in der Gaststätte Akropolis in der Saarbrückenstraße bekanntgegeben.
=Antenne Nr.5,Kiel 1977

April 1977: Das KPD-RK NRW gibt vermutlich im April das folgende Flugblatt von vier Seiten DIN A4 unter Verantwortung von Marianne Brentzel, Dortmund, zur Kurzarbeit im Ruhrbergbau (vgl. Apr. 1977) heraus:"
10 TAGE KURZARBEIT FÜR 140 000 BERGLEUTE DER RUHRKOHLE AG

...

Im Energieprogramm der Bundesregierung haben weder die Arbeitsplätze der Kumpel, noch die Entwicklung und Förderung der heimischen Energiequellen noch die Sicherheit und Gesundheit der Volksmassen einen Platz, das Energieprogramm wird allein vom Profitinteresse der Atomindustrie regiert. Die größten Konzerne unseres Landes, zusammen mit der Schmidt-Regierung wollen sich das Jahrhundert-Geschäft mit der Kernenergie nicht entgehen lassen. Dabei sind sie bereit, buchstäblich über Leichen zu gehen!

Die Forschungen aller ernstzunehmenden, nicht von der Atomindustrie bestochener Wissenschaftler haben ergeben,

- daß Kernkraftwerke die Gesundheit der Menschen und die Lebensfähigkeit zukünftiger Generationen aufs äußerste gefährden
- daß Unfälle in einer Größenordnung möglich sind, die den Tod von hunderttausend Menschen zur Folge haben
- daß die Veränderungen des Klimas, der Wassertemperaturen der Flüsse in der unmittelbaren Umgebung der AKWs die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bauern zerstören
- daß Wiederaufbereitungsanlagen (WAA, d. Vf.) und Atommülldeponien ein vielfaches an Radioaktivität abgeben wie alle bisherigen AKWs in der BRD zusammen
- daß die Atomkraftwerke schlafende Atombomben darstellen, die im Krieg schon mit konventionellen Waffen zu zündenden Superatommunen gemacht werden können.

Aus diesen Gründen ist unsere Partei, die KPD, entschieden gegen das Atomprogramm der Schmidt-Regierung.

Sie arbeitet mit in den Bürgerinitiativen (BI, d. Vf.) der entschiedenen AKW-Gegner, die sich unter den Parolen:

- Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo!
 - Kein Atomkraftwerk in Magdeburg und auch nicht anderswo!
 - Für eine Energieversorgung unabhängig von den Supermächten in Zusammenarbeit mit der Dritten Welt!
 - Sofortige Einstellung aller Strafverfahren gegen AKW-Gegner! Weg mit Berufsverboten (BV,d.Vf.) und Entlassungen von AKW-Gegnern!
 - Schluß mit den Bürgerkriegsmanövern von Polizei und Bundesgrenzschutz (BGS,d.Vf.)!
 - Das volksfeindliche Atomprogramm der Schmidt-Regierung muß fallen!
- (zusammengeschlossen haben, d. Vf.).

DAS ATOMPROGRAMM MUSS FALLEN!

Kollegen, Bergarbeiter, das Atomprogramm der Schmidt-Regierung gefährdet die Gesundheit und Lebensfähigkeit von uns allen und es gefährdet auch die Arbeitsplätze der Bergarbeiter! Bisher haben sich nur wenige Kumpel aktiv am Kampf gegen die Kernkraftwerke beteiligt.

Manche hielten die AKW-Gegner für Weltverbesserer und naive Spinner, die Maschinenstürmerei wollten, andere trauten der Kühn-Regierung, daß sie sich stark machen würde für die verstärkte Nutzung der heimischen Energie, vor allem der Kohle, andere zweifelten, ob denn die Kernkraftwerke wirklich so gefährlich wären; schließlich sind doch auch im Bergbau schwierige technische Probleme, wie z.B. schlagende Wetter u.a. gelöst worden, die früher tausende von Bergarbeitern das Leben kosteten.

Über all diese Argumente muß gesprochen werden. Doch unsere Partei hat von Anfang an klargemacht: Nicht die AKW-Gegner sind gegen den Fortschritt, sondern das Atomprogramm der Schmidt-Regierung steht einer wirklichen Sicherung der Energieversorgung und der Entwicklung alternativer, umweltfreundlicher Methoden der Energiegewinnung im Wege. Nicht die Anti-AKW-Bewegung will wirtschaftliches Chaos, sondern es ist das imperialistische System, das in seiner schrankenlosen Profitgier immer zügelloser Raubbau an den natürlichen Energiequellen treibt und nicht vor Methoden zurückschreckt, die das Leben kommender Generationen gefährdet.

Nicht die Kernkraftwerksgegner wollen die Abhängigkeit der Energieversorgung unseres Landes von den Supermächten, sondern die Schmidt-Regierung macht unser Land von den Supermächten USA und Sowjetunion (SU, d. VF.) abhängig. Diese beiden Großmächte haben das Monopol auf angereichertes Uran und verteidigen es weiterhin mit allen Mitteln.

Deshalb tritt die KPD auch für eine Energieversorgung auf der Grundlage der vorrangigen Förderung einheimischer Energievorräte und auf der Grundlage gleichberechtigter Beziehungen zu den Staaten der Dritten Welt ein.

Kollegen, Bergarbeiter, reiht Euch ein in die Front gegen das volksfeindliche Atomprogramm der Schmidt-Regierung!

Laßt nicht länger zu, daß IGBE-Führer Adolf Schmidt das Atomprogramm im Namen der 200 000 Bergarbeiter unterstützen und fördern kann.

**KEIN AKW IN BROKDORF UND AUCH NICHT ANDERSWO!
KEIN ATOMKRAFTWERK IN MAGDEBURG UND AUCH NICHT ANDERSWO!
DAS VOLKSFEINDLICHE ATOMPROGRAMM DER SCHMIDT-REGIERUNG MUSS FALLEN!"**

In einem Kasten wird informiert über:"

LITERATUR ZUM KAMPF GEGEN DAS ATOMPROGRAMM DER SCHMIDT-REGIERUNG
AUGENZEUGENBERICHTE AUS BROKDORF

Herausgegeben vom Ermittlungsausschuß der BUU - 1976, DM 3,00

NEIN ZU DEN ATOMKRAFTWERKEN

Die Stellung der KPD zur Atomenergiepolitik in der BRD und der DDR, Verlag Rote Fahne, 49 Seiten, DM 2,00

ZUM RICHTIGEN VERSTÄNDNIS DER KERNENERGIE - 66 Erwiderungen, Oberbaumverlag, 190 Seiten, DM 7,20

ATOMMÜLL ODER DER ABSCHIED VON EINEM TEUREN TRAUM, rororo aktuell, 219 Seiten, DM 5,80"
=KPD-RK NRW:10 Tage Kurzarbeit für 140 000 Bergleute der Ruhrkohle AG, Dortmund o.J. (1977)

03.04.1977: Laut KB findet in Wilster eine Anti-AKW Landeskonferenz der BUU (Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe) - die erste seit den zwei Demonstrationen in Brokdorf und Itzehoe vom 19.2. - statt (vgl. 16.4.1977), um wieder eine Grundlage für gemeinsame Aktionen zu schaffen.

Anwesend sind 7 Delegierte der Westküstenkonferenz, 8 der Ostküstenkonferenz, 9 von Hamburg und 15 Delegierte von den Marschen (mit insgesamt 10 Stimmen). Die überwiegende Mehrheit der Initiativen schätzte die Demonstrationen vom 19.2. als großen Erfolg ein, insbesondere daß trotz der massiven Kriminalisierungskampagne in der Presse so viele Menschen mobilisiert werden konnten und das Demonstrationsverbot in der Wilstermarsch erfolgreich durchbrochen wurde ... Der insgesamt erfreuliche Verlauf der Landeskonferenz wurde leider durch massive Störmanöver (Sprechchöre, Zwischenrufe, Beschimpfung der Delegierten als Spitzbuben, Hosenscheißer und arbeitsloses Gesindel!) einiger ungebetener KBW-Gäste unter der Führung des schleswig-holsteinischen KBW-Sekretärs und ZK-Mitglieds Christoph Cornides beeinträchtigt. Da der KBW nicht bereit war, sich den eindeutigen Mehrheiten gegen sein Verhalten zu beugen, sondern weiter randalierte, löste sich die Landeskonferenz schließlich auf. Mit Sicherheit werden diese Provokateure dadurch jedoch die weitere Zusammenarbeit auf BUU-Landeskonferenzen nicht verhindern können. Ebenso sicher dürfte es das letzte Mal gewesen sein, daß solche Störungen durch den KBW überhaupt noch möglich sind."

=Arbeiterkampf Nr.102 und 103,Hamburg 4.4.1977 bzw. 18.4.1977,Beilage bzw. S.56

04.04.1977: Vermutlich in dieser Woche gibt die DKP Geesthacht ihren 'DKP Express Geesthacht' Nr.2 heraus.

Zum AKW Krümmel und dessen Bekämpfung (vgl. 10.4.1977) äußern sich mehrere Artikel, im ersten heißt es:"

KRÜMMEL - EIN ZWEITES BROKDORF?

Das KKW, um das es jahrelang ruhig war, ist in Geesthacht zum Mittelpunkt der Diskussion geworden. Eine Bewußtseinsänderung der Bevölkerung, die mehr und mehr von der Gefährlichkeit des Krümmel-Monsters überzeugt ist, rechtfertigt Protestkundgebungen!

Im Hinblick auf den friedlichen Osterspaziergang haben die KKW-Erbauer das Baugelände KZ-ähnlich wie in Brokdorf abgesichert.

Schon während der letzten Brokdorf-Demonstration waren in Krümmel starke Polizeikräfte zusammengezogen. Die Geesthachter Bevölkerung war stark beunruhigt:

Harmlose Spaziergänger wurden von Polizisten als Anarchisten bezeichnet. Krümmeler Bürger wurden von Streifenwagen bis vor ihre Haustür verfolgt und dann einer Personenkontrolle unterzogen. Die Frau eines Tesperhuder Schlachters wurde nachts beim Abholen von Personal während der ganzen Fahrtstrecke von Streifenwagen verfolgt und anschließend kontrolliert.

Deshalb Ostern: der Protest gegen das Kernkraftwerk Krümmel ist gerechtfertigt!
Lassen Sie sich nicht von der Polizei provozieren!"

Der zweite Artikel ist:"

DIE HALTUNG DER DKP ZU BÜRGERINITIATIVEN

Die Deutsche Kommunistische Partei unterstützt den Kampf der Bevölkerung und ihrer Bürgerinitiativen gegen geplante Kernkraftwerke in Wyhl, Brokdorf, Krümmel und anderswo. Die DKP hat konsequent gegen das Atomprogramm der Bundesregierung Stellung genommen und gangbare Alternativen vorgeschlagen, wie die verstärkte Nutzung der nationalen Kohlevorkommen.

Mitglieder der DKP arbeiten in den Bürgerinitiativen konstruktiv mit. Gleichzeitig betont die DKP: Es gibt zwischen unserer Partei und den Gruppierungen, die sich 'kommunistisch' nennen, nicht die geringste Gemeinsamkeit. Im Gegenteil: Diese Gruppen spielen den Herrschenden in diesem Land in die Hände; sie haben die Aufgabe, Verwirrung zu stiften und den Antikommunismus zu verstärken. Sie engen Bürgerbewegungen ein und isolieren sie damit von der Mehrheit der Bevölkerung."
=DKP Express Geesthacht Nr.2, Geesthacht 1977

11.04.1977: Das KPD-RK NRW gibt vermutlich Anfang dieser Woche ein Flugblatt mit zwei Seiten DIN A4 unter Verantwortung von Marianne Brentzel, Dortmund, Münsterstr.95, heraus, in dem aufgerufen wird zu einer Veranstaltung "Gegen politische Unterdrückung in beiden Teilen Deutschlands! Weg mit dem faschistischen 'einheitlichen' Polizeigesetz!" am 14.4.1977 in Dortmund, berichtet wird von den Dortmunder Prozessen gegen Thomas Luczak (vgl. 1.4.1977) und Marianne Brentzel (vgl. 13.4.1977) und es abschließend heißt:"
Arbeiter, Werktätige,

die Wahrheit der Aussagen der KPD, die jetzt unter Strafe gestellt werden sollen, wird in unserem Land mit jedem Tag deutlicher:

- 1976: 30 Jahre Gefängnis und über 200 000 DM Geldstrafe fast ausschließlich für 'Staatsschutz-' und Demonstrationsprozesse. Dabei sind noch nicht alle Urteile völlig ermittelt!
- von 1973 - 1975 starben mindestens 38 Menschen durch Polizeischüsse!
- in den letzten fünf Jahren 2 - 3 000 Berufsverbote ((BV,d.Vf.) die genauen Zahlen werden unterdrückt), 6 000 Sonderverhöre, die Bespitzelung und Einschüchterung trifft immer breitere Teile der Bevölkerung.
- die Bürgerkriegsmanöver der Polizei und des Bundesgrenzschutzes (BGS,d.Vf.) erreichten am 19.Februar (Demonstration gegen das AKW Brokdorf,d.Vf.) zum Schutz der Profitinteressen der Atomindustrie gegen die entschiedenen Atomkraftwerksgegner einen neuen Höhepunkt."

=KPD-RK NRW: Gegen politische Unterdrückung in beiden Teilen Deutschlands!, Dortmund o.J. (1977)

14.05.1977: Laut KB findet ab heute "in Hannover der bisher größte Bundeskongreß der Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke statt". Der Kongreß wird morgen fortgesetzt.

"An dem zweitägigen Kongreß beteiligten sich 256 Anti-AKW-Initiativen aus dem gesamten Bundesgebiet, wobei die Initiativen aus dem norddeutschen Raum am stärksten vertreten waren ... Die BI-Vertreter auf dem Kongreß setzten sich nach unserer Schätzung etwa folgendermaßen zusammen:

Stärkster Block waren die verschiedenen Strömungen der 'Unorganisierten' mit etwa 130 Vertretern. Der KB war durch 70 - 80 Genossen und Sympathisanten vertreten, KPD etwa 15, KBW etwa 10, Graswurzel und andere Gewaltfreie 10 - 20, SPD/DKP etwa 10.

...

Über die Kräfteverhältnisse gibt auch eine weitere Abstimmung deutliche Auskunft, nämlich die vom KBW und der Storim-Richtung erzwungene Auseinandersetzung über die Brokdorf-Demonstration vom 19.2., die von ihnen als Niederlage und Verrat eingeschätzt wird. Für diese Position ergaben sich etwa 25 Stimmen (KBW, Storim-Richtung, plus vielleicht zehn bis 12 Unorganisierte), 20 Delegierte enthielten sich der Stimme, 125 stimmten dem Bericht der Demonstrations-Leitung vom 19.2. zu. Man muß gerade zu dieser Abstimmung aber noch anmerken, daß mit einem Anteil von 14 - 15% die KBW-Storim-Position zum 19.2. zweifellos auf dem Bundeskongreß erheblich stärker repräsentiert war, als das zu dieser Frage in der Anti-AKW-Bewegung insgesamt der Fall ist ...

Was in diesem Zusammenhang den KBW angeht, so konnte er in der Frage des 19.2. natürlich ausgezeichnet mit der Storim-Richtung zusammengehen. Zudem kann er speziell in Hamburg, die bei einigen Unorganisierten umgehende panische Existenzangst gegenüber dem KB ausnutzen, um sich selbst als (g)eifrigsten KB-Nord-Gegner zu empfehlen und damit Pluspunkte zu sammeln. Mit zunehmendem Einfluß des KB auch außerhalb Hamburgs bietet diese Taktik dem KBW auch bundesweit noch einige Schlupflöcher. Falls der KBW aber seine hirnrissige und total sektiererische Gesamttaktik nicht ändert, wird ihm das punktuelle Zusammengehen mit der Anti-KB-Fraktion auch nicht aus der Scheiße helfen. Auch die KPD versucht, sich bei den Unorganisierten allgemein und beim rechten Block insbesondere anzuschleimen, indem sie auf das ärgerliche Hickhack zwischen KBW und KB schimpft und sich selbst a la DKP als 'konstruktive Kraft' anpreist. Dies fällt insofern nicht ganz leicht, da die KPD tatsächlich in allen wesentlichen Fragen gegen die Storim-Richtung und meist mit dem KB stimmte, entsprechend der Konstellation vom 19.2.. Selbst zur Auseinandersetzung um den 19.2. hat sich die KPD inzwischen jedoch offenbar einen flexiblen Standpunkt erarbeitet: Der Rechenschaftsbericht der Demonstrationsleitung sei ein Kompromiß, ein taktisches Bündnis mit dem KB, mit dem sie ihn auf dem Kongreß auf inhaltliche Positionen festlegen wollte. ... Dieses Märchen vom taktischen Kompromiß entlarvt sich schon daran, daß bereits unmittelbar nach dem 19.2. die Demonstration in der KPD-Presse ohne Abstriche als großer Erfolg dargestellt wurde. Dies hindert die KPD selbstverständlich nicht, noch unmittelbar auf der Bundeskonferenz schon die Storim-Gruppe heftig zu umwerben und sich für eine Zusammenarbeit anzubieten. Der KPD und ihren Kadern ist

taktisches Geschick nicht abzusprechen. Das Problem dabei ist, daß die KPD ständig so flexibel und schleimig agiert, daß von ihrer eigenen politischen Zielrichtung kaum noch etwa übrigbleibt. Das heißt letzten Endes: Die flexible Taktik wird zum Selbstzweck, weil sie die KPD im Sinne ihrer speziellen Ziele keinen Schritt voranbringt. Es geht der KPD am Ende so wie dem Eichhörnchen, das seine Nüsse so gut versteckt, daß es sie schließlich selbst nicht mehr wiederfindet."

"Die Beschlüsse, die während der zwei Tage gefaßt wurden, stützten sich allesamt auf eine solide Mehrheit".

So "entlasteten die Delegierten das Sprecherkollektiv der Demonstration von Brokdorf und bestätigten den 19.2. als Erfolg und Schritt nach vorn in der Anti-AKW-Bewegung.

Das Abstimmungsergebnis kam zustande gegen den massiven Widerstand des KBW, der bekanntlich die Demonstrationsleitung 'aufhängen' will, und gegen die Gruppen um den 'AK Politische Ökologie', die den Mißerfolg der Aktion konstatiert haben wollte ...

Im Bestreben, von vornherein die Bedeutung des Bundeskongresses herabzumindern ... war die Gruppe um den 'AK Politische Ökologie' (Kern des sogenannten Hamburger Montagsplenum) federführend ... Insgesamt sieht es so aus, daß in der Anti-AKW-Bewegung derzeit nach den letzten Großaktionen vom 19.2. (Brokdorf) und 19.3. (Grohnde) weitgehend Erschlaffung und Resignation sich breit gemacht haben, daß angesichts des Bullen-Terrors und angesichts des Zurückweichens der örtlichen Bürgerinitiativen die Bedenken gegenüber weiteren militanten Aktionen zunehmen, daß Illusionen über eine mögliche Verbreiterung der Bewegung in Richtung auf die Wüstenhagen-BUU und die Itzehoe-Fraktion Raum gewinnen ... Man muß sagen und sich klar machen, daß derzeit die Anti-AKW-Bewegung in keinem guten und aktionsfähigem Zustand ist, und daß es insbesondere um die Einheit der Bewegung sehr schlecht steht. Zusätzlich zu der sozusagen schon traditionellen Spaltung, wie sie am 19.2. sichtbar wurde, sind weitere Spaltungen und Brüche getreten. Derzeit sieht es so aus, als wollen es insbesondere der KBW und die rechten Unorganisierten auf einen Vernichtungskampf ankommen lassen, der übrigens nur zu ihren Ungunsten enden kann. Die KPD scheint sich da miteinreihen zu wollen."

Berichtet wird auch von der SAG und in:

- NRW durch das KPD-RK NRW (vgl. 8.8.1977).

=KPD-RK NRW:Stellungnahme der KPD zur Verhinderung einer Bundeskonferenz am 27./28.August,Dortmund o.J. (Aug. 1977),S.1ff;

Sozialistische Arbeiterzeitung Nr.23,Frankfurt 25.5.1977;

Arbeiterkampf Nr.104 und 105,Hamburg 16.5.1977 bzw. 13.6.1977,S.1ff bzw. S.7

21.05.1977: Laut KB beginnt vor dem Amtsgericht Itzehoe ein Prozeß gegen den KB-Presseverantwortlichen, Kai Ehlers, wegen eines Flugblatts zur Brokdorf-Aktion vom 30.10.1976 (vgl. 21.3.1977):"

Verhandelt wurde über unseren Einspruch gegen einen Strafbefehl über 1 800 Mark, ersatzweise 60 Tage Haft. Dieser Prozeß ist der zweite einer Vielzahl von Prozessen gegen AKW-Gegner".

=Arbeiterkampf Nr.105,Hamburg 31.5.1977,S.9

13.06.1977: Laut KB wird ab heute in Grohnde "der Kühlturmplatz vor dem Gelände für das geplante AKW Grohnde besetzt gehalten. Anlaß hierfür war die Meldung, daß mit den Erdarbeiten zum Bau der Kühltürme begonnen werden soll ... Die Grohnder Aktion ist fast einhellig von der Anti-AKW-Bewegung begrüßt worden, so auch vom KB ... In einigen Spontikreisen und besonders auch von der KPD wird dies offensichtlich anders eingeschätzt. Seit der Besetzung in Grohnde entfachen sie vor allem in den größeren Städten immer wieder eine besondere Hektik, um möglichst immer die gesamte Bewegung nach Grohnde zu mobilisieren. Mehrfach wurden von ihnen über Nacht telefonische Benachrichtigungssysteme inganggesetzt und Meldungen von angeblich bevorstehenden Polizeieinsätzen verbreitet, um damit die Bürgerinitiativen zu mobilisieren. Wir halten diese Hektik für gänzlich unangebracht und unangemessen. Sie trägt eher zur Verwirrung bei, als daß sie nützt. Bei der KPD steht dahinter offensichtlich die Einschätzung, daß Grohnde jetzt das Zentrum der Bewegung sei (noch vor kurzem war dies ausschließlich Brokdorf, dann Kalkar). In Bremen z.B. spielt sie den Kampf gegen das AKW-Esensham gegen die Grohnde-Aktion aus und versucht, alle Aktivitäten auf Grohnde zu konzentrieren. Ihr Professor Scheer rühmte die Besetzung des Kühlturmplatzes als den Beweis, daß man eben Bauplätze doch besetzen kann".

=Arbeiterkampf Nr.107,Hamburg 27.6.1977,S.20

26.06.1977: Die Gruppe Arbeiterstimme-Mehrheitsgruppe gibt ihre 'Arbeiterstimme' (ARSTI - vgl. 9.3.1977, 20.9.1977) Nr.3/4 (29/30) heraus und berichtet u.a. vom AKW Brokdorf.

=Arbeiterstimme Nr.3/4,Nürnberg 26.6.1977

09.08.1977: Vermutlich heute wird das Anti-AKW Dorf in Brokdorf geräumt, in dem sich, laut SAG, 800 AKW-Gegner versammelt haben.

=Sozialistische Arbeiterzeitung Nr.28/29, Frankfurt 17.8.1977

26.08.1977: Marschenkonferenz der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU). Laut KB sind Initiativen aus Uetersen, Wedel, Pinneberg, Elmshorn, Quickborn (2), Heide (2), Glückstadt, Brunsbüttel und Itzehoe anwesend:"

Ein Antrag des KBW, am 17.9. eine Großkundgebung am Bauplatz des AKW Brokdorf durchzuführen, wurde bei nur einer Ja-Stimme und zwei Enthaltungen abgelehnt. Stattdessen sprachen sich die Delegierten für eine Großkundgebung nach Aufhebung des Baustopps aus." Eine Mobilisierung für die Großdemonstration in Kalkar wird beschlossen.

=Arbeiterkampf Nr.112, Hamburg 5.9.1977, S.9

02.09.1977: In Schleswig-Holstein findet die Regionalkonferenz Ostküste der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) statt. Laut KB kamen zu dieser Regionalkonferenz "außer den knapp 20 Delegierten der BI's noch 40 KBWler aus Kiel ..., die mit dauernden Unterbrechungen und Geschrei ihre klare Minderheitsposition in allen inhaltlichen Fragen wettzumachen versuchten ... Mit einer inhaltlich sehr scharfen Resolution wurde die Hysteriepolitik u.a. des KBW, die moralische Erpressung und das Abenteuerium, das anlässlich der Kampagne zur 'Verhinderung der Rückführung der Baumaschinen' (in Brokdorf, d.Vf.) an den Tag gelegt wird, verurteilt." Eine Mobilisierung für die Großdemonstration in Kalkar (vgl. 24.9.1977) wird beschlossen.

=Arbeiterkampf Nr.112, Hamburg 5.9.1977, S.9

03.09.1977: Laut KB "wurde die Landeskonferenz der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) erfolgreich abgeschlossen. Die Delegierten der fünf Regionalverbände der BUU (Marschen, Ostküste, Westküste, Hamburg und Oberelbe) beschlossen in großer Einmütigkeit die volle Mobilisierung der BUU für die Großdemonstration am 24.9. in Kalkar. Einstimmig wurde der Vorschlag angenommen, sofort nach Aufhebung des Baustopps am AKW Brokdorf zu einer Kundgebung aufzurufen. Es wurde ein Koordinationsgremium eingerichtet, das sich aus jeweils drei Vertretern der fünf Regionalverbände zusammensetzt, das im Falle der Aufhebung des Baustopps sofort eine Bundeskonferenz aller Anti-AKW-Initiativen einberufen soll, um die Großkundgebung am AKW Brokdorf vorzubereiten. Mit überwältigender Mehrheit wurde auch die von KBW und den sogenannten Hamburger 'Autonomen' um den Arbeitskreis Politische Ökologie betriebene Phantasterei der 'Verhinderung der Rückführung der Baumaschinen' als abenteuerlich und für die Anti-AKW-Bewegung schädlich zurückgewiesen. Das Bedeutsame an dieser Landeskonferenz in Wilster war, daß erstmals seit der Spaltung der norddeutschen Anti-AKW-Bewegung durch die Itzehoe-Demonstration am 19.2. wieder Vertreter der rechten und gewaltfreien Bürgerinitiativen erschienen waren. Mit dem vollständigen Erscheinen der Delegierten der Westküstenkonferenz ist ein Schritt in Richtung der Überwindung der Spaltung gemacht worden. Auf der anderen Seite brachte die Landeskonferenz eine neue Spaltung in Form der endgültigen Trennung vom KBW, der die Delegierten - ebenso wie auf der Landeskonferenz vom 4.3.1977 - durch massives Herankarren seiner Leute aus dem norddeutschen Raum, durch massive Provokationen bis zu tätlichen Angriffen auf Delegierte etc. zwang, die Landeskonferenz an einem anderen Ort zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Der Auszug aller Delegierten der Landeskonferenz, bis auf fünf Delegierte, die dem KBW nahestehen, zeigt, daß der KBW mit seiner Provokationspolitik kläglich gescheitert ist."

=Arbeiterkampf Nr.112, Hamburg 5.9.1977, S.9

05.09.1977: Der KB gibt seinen 'Arbeiterkampf' (AK) Nr.112 (vgl. 22.8.1977, 19.9.1977) heraus.

Aus Schleswig-Holstein wird u.a. im Artikel "Die Abenteurer pfeifen auf dem allerletzten Loch" über den Kampf gegen das AKW Brokdorf berichtet:"

Derzeit versuchen der KBW und verschiedene Spontis mit viel Gelärme und radikalem Getue, den Eindruck zu erwecken, als würden sie einen erneuten Angriff auf die Baustelle Brokdorf vorbereiten. Nach dem Willen des KBW soll 'ein erfolgreicher Angriff auf die Baustelle im September geführt werden' ... In allgemeiner Weise wird dabei davon phantasiert, daß jetzt der Zusammenschluß der Arbeiter und Bauern gegen das KKW Brokdorf hergestellt werden müsse, daß die Arbeiterklasse die Führung im Kampf gegen das KKW Brokdorf übernehmen müsse ... Irgendeinen Bezug zur gesellschaftlichen Wirklichkeit unseres Landes haben diese Phrasen nicht. Sie verdeutlichen nur, wie weit sich der KBW schon in seine eigenen Fieberträume eingesponnen hat. Leider folgen ihm wider besseres Wissen dabei aus opportunistischen Erwägungen auch verschiedene Spontis, insbesondere aus dem Umkreis des sogenannten 'Montagsplenums' in Hamburg. Für jeden denkenden Menschen ist handgreiflich einsichtig, daß es derzeit und in den nächsten Monaten - und der KBW spricht bereits vom September - keinen Zusammenschluß der Arbeiter und Bauern gegen das KKW Brokdorf geben wird. Wahr ist im Gegenteil, daß die Anti-AKW-Bewegung in den letzten Monaten an Rückhalt in der Bevölkerung verloren hat ... Dies wissen auch der KBW und die mit ihm verbündeten Spontis, da auf BI-Sitzungen von ihnen selbst durch Umfragen sehr exakt

ermittelt wurde, wie viele AKW-Gegner von ihnen derzeit für militante Aktionen ... mobilisiert werden können ... Obwohl KBW und Spontis in Hamburg ihren schmalen Kräften entsprechend einen Riesenwirbel um das Anti-AKW-Lager am Bauplatz Brokdorf gemacht hatten und dafür voll mobilisiert hatten, ... befanden sich bei der Räumung des Lagers durch die Polizei dort gerade 112 AKW-Gegner ... Auch die Stimmung der Arbeiter und Bauern ist dem KBW und den Spontis bekannt ... In dieser Situation versuchten die Abenteurer vom KBW und unter den Spontis aus der Sackgasse zu kommen, indem sie mit gezielten Falschinformationen z.B. in den Kieler BI's den Eindruck zu erwecken versuchten, daß die Bevölkerung der Marschen unheimlich kampfbereit sei; anderswo berufen sie sich dann wieder auf die Kieler BI's usw. ... Hierzu gehört dann auch, daß KBW und Spontis ganz selbstverständlich Etikettenschwindel mit dem Namen der BUU betreiben, daß eine dreiköpfige KBW-Gruppe als Bürgerinitiative firmiert (Heide) oder fünf KBWler als 'BI Quickborn' - obwohl es an diesen beiden Orten weitaus größere aktive BI's gibt, die den Amoklauf des KBW und seiner verbündeten Spontis nicht mitmachen ... Man täuscht sich aber, wenn man vielleicht meint, der KBW würde unter 'neuem Angriff' in Wahrheit nur eine friedliche Großkundgebung verstehen. Nein, die KBWler sprechen tatsächlich davon, den Bauplatz stürmen zu wollen: 10 000 AKW-Gegner sowie der vom KBW bis dahin noch rasch herzustellende Zusammenschluß der Volksmassen seien ausreichend, um die Polizeitruppen zu zersetzen. Es versteht sich dabei von selbst, daß der KBW sich in gewohnter Manier auch diesmal nicht an irgendwelche Beschlüsse der Bürgerinitiativen und der Landeskonferenzen zu halten gedenkt, sondern wieder auf Provokation aus ist, wie schon am 19.2. ... Wir lehnen eine Großkundgebung am Bauplatz Brokdorf zum jetzigen Zeitpunkt und vor Aufhebung des Baustopps ab. Zwar sind wir nicht der Meinung, daß generell nicht während des Bestehens eines Baustopps demonstriert werden sollte. In der konkreten Situation jedoch, wo die Bewegung insgesamt geschwächt ist und noch nicht wieder die mobilisierende Kraft hat wie im Frühjahr, könnte unserer Einschätzung nach zur Zeit nur eine Aufhebung des Baustopps als Auslöser für eine angemessene Mobilisierung wirken. In der jetzigen Situation eine Großkundgebung am Bauplatz Brokdorf oder gar einen Angriff auf den Bauplatz zu organisieren, ist die Fortsetzung der mit den 'Alarm'-Spielen und der sogenannten 'Verhinderung der Rückführung der Baumaschinen' begonnenen Linie: Unzweckmäßige Abnutzung und Ermüdung der Kräfte vor der Entscheidungsschlacht, statt Konzentration der Kräfte auf die politische Massenarbeit und den politischen Wiederaufbau einer Massenfront gegen das geplante AKW-Brokdorf. Wir glauben nicht, daß eine vierte Brokdorf-Aktion Mitte September, wie sie vom KBW und den mit ihm verbündeten 'Spontis' gefordert wird, und die derzeit unserer Einschätzung nach nur eine Demonstration der Schwäche sein könnte, bessere Voraussetzungen für eine fünfte Aktion schaffen würde. Im Gegenteil. Die Forderung des KBW und der mit ihm verbündeten 'Spontis' nach einem neuen Angriff auf den Bauplatz Mitte September muß auf der Landeskonferenz der BUU zurückgewiesen werden."
=Arbeiterkampf Nr.112,Hamburg 5.9.1977

24.09.1977: Laut KB demonstrieren gegen den geplanten 'Schnellen Brüter' (AKW) in Kalkar ca. 50 000 Menschen:"

Diese Demo ist der bisher größte Mobilisierungs-Erfolg der westdeutschen AKW-Gegner. Er überbot alle bisher dagewesenen nationalen Groß-Kundgebungen in der BRD. Nach Kalkar waren sogar noch mehr Demonstranten gekommen (bzw. wollten kommen) als seinerzeit am 19. Februar nach Brokdorf und Itzehoe zusammen. Dieser Erfolg ist dem zustande gekommenen breiten Bündnis von AKW-Gegnern unterschiedlichster politischer und ideologischer Grundrichtung geschuldet."
=Arbeiterkampf Nr.114,Hamburg 3.10.1977,S.9f

26.09.1977: Laut KB "konnte sich Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht (CDU) einen schon seit Monaten gehegten Traum erfüllen: Auf einer Pressekonferenz gab er bekannt, daß die CDU im Bundesrat einen Verbotsantrag gegen die K-Gruppen, den KBW, die KPD, die KPD/ML und den KB einbringen wolle. So sei es vom Bundesvorstand der CDU beschlossen. Die CDU rechne auf eine Mehrheit für diesen Verbotsantrag im Bundesrat" (vgl. 27.9.1977).

Die KPD fordert in einem auch als Flugblatt in NRW (vgl. 3.10.1977) verbreiteten Artikel ihrer 'Roten Fahne' (vgl. 28.9.1977):"

WEG MIT DEN VERBOTSDROHUNGEN!

...

Die Lage in unserem Land ist auch dadurch gekennzeichnet, daß mit der sich verschärfenden wirtschaftlichen Krise, mit den sich verschlechternden Lebensbedingungen der Werktätigen, mit der sich verstärkenden politischen Unterdrückung der Widerstand von Teilen der Arbeiterklasse und des Volkes zugenommen hat. Die Marxisten-Leninisten haben stets an diesen Kämpfen teilgenommen, sie haben entschlossen wirtschaftliche und politische Forderungen der Arbeiterklasse und des Volkes unterstützt; z.B. die August-Streiks 1973, den Druckerstreik (der DruPa - vgl. Apr. 1976,d.Vf.) und den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit entschieden unterstützt und dabei die Notwendigkeit des Sturzes der Ausbeuterklasse propagiert. Sie haben auch im Kampf gegen das Atomprogramm (AKW,d.Vf.) der Schmidt-Regierung wirkungsvolle Organisationsarbeit geleistet und zum Gelingen großer Protestdemonstrationen beigetragen,

wie z.B. in Brokdorf (vgl. 19.2.1977,d.Vf.) und Kalkar (vgl. 24.9.1977,d.Vf.)."

=Rote Fahne Nr.39,Köln 28.9.1977,S.*;

KPD-ZK: Aufruf zur Kundgebung am 8.10. auf dem Rathausplatz in Bonn, Köln o.J. (Okt. 1977),S.1f

15.11.1977: Der AB gibt seine 'Kommunistische Arbeiterzeitung' Nr.125 (vgl. 1.11.1977, 29.11.1977) heraus und berichtet u.a. vom AKW Brokdorf.

=Kommunistische Arbeiterzeitung Nr.125,München 15.11.1977

Februar 1978: Die Gruppe Arbeiterstimme-Minderheitsgruppe bzw. Montagsfraktion gibt ihre 'Arbeiterstimme' (ARSTI - vgl. 28.11.1977) Nr. 3/4 für 1977, laut der Mehrheitsgruppe (vgl. 6.3.1978), erst im Februar 1978 heraus und darin ihre Umbenennung in 'Unser Weg' bekannt. Berichtet wird u.a. über Anti-AKW-Bürgerinitiativen (BIs) bzw. Proteste in Brokdorf.

=Arbeiterstimme Nr.1/2 bzw. 3/4,Nürnberg 6.3.1978 bzw. Nürnberg 1977

05.03.1978: Laut KB erreichen Grüne Listen bei den Kommunalwahlen (KW) in Schleswig-Holstein einige Erfolge. In Husum erreicht eine Grüne Liste ca. 7%, im Kreis Nordfriesland 6%. Auch im Kreis Steinburg (Brokdorf) gewinnt eine Grüne Liste mit 6,6,% Sitze im Rat.

=Arbeiterkampf Nr.124 und 260,Hamburg 6.3.1978 bzw. 1.7.1985,S.1 bzw. S.7

16.03.1979: Laut KB "begann in Bremen vor dem Landgericht der erste Prozeß gegen den Atomphysiker und KPD-Mitglied Jens Scheer. Gegenstand des Verfahrens ist die dritte Demonstration gegen das AKW-Brokdorf am 19.2.1977. In diesem Zusammenhang wird ihm vorgeworfen, auf einer Veranstaltung der Kölner Bürgerinitiative am 5.2.1977 dazu aufgerufen zu haben, nicht in Itzehoe, sondern in Brokdorf zu demonstrieren. ... Diesem Prozeß kommt auch deshalb besondere Bedeutung zu, weil Jens Scheer am 8.5.1977 in Itzehoe zusammen mit Uli Lenze (ebenfalls KPD) der Prozeß wegen angeblicher Rädelsführerschaft bei der 2. Brokdorf-Demo gemacht werden soll." Laut KB wird Scheer, vermutlich noch im März, "nach vier Verhandlungstagen von der Großen Strafkammer III des Bremer Landgerichts freigesprochen".

=Arbeiterkampf Nr.150 und 151,Hamburg 19.3.1977 bzw. 2.4.1977,S.3 bzw. S.6

08.05.1979: Laut KB beginnt vor dem Landgericht Itzehoe der AKW 'Brokdorf-Rädelsführer-Prozeß' gegen Uli Lenze und Jens Scheer (beide Mitglieder der KPD):"

Beide sind angeklagt, bei der zweiten großen Demonstration gegen das geplante Atomkraftwerk Brokdorf am 13.11.76, an der sich etwa 35 000 Menschen beteiligt hatten, schweren Landfriedensbruch begangen und als Rädelsführer den Sturm auf den Bauzaun organisiert zu haben. Außerdem sollen sie auf Veranstaltungen der KPD und von Bürgerinitiativen sowie in Flugblättern zur Besetzung des Bauplatzes aufgerufen haben."

=Arbeiterkampf Nr.154,Hamburg 28.5.1979,S.14

19.06.1979: Laut KB "ging die Prozeß-Farce in Itzehoe gegen Jens Scheer und Ulli Lenze mit den fälligen Freisprüchen für beide zuende. Wie berichtet, waren sie angeklagt worden, am 13. November 1976 zum Sturm auf den Bauplatz (des AKW,d.Vf.) in Brokdorf aufgerufen zu haben".

=Arbeiterkampf Nr.156,Hamburg 25.6.1979,S.16

15.12.1980: Der KB gibt seinen 'Arbeiterkampf' (AK) Nr.191 (vgl. 1.12.1980, 5.1.1981) heraus. Aus Schleswig-Holstein wird aufgerufen zur Anti-AKW Demonstration in Brokdorf (vgl. 21.12.1980).

=Arbeiterkampf Nr.191,Hamburg 15.12.1980

21.12.1980: Der KB rief am 15.12. unter dem Titel "Brokdorf: Demonstration am 21. Dezember gegen Weiterbau" u.a. auf:"

Es ist wieder soweit: Auf Empfehlung des Bundesinnenministeriums soll das Atomkraftwerk in Brokdorf Anfang des kommenden Jahres weitergebaut werden. Nachdem Bonn 'grünes' Licht gegeben hat, ist kaum daran zu zweifeln, daß die Landesregierung von Schleswig-Holstein die zweite Teilerrichtungsgenehmigung absegnen wird. Brokdorf soll nach den Plänen der Herrschenden den großen Durchbruch bei der Verwirklichung des weitreichenden Atomprogramms bringen. Gelingt es der Atom-Mafia hier, die Gegner von Atomenergie und Atomrüstung einzuwickeln oder zu schlagen, so werden in schneller Folge weitere 'auf Eis' liegende Bauvorhaben in Gang gesetzt. Brokdorf - das war aber auch der Ausgangspunkt einer Massenbewegung von Atomkraft-Gegnern, die jetzt wieder aufgerufen sind, Widerstand zu leisten."

Der Aufruf endet mit der Parole:

"Kommt alle zum Bauplatz in Brokdorf!"

Laut KB kommen etwa 10 000 Menschen.

=Arbeiterkampf Nr.191 und 192,Hamburg 15.12.1980 bzw. 5.1.1981,S.1 bzw. S.1

04.01.1981: Laut KB treffen sich in Kollmar ca. 150 Mitglieder aus 40 Anti-AKW BI's, um die Demo in Brokdorf am 21.12.1980 auszuwerten "und das weitere Vorgehen zu diskutieren ... Anwesend waren u.a.: die BI's der Wilstermarsch, die Kläger, Initiativen aus fast allen schleswig-holsteinischen Städten, beide Hamburger Plena, BBA (Bremen,d.Vf.), Die Grünen, Z, DKP, KBW, Hannoveraner, AK Göttingen, AKU Bonn. Bis auf wenige Ausnahmen wurde die Aktion als sehr erfolgreich eingeschätzt, die Gründe wurden gesehen in der großen Teilnehmerzahl, und der Tatsache, daß alle Widerstandsformen akzeptiert wurden und daß keine Distanzierungen erfolgten".

=Arbeiterkampf Nr.192,Hamburg 5.1.1981,S.1

14.02.1981: Laut KB "einigten sich 500 AKW-Gegner aus allen Teilen der BRD und aus allen Strömungen der Anti-Atom-Bewegung endgültig darauf, zu einer internationalen Großdemonstration am 28.Februar am Bauplatz in Brokdorf aufzurufen ... Trotz Meinungsverschiedenheiten bleibt es dabei, daß zu einer Großdemonstration aufgerufen wird - allerdings mit unterschiedlichen Aufrufen. So werden KBW, GIM, DKP, SDAJ, Grüne Baden-Württemberg, BBU-Vorstand und einige AKL-Gruppen in ihrem Aufruf das Konzept der reinen politischen Kundgebung betonen".

=Arbeiterkampf Nr.195,Hamburg 16.2.1981,S.3

16.02.1981: Der KB befaßt sich heute mit der von ihm abgespaltenen Gruppe Z, die derzeit "um Abgrenzung von militanten Aktionen bemüht" sei. Dies ließ sich "erstmalig anlässlich der 'Hamburger Anti-Strauß-Demonstration' (26.8.1980) vermuten: Während mehrere tausend Menschen trotz Verbot demonstrierten, hatten Gruppe Z und Grüne Partei als einzige zu einer Fahrraddemonstration aufgerufen, an der sich nicht mehr als einige Dutzend Zler und andere grüne Partei-Aktivisten beteiligten ... Nächste Situation: In Schleswig-Holstein unterstützte die Gruppe Z eine Distanzierungserklärung gegen zwei Anschläge im Zusammenhang mit Brokdorf ... Das Dilemma der Gruppe Z besteht aber darin, daß die objektiven Chancen für einen Distanzierungskurs heute insgesamt gesehen überhaupt nicht günstig sind, sondern sich in dem Maße verschlechtern, wie die spontanen Bewegungen die Gewaltfrage ganz praktisch beantworten - wie in Westberlin, Göttingen, Hamburg, Frankfurt usw. Aus der Einsicht in diese Realität erklärt sich die Zaghaftheit, mit der die Gruppe Z bisher ihre tatsächlichen Anschauungen zur Gewaltfrage zurückhält oder nur stückchenweise und taktisch dosiert preisgibt".

=Arbeiterkampf Nr.195,Hamburg 16.2.1981,S.47

28.02.1981: Zur heutigen internationalen Großdemonstration gegen das AKW Brokdorf wurde, laut KB, u.a. durch eine bundesweite Anti-AKW-Konferenz (vgl. 14.2.1981) aufgerufen. Laut KB demonstrieren ca. 100 000 Menschen in und um Brokdorf.

=Arbeiterkampf Nr.195 und 196,Hamburg 16.2.1981 bzw. 2.3.1981,S.3 bzw. S.1

09.06.1981: Laut einem heutigen Bericht des KB spricht sich die Gruppe Z angesichts des Rücktritts des Hamburger Bürgermeisters Klose für Neuwahlen aus. Dabei soll sie von der Einschätzung ausgehen, durch verschiedene Kampagnen für verstärkten außerparlamentarischen Druck zu sorgen (eine AKW-Brokdorf-Demonstration, verstärkte Hausbesetzungsaktionen etc.):

"Dies Projekt stieß außerhalb der Z bislang auf wenig Gegenliebe ... Mißtrauen gegenüber dem Neuwahlen-Projekt der Z scheint auch angebracht angesichts der rage, wer in der alternativen Wahlbewegung derzeit ein Interesse an vorgezogenen Wahlen haben kann, wenn nicht diejenigen, die über ihre feste Position bei den Grünen schon in der Vergangenheit lauthals ihren Führungsanspruch für eine alternative Wahlliste proklamiert haben."

=Arbeiterkampf Nr.203,Hamburg 9.6.1981,S.15

Text erstellt am 10.7.2007; letzte Änderung am 12.3.2008